Mittwoch, 18. Januar 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 15 - 3.W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Krankmeldung: Der für den Militärischen Abschirmdienst (MAD) verantwortliche Verteidigungs-Staatssekretär Hiehle hat sich krankgemeldet. Hiehle war von Parlamentariern vorgeworfen worden, daß der MAD im Fall des entlassenen Generals Kießling nicht sorgfältig genug recherchiert habe.

Scheidungsrecht: „Dringlichkeitsstufe eins" hat nach Angaben des Staatsministers im Kanzleramt, Vogel, für die Union die Neuordnung des Scheidungsrechts. Die Koalitionsvereinbarung, wonach die Ursachen für die Zerrüttung der Ehe mitzuberücksichtigen seien, müsse „ohne Verzug" realisiert werden. (S. 4)

Großbritannien: Die 13 Rüstungsbetriebe des Landes werden privatisiert. Ein entsprechender Plan der Regierung Thatcher wurde vom Unterhaus gebilligt.

Bundes-Finanzen: Die Netto-Neuverschuldung betrug 1983 nur 31,5 Milliarden Mark und lag somit um 9,4 Milliarden unter der ursprünglichen Planung für den Etat 1983.

Positive Bilanz: Die Bundesregierung betrachtet nach den Worten von Bildungsministerin Wilms die Lehrstellen-Frage '83 als gelöst, nachdem die Wirtschaft mit fast 698 000 angebotenen Lehrstellen und knapp 678 000 abgeschlossenen Ausbildungsverträgen zwei Nachkriegsrekorde erzielt hat. (S. 5)

Ostblock-Vorstoß: Der Warschauer Pakt versucht, die Beratung der Stockholmer Konferenz auf andere Fragen als die im Mandat vorgesehenen vertrauensbildenden Maßnahmen auszudehnen. Dazu zählt die Forderung nach einem Stopp der Raketenstationierung im Westen, wie die Rede des „DDR"-Außenministers signalisiert. Auch die Forderung nach neuen Gewaltverzichtsabkommen wird wiederbelebt. (S. 1 und 8).

Abbau geht weiter: Nach monatelanger Pause hat die „DDR" den Abbau von Selbstschußanlagen an der innerdeutschen Demarkationslinie fortgesetzt. Die Demontage wurde in der Nähe von Dutzow (Kreis Herzogtum Lauenburg) beobachtet.

Dregger: Falls die „DDR" erneut an die Bundesrepublik mit Kreditwünschen herantreten sollte, müsse man nüchtern darüber sprechen, erklärte der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende. Günstige Wirtschaftsverhältnisse in der „DDR" könnten positive Auswirkungen auf das innerdeutsche Verhältnis haben.

Heute: Treffen der Außenminister Shultz und Gromyko auf der Stockholmer KVAE-Konferenz. – *Flick-Untersuchungsausschuß* des Bundestags beginnt Zeugenvernehmung. Minister Wörner unterrichtet Verteidigungsausschuß über Fall Kießling.

ZITAT DES TAGES



» Es träfe den Kern der Vertrauensbildung, wenn sich beide Staaten in Deutschland auf der Konferenz für eine haßfreie Zone einsetzten «

Alois Mertes, Staatsminister im Auswärtigen Amt, zur Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) in Stockholm (S. 8.)
FOTO: WOLFGANG MORELL

WIRTSCHAFT

Mark begehrt: Die Deutsche Mark hat sich als internationale Anlage- und Reservewährung fest etabliert, stellt die Bundesbank fest. Sie rangiert auf Platz zwei nach dem Dollar und deutlich vor dem japanischen Yen und dem Schweizer Franken. (S. 1 und 9)

Devisen-Bewirtschaftung: Seit gestern dürfen Israelis nur noch Devisen im Wert von 2000 US-Dollar besitzen, keine Konten mehr im Ausland eröffnen oder dort Wertpapiere kaufen. (S. 10)

35-Stunden-Woche: Die gewerkschaftseigene Union-Druckerei, Frankfurt, lehnt es ab, eine Vorreiterrolle bei der Arbeitszeit-Verkürzung zu übernehmen, teilte das Unternehmen mit. Anderslautende Berichte seien falsch.

Westdeutsche Landesbank: Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende Grothgar und das Vorstandsmitglied Viefers sind aus dem Gremium ausgeschieden. Sie werden dem Vernehmen nach für verlustreiche Engagements im Kredit- und Anlagengeschäft verantwortlich gemacht. (S. 1)

Börse: Die freundliche Stimmung am deutschen Aktienmarkt hat sich am Dienstag verstärkt. WELT-Aktienindex 154,7 (153,8). Am Rentenmarkt setzte sich der Zinssenkungstrend fort. Dollar-Mittelkurs 2,7860 (2,8078) Mark. Goldpreis je Feinunze 367,75 (369,10) Dollar.

KULTUR

Cary Grant: Etwas naiv, doch nicht zu sehr, gutaussehend, aber kein Schönling, jungenhaft bis ins Alter – das machte den gebürtigen *Engländer zwei Generationen* lang zum beliebtesten männlichen Filmstar Hollywoods. Cary Grant wird heute 80. (S. 17)

Werner-Otto-Stiftung: Der mit 20 000 Mark dotierte Preis zur Förderung der medizinischen Forschung wurde den Hamburger *Medizinern* Eckhard Kaukel und Christiane Schrum für Arbeiten auf dem Gebiet der allergischen Erkrankungen verliehen.

SPORT

Handball: Die neuformierte deutsche Nationalmannschaft unterlag im Worldcup Gastgeber Schweden mit 19:23 (7:10). Weitere Ergebnisse: „DDR" – Jugoslawien 22:22; Sowjetunion – Polen 26:23; Dänemark – Spanien 22:19.

Ski Alpin: Der Schwede Ingemar Stenmark feierte gestern in Parpan seinen 76. Weltcupsieg. Er gewann einen Slalom vor Marc Girardelli (Luxemburg). Florian Beck aus Gunzesried qualifizierte sich mit Platz neun für Sarajevo.

AUS ALLER WELT

Giftige Shrimps: An verseuchten Shrimps aus Südostasien sind in den Niederlanden bisher 13 Menschen gestorben. (S. 18)

Ohne Herstatt: Der Prozeß gegen den ehemaligen Kölner Privatbankier wird wahrscheinlich ohne den Angeklagten fortgesetzt werden. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft faßte das Gericht einen entsprechenden Beschluß. Die Verteidigung will dagegen Beschwerde einlegen. (S. 18)

Wetter: Bewölkt, einzelne Schneeschauer. Um 3 Grad

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Shultz in Stockholm: USA erkennen die Spaltung Europas nicht an

Deutliche Gegensätze am Eröffnungstag der Konferenz über Vertrauensbildung

DW. Stockholm

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat das Forum der gestern eröffneten Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) genutzt, um die Teilung Europas als die „Quelle der Instabilität" auf dem Kontinent anzuprangern. Seine Rede vor den 35 Delegierten geriet zu einer politischen Abrechnung mit der Sowjetmacht, die eine „künstliche Barriere" aufgerichtet und „sogar herzlos eine seiner großen Nationen geteilt" habe.

„Lassen Sie mich ganz klar sagen: Die Vereinigten Staaten erkennen die Legitimität dieser künstlich auferlegten Teilung Europas nicht an. Diese Teilung ist der Kern des europäischen Sicherheits- und Menschenrechtsproblems, und das wissen wir alle", sagte der amerikanische Außenminister. „Diese Barriere ist nicht vom Westen errichtet worden, sie wird auch nicht vom Westen aufrechterhalten. Und es ist nicht der Westen, der seine Bürger an der freien Bewegung hindert oder sie von konkurrierenden Gedanken abschneidet."

Shultz markierte damit die Zielsetzung der amerikanischen und westlichen Absichten während der Stockholmer Konferenz: die Menschenrechte als ein Kernthema jeder Sicherheitspolitik herauszustellen. In den Kontext dieser Ziele band der US-Außenminister die Forderung nach Wiederaufnahme der unterbrochenen Rüstungskontrollverhandlungen ein, „sobald Moskau dazu bereit ist". Shultz: „Die Tür bleibt offen." Gleichzeitig kündigte er an, Washington werde in den nächsten Monaten beim UNO-Abrüstungsausschuß in Genf einen Vertragsentwurf über die „völlige und kontrollierbare Beseitigung chemischer Waffen" auf weltweiter Ebene vorlegen.

SEITE 5:
Moskaus Malaise
SEITE 8:
Westen tritt einig auf

Als erster Redner aus dem Ostblock lieferte „DDR"-Außenminister Oskar Fischer einen Hinweis auf die zu erwartende Position des Warschauer Pakts. Fischer setzte sich dafür ein, die Stockholmer Beratungen auf andere Fragen als die im Mandat vorgesehenen vertrauensbildenden Maßnahmen auszudehnen. Er befand es als „nicht logisch und nicht einzusehen, warum zum Beispiel die anderen Kernwaffen-Mächte nicht längst wie die UdSSR auf den Ersteinsatz von Kernwaffen völkerrechtlich verbindlich verzichtet haben, wenn sie doch selbst immer wieder vorgeben, Kernwaffen nur als Antwort auf einen Angriff einsetzen zu wollen". Er sprach sich für atomwaffenfreie Zonen, ein Einfrieren aller Nuklearwaffen und für einen Stopp der Stationierung von US-Raketen in Westeuropa aus. Außerdem unterstützte er die Forderung nach neuen Gewaltverzichtsabkommen.

Von US-Außenminister Shultz war dies bereits mit dem Hinweis darauf abgelehnt worden, daß die USA entsprechende Verpflichtungen in der UNO-Charta und in der Schlußakte von Helsinki eingegangen seien. „Es würde ein böses Spiel mit den Völkern Europas getrieben, wenn ihnen diese Konferenz vormachen wollte, eine neue Bekräftigung der bestehenden – und allzuoft verletzten – Engagements stelle einen Fortschritt für die Vertrauensbildung in Europa dar", argumentierte Shultz.

Rückendeckung für Wörner

Kohl: Der Minister hatte keine andere Wahl / SPD wartet Verteidigungsausschuß-Sitzung ab

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl sieht aufgrund der bisherigen Entwicklung in der „Affäre Kießling" keinen Grund für einen Rücktritt von Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner. Auch in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, vor der Wörner gestern in Berlin seine Handlungsweise erläuterte, gibt es keine Strömung, die eine Ablösung des Ministers fordert. Allerdings zeichnen sich erste personelle Konsequenzen im Apparat des Verteidigungsministeriums ab: Staatssekretär Joachim Hiehle, der auch die Dienstaufsicht über den Militärischen Abschirmdienst (MAD) führt, hat sich krankgemeldet. In Bonn wird nicht damit gerechnet, daß Hiehle auf seinen Dienstposten zurückkehrt. Auch eine baldige Ablösung des MAD-Chefs Behrendt wird erwartet.

Der Bundeskanzler, so hieß es in seiner Umgebung, sei zu der Meinung gelangt, daß Wörner angesichts der „hinreichenden Verdachtsmomente" keine andere Wahl gehabt habe, als Kießling zu entlassen. Sicherheitsaspekte seien dafür ausschlaggebend gewesen. Die eine oder andere Panne im Bereich des MAD oder unglückliche Äußerung der Hardthöhe änderten daran nichts. Im Bundeskanzleramt, in dem man die Ereignisse sorgfältig beobachtet, wurde mit einer gewissen Zufriedenheit registriert, daß Wörner selbst den Vorwurf der Homosexualität gegenüber Kießling nicht erhoben habe.

SEITE 2
Die Moral der Treppe

Der Vorsitzende des Verteidigungsausschusses des Bundestages, Alfred Biehle (CSU), erwartet, daß Wörner auf der heutigen Sitzung des Ausschusses „alles auf den Tisch legt, damit die Spekulationen ein Ende finden". Gegenüber der WELT sagte Biehle, dabei sollte mit möglichst wenig Geheimmaterial operiert werden. Das öffentliche Interesse erfordere es, daß das Material in der Öffentlichkeit „verwertet" werden könne. Nach Darstellung von Biehle wird es keine Anhörung von Zeugen mit Kießling geben. Die Geschäftsordnung des Parlaments verbiete eine solche Verfahrensweise. Der Anwalt Kießlings hatte angeboten, mit seinem Mandanten anwesend zu sein, wenn andere Zeugen gehört werden sollten.

Von der Sitzung des Verteidigungsausschusses hängt es ab, ob ein Untersuchungsausschuß beantragt wird. Außerdem befaßt sich heute die Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) zur Überwachung der Geheimdienste mit der „Affäre Kießling". In der Unionsfraktion hieß es, am besten wäre es, wenn sich die Justiz des Falles annehmen und eine Klärung in einem ordentlichen Gerichtsverfahren erfolgen würde.

● Fortsetzung Seite 8

Mehr Kapital floß herein als hinaus

Bundesbank: Dirigistische Maßnahmen würden der D-Mark nur Mißtrauen einbringen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Der Einführung dirigistischer Maßnahmen zur Eindämmung größerer Kapitalabflüsse aus der Bundesrepublik Deutschland erteilt die Bundesbank eine eindeutige Abfuhr. Solche Maßnahmen wären nur dazu angetan, Mißtrauen in die D-Mark zu erwecken oder zu verstärken, warnt die Notenbank in ihrem Monatsbericht. Die jüngste Abschwächung der D-Mark hänge auch nicht mit Kapitalabflüssen zusammen, sondern sei vor allem eine Folge der Stärke des *Dollar*, die sich, *wenn auch nicht* in gleichem Maße, gegenüber fast allen Währungen zeige. Kapitalverkehrskontrollen zur Abschirmung Europas gegen die hohen Zinsen in den USA wurden auch von Bundesfinanzminister Stoltenberg abgelehnt.

Von August bis November 1983 – weiter reicht die Statistik noch nicht – waren die Zuflüsse langfristigen Kapitals aus dem Ausland höher als die gleichzeitigen Abflüsse, betont die Bundesbank. Die Stabilisierung der außenwirtschaftlichen Lage der Bundesrepublik, ihre herausgehobene Stellung als Land mit weitgehender Geldwertstabilität und einer auch unter zeitweilig schwierigen Verhältnissen durchgehaltenen Linie völliger Freizügigkeit im internationalen Kapitalverkehr dürften Garanten dafür sein, daß die D-Mark weiterhin hohes internationales Vertrauen genießen *könne*, auch wenn dies bei teilweise *stark* schwankenden Wechselkursen kurzfristig nicht immer klar zu Tage trete.

In einer Untersuchung über die Stellung der D-Mark als internationale Anlage- und Reservewährung kommt die Bundesbank zu dem Ergebnis, daß sich die Mark in dieser Rolle – auch in jüngster *Zeit* – fest etabliert hat. Ihr Anteil am gesamten Anlagevolumen des internationalen Kreditmarktes entspreche in etwa der Bedeutung der Bundesrepublik im internationalen Handels- und Dienstleistungsverkehr, sei also weder als zu groß noch als zu klein zu betrachten. Bei den gesamten identifizierbaren Devisenreserven der IWF-Mitglieder rangierte die D-Mark mit einem Anteil von 11,6 Prozent Ende 1982 auf Platz zwei nach dem Dollar (71,4 Prozent) noch sehr deutlich vor dem japanischen Yen (3,9) und dem Schweizer Franken (2,7 Prozent). Ende 1980 war der D-Mark-Anteil wegen des damaligen höheren D-Mark- und niedrigeren Dollarkurses allerdings noch höher (13,8 Prozent).

Die derzeitige Größenordnung der von ausländischen Währungsbehörden in D-Mark gehaltenen Reserven dürfte der Bundesrepublik nach Auffassung der Notenbank keine größe-

■ Fortsetzung Seite 8

Verluste und Kündigungen bei WestLB

adh/Py. Frankfurt/Düsseldorf

Mit einem knappen Vierzeiler begnügte sich gestern früh die Westdeutsche Landesbank Girozentrale, Deutschlands größtes öffentlich-rechtliches Kreditinstitut, um das Ausscheiden des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Vinzenz K. E. Grothgar (49) und von Vorstandsmitglied Heinrich Viefers (55) mit sofortiger *Wirkung mitzuteilen. Von* Begründungen und Verfahrensweisen – wie üblich – keine Spur.

Grothgar und Viefers gehörten dem Vorstand der WestLB bereits seit 1976 an. Ob beide auf eigenen Wunsch ihren Hut nahmen oder ob man ihnen diesen Schritt nahelegte, wurde nicht gesagt. Die Entscheidung fiel am Montagabend in geheimer Abstimmung. Der Präsidialausschuß, das höchste Gremium des Verwaltungsrates, hatte diesem eine entsprechende Empfehlung gegeben.

Damit gerät die WestLB, eine der größten deutschen Banken (Bilanzsumme mehr als 120 Milliarden Mark) wie schon öfter zuvor in die negativen Schlagzeilen. Viefers soll nun für die Verluste im WestLB-Engagement bei der Deutschen Anlagen-Leasing (DAL) in Mainz geradestehen, Grothgar für Mißerfolge im Auslandsgeschäft der Bank. Für beide Engagements wird das bisher beste Betriebsergebnis der Bank (1,1 Milliarden) zur Risikovorsorge herhalten müssen. Denn was an Verlusten an der Bank hängenbleibt, ob es gar mehr sein wird als diese Milliardensumme, wagt keiner zu sagen. Sicher ist nur, daß die WestLB ihren Anteilseignern und Ge*währsträgern, den Sparkassen- und* Landschaftsverbänden von Rheinland und Westfalen sowie dem Land Nordrhein-Westfalen, wie schon seit 1979 auch für 1983 keine Dividende zahlen wird.

SEITE 2:
Kein Sinn für Risiken

Bei der DAL, bei der sich seit Herbst 1983 von Woche zu Woche immer größere Löcher auftaten, müssen die Gesellschafterbanken, darunter drei Landesbanken und die Dresdner Bank, Verluste von 256 Millionen Mark (1982) und von 400 Millionen DM (1983) decken. Viefers hatte zwar in zweijähriger Tätigkeit als DAL-Aufsichtsratsvorsitzender sehr schnell auf Kurskorrekturen und Veränderungen im DAL-Vorstand gedrängt, nachdem unter „Aufsicht" seines Vorgängers Johannes Völling eine allzu starke Expansion im Leasinggeschäft betrieben worden war. Aber Viefers wollte die Wende schrittweise und ohne Eklat herbeiführen.

Bei Bekanntwerden immer größerer Verlustsummen ging offenbar den WestLB-Eigentümern das Vertrauen in die Aufräumungsarbeiten Viefers' *verloren. Die Entlassung von Viefers,* seit 1958 bei der WestLB, ohne daß ihm je mangelnde Risikoanalyse vorgeworfen worden wäre, nährt freilich den Verdacht, die WestLB mit ihrem 30-Prozent-Anteil an der DAL wolle mit dem „Ausgucken" eines Schuldigen Handlungsfähigkeit beweisen und Vertrauen wecken.

Grothgar steht für – nicht genannte – Verluste in den West-LB-Auslandsengagements (23 Prozent des Kon*zernkreditvolumens) in Asien und* Südamerika, ob dies Grund für das „Fehlen von Grundlagen vertrauensvoller Zusammenarbeit" zu den Anteilseignern ist, bleibt vorläufig offen. Das freilich hat bei der WestLB schon Tradition, nicht zuletzt aus politischen Gründen und aufgrund erschreckender Intrigen unter den Gewährsträgern.

DER KOMMENTAR

Die Deutsche Mark

PETER GILLIES

Es gibt zwei Ratgeber, die an den internationalen Finanzmärkten stets ein offenes Ohr finden: der Zweifel und die Hoffnung. Für ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland, deren Wohlfahrt entscheidend von der Weltwirtschaft abhängt, ist es selbstzerstörerisch, dem Zweifel Vorschub zu leisten oder keimende Hoffnung zu zertreten.

Eine klassische Methode des Selbstzweifels ist beispielsweise die Ankündigung, man wolle „unerwünschte" Kapitalabflüsse in den Dollar mit Gesetzen verhindern oder mit Abgaben bestrafen. Derartige Reden seien, so warnt die Bundesbank, dazu angetan, das Mißtrauen in die Deutsche Mark zu wecken oder zu verstärken.

Die vermeintlichen Patentvorschläge, wie sie Anhänger von mehr oder minder gelenkten Wirtschaften aus dem Zylinder ziehen, schaden dem eigenen Land und den eigenen Arbeitsplätzen. Sie gehen auch deswegen in die Irr, weil die Schwäche der Mark eben nicht mit exzessiven Kapitalabflüssen in die USA zu tun hat, sondern mit der Stärke des Dollars. Sein konjunktureller Hintergrund und seine politische Geradlinigkeit werden als Hort der Stabilität geschätzt – und honoriert.

Aber es scheint, als wende sich auch dieses Blatt wieder in die Normallage. Diese Bundesregierung läßt Zweifel an ihrer Politik der Freizügigkeit des Kapitalverkehrs nicht zu. Die Deutsche Mark war und ist eine begehrte Anlagewährung – die zweitwichtigste nach dem Dollar und weit vor Yen und Fränkli. Ihre Wirtschaft spürt kräftigen Aufwind, politische Irritationen sind nicht zu erkennen.

Es steht also der Hoffnung nichts im Wege, daß sich die relative Stabilität der deutschen Mark wieder als Aufwertung bemerkbar macht. Ihre fundamentalen Daten sind besser als die amerikanischen, zumal da es als beachtlich zu würdigen wäre, wenn es dem Bund gelänge, seine Neuverschuldung um ein rundes Viertel unter die Etatzahlen zu drosseln.

Hin und wieder ist es nützlich, Selbstbewußtsein zu flaggen. Dann fallen Einflüsterungen auf steinigen Boden.

Zhao: USA sollen den Kreml zügeln helfen

AP/AFP, Washington/Peking

Zum Abschluß seines USA-Besuches hat der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang um amerikanische Hilfe bei der Eindämmung der „sowjetischen Expansionspolitik" in Asien gebeten. Vor der Presse in New York sagte Zhao, die USA und China verträten „die gleichen Positionen zur sowjetischen Invasion in Afghanistan" und zur sowjetischen Unterstützung der Kambodscha-Politik Vietnams. Zu Chinas Politik gegenüber der britischen Kronkolonie Hongkong äußerte der Ministerpräsident, dort werde auch unter chinesischer Herrschaft nach Auslaufen des Pachtvertrages im Jahre 1997 das kapitalistische System erhalten bleiben.

Eine vorsichtig positive Bilanz des USA-Besuchs Zhao Ziyangs hat die amtliche chinesische Nachrichtenagentur Xinhua gezogen. Der Besuch Zhaos – der Ministerpräsident ist inzwischen nach Kanada weitergereist – habe „Hoffnungen auf eine Verbesserung der Beziehungen" zu den USA geweckt, meinte die Agentur. Zhaos Gespräche mit US-Präsident Reagan hätten erlaubt, „eine Reihe wichtiger Fragen des gegenseitigen Verhältnisses zu klären". Ganz allgemein habe Zhao der amerikanischen Führung klargemacht, „daß China sich keinem äußeren Druck beugt und sich niemandem unterwirft". Peking verlange von den USA, sich nicht einer friedlichen Wiedervereinigung Taiwans mit China in den Weg zu stellen. Xinhua bedauerte, daß sich Washington nicht zu einer größeren Öffnung seiner Grenzen für chinesische Textilien bereit gezeigt habe.

Arbeitszeit: Breit warnt vor Hysterie

gba. Düsseldorf

Der DGB-Vorsitzende Ernst Breit hat vor „Hysterie" in der Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche gewarnt, gleichzeitig aber die Bundesregierung kritisiert. Mit der Ablehnung der Wochenarbeitszeitverkürzung durch den Kanzler habe sich die Regierung zu einem „Unternehmer-Unterstützungs-Verein" gemacht, sagte Breit auf der Neujahrs-Pressekonferenz des DGB.

Zu den schon jetzt verhärteten Fronten im Tarifkonflikt um die kürzere Wochenarbeitszeit bemerkte der DGB-Chef: „Es geht weder um Sein oder Nichtsein der deutschen Gewerkschaften, noch geht es um Aufstieg oder Niedergang der deutschen Wirtschaft." Die Existenzfrage für die Gewerkschaften sieht der zweite IG-Metall-Vorsitzende Steinkühler in der 35-Stunden-Woche.

Breit warf der Bundesregierung vor, sie betreibe eine Politik nach der Formel „Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen durch die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer ... der kranken, der behinderten, der weiblichen, der ausländischen und der arbeitslosen Arbeitnehmer, der Rentner, der Sozialhilfeempfänger und der Auszubildenden".

Zum DGB-internen Streit zwischen den Befürwortern der Wochenarbeitszeitverkürzung und den Anhängern der Tarifrente sagte Breit, die „Übereinstimmung der (Einzel-)Gewerkschaften ist heute stärker als jemals zuvor".

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Fairneß

Von Heinz Barth

Es bleibt bei dem, was Winston Churchill von der Demokratie sagte: „Sie ist die schlechteste Staatsform, mit Ausnahme aller anderen." Im Orwell-Jahr tat die CDU/CSU gut daran, mit ihrer „Berliner Erklärung 1984" den von seinen Verankerungen gelösten Grundsatz festzuklopfen, daß eine Verfassung, die so großzügige Freiheiten gewährt wie jene der Bundesrepublik, es zu allerletzt verdient, von Widerstandsbewegungen mißbraucht zu werden.

Es ist ein Gebot der politischen Verhältnismäßigkeit, also der Fairneß, die Toleranz einer funktionierenden Demokratie nicht zu bestrafen, sondern ihr mit einem Mehr an staatsbürgerlicher Disziplin und Respekt zu begegnen. Anders könnte eine freiheitliche Ordnung nicht überleben. Gefahr droht ihr nicht von den vermeintlichen Rechtsbrüchen des Systems, sondern von der verquollenen Mentalität der unscharfen Denker und Dichter.

Es ist schon arg, wie es in diesem Land bei manchen, die sich zur elitären Minderheit zählen, um die Präzision des politischen Dialoges bestellt ist. Die Verwirrung der Begriffe ist ihre Spezialität.

Da wird der „gewaltfreie Widerstand" zur neuen Rechtsnorm proklamiert, als ob wir nicht alle wüßten, daß die exakte Grenze zwischen Widerstand und Gewaltlosigkeit nie zu ziehen ist. Da wird als „Regelverletzung" ausgegeben, was in Wirklichkeit eindeutig gegen die Gesetze verstößt. Da wird durch den Aufruf zum „zivilen Ungehorsam" die unzivilisierte Rüpel-Demokratie glorifiziert. Die Sappeure des Rechtsstaates berufen sich, jeder für sich, auf ihr „Gewissen" – als gäbe es die Mehrheit nicht, die nach dem Gewissen aller Beteiligten über die Grundlagen des Zusammenlebens entschied.

Für jede Demokratie ist es ein Problem, die Minderheit vor der Majorisierung zu schützen. Darauf haben die Väter der amerikanischen Verfassung schon vor 200 Jahren beträchtliche Aufmerksamkeit verwendet. Eine ideale Lösung fanden sie nicht, weil es sie nicht gibt. Es gibt sie auch nicht für die Bundesrepublik. Besonders nicht, solange ihre Stabilität von denjenigen attackiert wird, die sie wider besseres Wissen mit dem Hitlerreich auf die gleiche Stufe stellen.

Kein Sinn für Risiken

Von Harald Posny

Mit dem Ausscheiden des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Vinzenz Grothgar und seines Kollegen Heinrich Viefers ist der Vorstand des größten öffentlich-rechtlichen Kreditinstituts der Bundesrepublik, der Westdeutschen Landesbank (WestLB), endgültig in den Verdacht geraten, eher ein Taubenschlag denn ein funktionierendes Management zu sein. Wer zählt die Männer, nennt die Namen, die allein seit 1977 (also nach Ludwig Poullain) an ihren Aufgaben scheiterten.

Verunglückte Devisengeschäfte, ehrgeizige Kreditgeschäfte, risikoreiche Auslandsengagements und schließlich extrem expansive Leasinggeschäfte säumen den Weg der von Sparkassen und Landesregierungen getragenen zwölf Institute im Bundesgebiet. Und fast jede dieser Banken muß erschreckende Fehlleistungen bekennen, bei der WestLB, der Helaba und der NordLB waren die gravierendsten.

Wenn eine Bank wie die WestLB ihr bislang bestes Betriebsergebnis von mehr als einer Milliarde Mark in die Risikovorsorge für eine Leasing-Beteiligung von 30 Prozent und Mißerfolge im Auslandsgeschäft „wegstecken" muß und wenn die Anteilseigner weiter auf Ausschüttungen warten müssen, gibt das Anlaß zu Konsequenzen, die über den Abschied von zwei Vorstandsmitgliedern und ungerechtfertigte Schuldzuweisungen hinausgehen. Dazu gehört auch ein grundsätzliches Überdenken von öffentlich-rechtlichen Bankstrukturen.

Die Verluste dieser Landesbanken sind in aller Regel in den Bereichen entstanden, in denen sie meinten, Nachholbedarf zu haben, die Angebotspalette der Sparkassen abzurunden und über Girokassenfunktionen hinauszuwachsen. Der Wettbewerb mit den anderen Bankengruppen, die – obwohl ohne Belastung der Steuerzahler – auch ihre Schieflagen haben, ließen Ehrgeiz und Wachstumseuphorie vor Risikobewußtsein rangieren. Ein Blick auf die Bankspitzen hinterläßt ohnehin den Eindruck, als handele es sich hier um Belohnungen für parteipolitische Meriten. Das gilt für CDU wie für SPD.

Casablanca

Von Jürgen Liminski

Die ganze Welt schaut auf uns", meinte der saudische König Fahd, als er im sonnigen Casablanca dem königlichen Jet entstieg. Der Gipfel der islamischen Weltkonferenz hat mit den EG-Gipfeln eins gemeinsam: Sie werden viel beachtet und sind wenig ergiebig. Meist erschöpfen sie sich in der Bestätigung eines Minimalkonsenses. So sind auch aus Casablanca keine Neuigkeiten zu erwarten, die über das herzliche und prunkvolle Einvernehmen der Könige und Staatschefs und die fast schon rührenden Bemühungen der Medien zur Aufwertung Arafats hinausgehen.

Am wenigstens belangslos ist immerhin der Zeitpunkt. Das Nahost-Problem hat politisch Konjunktur: Ägypten und Frankreich wollen ihre Initiative aus dem Jahre 1982 zur Änderung der Resolution 242 wieder vor den Sicherheitsrat bringen, im Sicherheitsplan für Libanon steckt ein Zahn, den die Syrer den Saudis und Libanesen noch nicht gezogen haben, in westlichen Kanzleien wittern PLO-Freunde wieder neue Chancen für den abgehalfterten Überlebenskünstler Arafat, und der jordanische König Hussein gibt sich entschlossen, die politischen Überreste der PLO in eine neue, diesmal eigene Initiative einzubringen.

Wirft man darüber hinaus noch einen Blick auf den Golf, an dessen Ufern sich Irak und Iran zerfleischen, oder an die saudisch-jemenitische Grenze, von der wieder Übergriffe und Überfälle gemeldet werden, oder auch auf die Grenzkonflikte zwischen islamischen Ländern in Afrika und Asien, dann steht der Beobachter vor dem vertrauten Bild: eine in sich zerstrittene arabische und islamische Welt, die sich nur in Hetzreden gegen Israel und den Imperialismus der Ungläubigen einig ist und an deren Einheit vor allem europäische Lobbyisten basteln.

So als ob es eine organische Einheit der arabischen und islamischen Welt gäbe, frei von Interessen regionaler oder staatlicher Subsysteme. Es gibt sie genauso wenig wie die Einheit der angeblich christlichen Staaten. Nur: Im Abendland gesteht man das längst ein, im Orient nicht.



„Die Wahrheit ist doch, daß Sie mit leeren Händen kommen, Mr. Reagan!" ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Schatten über Kohls Reise

Von Bernt Conrad

Wenn Bundeskanzler Helmut Kohl in einer Woche nach Israel aufbricht, dann wird er dort ein politisches Klima vorfinden, das sich erheblich von dem unterscheidet, das ihn im Spätsommer vergangenen Jahres, dem ursprünglich vorgesehenen Reisetermin, erwartet hätte. Denn Kohl war in der Zwischenzeit in Dschidda und hat dem saudischen König Fahd prinzipiell die Lieferung deutscher Rüstungsgüter, wenngleich nicht des Panzers Leopard 2, zugesagt. Die Aussicht aber, daß deutsche Waffen – etwa der Flugabwehrkanonenpanzer „Gepard", der Schützenpanzer „Marder" oder anderes Kriegsmaterial – zur Stärkung der Feinde des jüdischen Staates beitragen könnten, hat in Israel tiefe Besorgnis ausgelöst.

Wie weit die Entrüstung reicht, konnten vor einigen Wochen die Teilnehmer einer gemeinsamen Tagung der israelisch-deutschen und deutsch-israelischen Gesellschaften in Jerusalem feststellen. Am Ende schlug sich die bedrückte Stimmung in der schriftlich fixierten Aussage nieder: „Für die Konferenz ist die Vorstellung unerträglich, daß mit in Deutschland hergestellten Waffen jemals wieder auf Juden geschossen werden könnte. Waffenlieferungen in den Nahen Osten, die die Sicherheit Israels gefährden, dienen nicht dem Frieden, sondern bedrohen ihn."

Kein Wunder, daß der israelische Verteidigungsminister Mosche Arens vor einem internationalen jüdischen Forum konstatierte: „Nach allem, was geschehen ist, was vielleicht verziehen, aber nicht vergessen werden sollte, finden wir es schwierig, uns vorzustellen, daß Westdeutschland zum Verkauf von Waffen an Saudi-Arabien bereit ist, an ein Land, das sich erklärtermaßen im Kriegszustand mit uns befindet. Wir sind absolut gegen diese Pläne. Für uns ist das ein Grund zu großer Besorgnis, und für Sie sollte dasselbe gelten." Die Angesprochenen waren überwiegend Amerikaner. Die negative Wirkung eines solchen Appells auf das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihrem wichtigsten Verbündeten, den Vereinigten Staaten, läßt sich unschwer ausmalen.

Für den Israel-Besuch des Kanzlers verheißt das schwerwiegende Komplikationen. Ursprünglich als ein begrüßenswerter Versuch angelegt, jahrelange Versäumnisse aufzuarbeiten und ein neues Kapitel deutsch-israelischen Vertrauens aufzuschlagen, wird die Reise jetzt zunächst einmal dem Ziel dienen müssen, den durch die Zusicherungen Kohls gegenüber Saudi-Arabien entstandenen psychologischen Schaden in Israel zu begrenzen, wenn nicht auszuräumen. Voraussetzung dafür aber ist die Einsicht in die Realität israelischer Verstimmung, die weit über das Militärische hinausgeht und an die Wurzeln deutscher Verantwortung für die millionenfache Ermordung von Juden heranreicht.

Staatsminister Alois Mertes (CDU), der den Kanzler nach Jerusalem begleiten wird, hat im Herbst 1982 den beherzigenswerten Satz ausgesprochen: „Unsere Solidarität mit den Überlebenden des Völkermordes, der im Namen Deutschlands begangen wurde, gehört zum Ethos und zur Würde der deutschen Außenpolitik." Dem wird Helmut Kohl ganz sicher zustimmen. Er selbst hat im Februar 1983 dem damaligen Außenminister und jetzigen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir erklärt, die Festigung der Sicherheit Israels gehöre zu den wichtigsten Zielen der Bonner Nahostpolitik. Persönlich zur „unbelasteten Generation" gehörend, ist sich Kohl der Tragweite historischer deutscher Schuld durchaus bewußt. Auf der anderen Seite aber glaubt er offensichtlich – in diesem Punkt nicht sehr konsequent –, die „traditionelle Freundschaft mit der arabischen Welt" (Kanzlerwort in Amman) so pflegen zu können, daß dabei auch einmal über Sicherheitsinteressen des jüdischen Staates, wie Israel sie selbst definiert, hinweggegangen werden kann.



Eine prinzipielle Zusage gegeben: Bundeskanzler Kohl und König Fahd FOTO: WITSCHEL/DPA

Für diese Haltung hat Staatsminister Jürgen W. Möllemann, Begleiter Kohls auf dessen zurückliegender Arabien-Reise, die schlimme Formel geprägt: „Wir lassen es nicht zu, daß die Beziehungen zu einem Partner sozusagen unter der Kuratel der Beziehungen zum anderen Partner stehen." Tatsächlich geht es darum überhaupt nicht. Denn kein vernünftiger Israeli kann etwas gegen gute deutsch-arabische Beziehungen einwenden – soweit daraus kein schwerwiegender Nachteil für den jüdischen Staat entsteht. Doch diesen Zusatz will der FDP-Staatsminister nicht akzeptieren.

Kohl scheint den Zusammenhang, wenngleich er die Dinge weniger einseitig sieht als der für die arabische Sache sehr eingenommene Möllemann, zumindest etwas auf die leichte Schulter zu nehmen. Sonst hätte er sich nicht – auf dem Rückzug von Helmut Schmidts Leopard-2-Zusage an die Saudis – entgegen grundsätzlichen Bedenken seines Außenministers bereit erklärt, die Tür zum deutschen Waffenexport in den arabischen Raum aufzustoßen. Darüber wird er in Jerusalem sehr ernste Worte zu hören bekommen.

In dieser Lage kann nur eines helfen: die israelischen Sorgen nicht herunterzuspielen, sondern sich ihnen offen und ehrlich zu stellen und den Partnern in Jerusalem unmißverständlich klarzumachen, daß die deutsche Verpflichtung zur Solidarität mit jenen Juden, die dem Holocaust entkommen sind, unverändert gilt. Und noch etwas sollte verstanden werden: Unsere Rüstungsexporte weiterhin restriktiv zu handhaben und uns nicht durch Waffenlieferungen in das Spannungsgebiet Naher Osten in eine sich ausweitende Kette von Forderungen und Gegenforderungen verstricken zu lassen, liegt auch im wohlverstandenen deutschen Interesse.

IM GESPRÄCH Joachim Hiehle

Der erste Krankenschein

Von Rüdiger Moniac

Die Nachricht, daß sich der Staatssekretär des Verteidigungsministeriums, Joachim Hiehle, zum Wochenbeginn krankmeldete, hat die ohnehin durch die „Affäre Kießling" angeheizte politische Atmosphäre in Bonn weiter in Vibration versetzt. Ist er der erste, der wegen der Behandlung des vorzeitig in den Ruhestand entlassenen Generals stürzt? Opfert ihn der Minister, um sich selbst halten zu können? Müssen weitere Verantwortliche an der Bundeswehrspitze gehen? Etwa auch der stellvertretende Generalinspekteur und der Amtschef des Militärischen Abschirmdienstes (MAD)?

Unumstößlich steht inzwischen fest, daß durch die Arbeit dieser „Stellen" in der Hierarchie unterhalb des Ministers dieser selbst in derart große Schwierigkeiten geraten ist, daß manche in Bonn nicht mehr glauben wollen, Wörner werde sich im Amt halten können.

Hiehle spielt als Chef der Verwaltung und des MAD natürlich eine Schlüsselrolle bei der Behandlung des Falles Kießling. Kenner auf der Hardthöhe sagen deshalb, der Staatssekretär sehe inzwischen, was in dieser Sache „besser hätte laufen müssen". Ihn plage „irgendwie das schlechte Gewissen". Diese Gemütslage, verbunden mit der ungeheuren Arbeitsbelastung zur „Bereinigung" der Affäre – sie zieht sich schon seit Wochen hin und kumulierte in den letzten Tagen für Hiehle und den gesamten Beraterkreis Wörners in hektischer Betriebsamkeit bis tief in die Nächte hinein –, kann auch einen gesunden Mann zum Kurztreten zwingen.

Hiehle war schon unter Wörners Amtsvorgänger Apel als beamteter Staatssekretär gewissermaßen „die graue Eminenz" im Verteidigungsministerium. Als der CDU-Politiker im Oktober 1982 Apel ablöste, waren viele verwundert, daß er Hiehle nicht entließ und an diesen wichtigen Platz einen Verwaltungsfachmann seines



Graue Eminenz, Jahrgang 26: Joachim Hiehle FOTO: JUPP DARCHINGER

Vertrauens nahm. Wörner, darauf angesprochen, pries beständig die hohen Qualitäten Hiehles und gab allen zu verstehen, daß er den Staatssekretär noch lange beschäftigen wolle. Mit Apel gemeinsam war Hiehle im Februar 1978 auf die Hardthöhe gekommen. Für Apel gearbeitet hatte er schon vorher in dessen Zeit als Finanzminister. Apel hatte im Mai 1974 kurz nach seiner Amtseinführung den Abteilungsleiter im Finanzministerium, den für den Bundeshaushalt zuständigen Ministerialdirektor, zum Staatssekretär gemacht. Seit dieser Zeit gilt Hiehle als der SPD „nahestehend". Andere behaupten, er habe deren Mitgliedsbuch. Im Krieg war Hiehle noch Luftwaffenhelfer, danach Offizierskadett in der Kriegsmarine. Nach dem Krieg half er zwei Jahre lang Seeminen räumen, studierte danach Rechts- und Staatswissenschaften und trat 1957 in die Finanzverwaltung ein. Nebenbei ging er zur Marine und machte Wehrübungen. Hiehle war es, der Kießling am 13. Dezember 1983 persönlich eröffnete, er müsse vorzeitig den Dienst quittieren, weil er zum „Sicherheitsrisiko" geworden sei.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Süddeutsche Zeitung

Das Münchner Blatt befaßt sich mit der Rücktrittsankündigung von Frau Adam-Schwaetzer, Generalsekretärin der FDP:

Der FDP-Vorsitzende Genscher fällte mit der Berufung seiner Generalsekretärin im Herbst 1982 eine Entscheidung, die, wie schon damals absehbar war, dem schwierigen Amt nicht gerecht wurde. Es handelte sich, kurz nach der politischen Wende in Bonn, um eine Verlegenheitslösung, die nur dadurch zu erklären ist, daß der Vorsitzende seinerzeit einen unbedingt linientreuen Exekutor seiner Politik im Parteimanagement brauchte. In der prekären Lage, in der sich die FDP befand, hätte er einen unabhängigen Generalsekretär mit starker politischer Ausstrahlungskraft eher als beunruhigend empfunden. Nun, da die Partei sich einerseits auf einem gewissen Niveau in ihrer neuen Linie stabilisiert, andererseits aber dringender denn je zündende liberale Initiativen braucht, erweist sich die vorübergehend als taktisch interessant empfundene Personalentscheidung Genschers als Hemmnis, wenn nicht als Mangel.

Le Quotidien de Paris

Die Pariser Zeitung schreibt über die Konferenz von Stockholm:

Sicherlich muß man sich über jede Initiative zum Dialog zwischen Ost und West und über jeden Steg zwischen beiden Blocks freuen, so zerbrechlich er auch sei. Aber von daher zu glauben, das Treffen in Stockholm könne sich fruchtbarer erweisen als die von Helsinki, Belgrad oder Madrid, ist ein himmelweiter Unterschied. Obwohl die westlichen Außenminister so tun, als wüßten sie es nicht, ändert dies nichts an der Tatsache, daß die Sowjets in Stockholm sind, weil dies ihrer Propaganda und nichts anderem dient. Sie suchen in der schwedischen Hauptstadt weder Entspannung noch Abrüstung und nicht einmal Frieden. Sie suchen nur eine Tribüne für ihre Lügen sowie einen Fetzen Papier, der ihre Gegner bindet, ohne sie selbst zu irgendetwas zu verpflichten. So handeln sie seit Jahrzehnten, und trotzdem gibt es seit Jahrzehnten Naive oder Kurzsichtige, die die Augen vor dieser Tatsache verschließen.

FINANCIAL TIMES

Die Zeitung aus London kommentiert die Rede von US-Präsident Reagan:

Präsident Reagans Rede ist doppelt willkommen, wegen ihres Inhalts und wegen ihrer scharfen Kontraste zur kriegerischen Rhetorik, die bisher mit dem Reaganismus verbunden wurde. Das wütende Brandmarken der Sowjetunion als Zentrum des Bösen ist beiseite gelassen worden. An deren Stelle bietet er friedlichen Wettbewerb und konstruktive Zusammenarbeit mit der Sowjetunion an. Wenn die Rede meint, was sie sagt, könnte sie ein Wendepunkt in der Außenpolitik dieser Regierung sein. Trotzdem wäre es voreilig, übertriebene Schlüsse zu ziehen. Eine Rede ist keine Politik, es ist nur eine Rede.

Ein Vier-Sterne-General und die Moral der Truppe

Am Fall Kießling scheiden sich die Geister – und Generationen / Von Rüdiger Moniac

Wie wirkt die „Affäre Kießling" auf die Bundeswehr selbst? Sie ist das Tagesgespräch, vor allem natürlich im Kreis der Offiziere; aber auch Unteroffiziere und die sehr große Gruppe der Mannschaften bleiben von den Ereignissen um die vorzeitige Entlassung des stellvertretenden NATO-Oberbefehlshabers nicht unbewegt. Da die Truppe über die Vorgänge aber auch nicht mehr erfährt als die weite Öffentlichkeit, ergehen sich die Soldaten ebenso in Spekulationen über die Hintergründe, die zu dieser Affäre geführt haben. In einem allerdings dürften sich die Angehörigen der Bundeswehr einig sein: Der Schaden, der den Streitkräften durch den Skandal zugeführt wird, für den ein wirklich Verantwortlicher noch nicht gefunden ist und möglicherweise nie gefunden werden dürfte, läßt sich schwer absehen.

Was dabei vor allem beachtet werden muß, ist der Schlag, den diese Affäre für den gern so genannten „Ehrenkodex" des Soldaten bedeutet. Dieser spielt, da für die fern von Bonn ihren Dienst in den Kasernen tuenden Soldaten keine Tatsachen verfügbar sind, als „Meßlatte" sozusagen, zwangsläufig eine entscheidende Rolle. Denn die Soldaten sind auf die Glaubwürdigkeit der im konkreten Fall Handelnden angewiesen: Das ist auf der einen Seite der Minister und Oberbefehlshaber der Streitkräfte im Frieden, auf der anderen Seite der General, von dem es als Offizier mit vier goldenen Sternen in diesem Spitzen-Dienstgrad gegenwärtig nur noch einen weiteren gibt, den Generalinspekteur. Als Soldat dieses hohen Ranges kann Kießling für sich in der Truppe demnach einen besonderen Grad an Glaubwürdigkeit voraussetzen.

Wenn Kießling sagt, er gebe sein „Ehrenwort" als Offizier, nie homosexuelle Neigungen oder Beziehungen gehabt und auch nicht in derartigen Lokalen verkehrt zu haben, dann hat das in der Truppe Gewicht. Allerdings in unterschiedlicher Weise. Wenn in dieser Frage überhaupt von eindeutigen Erkenntnissen gesprochen werden kann, dann läßt sich dazu Folgendes sagen: Kießlings „Ehrenwort" gilt bei den älteren Offizieren mehr als bei den jüngeren. Kießling entstammte dem Anfangskader des Bundesgrenzschutzes und trat nach zwei Jahren beim BGS als junger Offizier 1956 in die Bundeswehr ein. Für diese Generation von Offizieren galt in der Tat ein besonderer Verhaltens- und Ehrenkodex. Wenn sie sich in bestimmten Fragen ihr Wort als Offizier gaben, dann wäre es nicht offiziersmäßig gewesen, daran zu zweifeln. Viel von solcher Bewußtseinslage und Denkweise übertrug sich auch auf die Offiziere der Bundeswehr, die jung in die Truppe kamen und den Krieg als Soldat nicht mehr miterlebt hatten. Bis in die Jahrgänge der heute Mittvierziger, das läßt sich wohl so generell behaupten, ist es auch heute noch üblich, dem Wort eines Offiziers großes Gewicht beizumessen.

Tendenziell anders fühlt sich das jüngere Offizierskorps in seinem Selbstverständnis. Die Soldaten, die Ende der sechziger Jahre und später zum Leutnant befördert wurden, kennen allein noch die Friedensarmee und hatten sich in den Kasernen auf einen eher das Funktionale betonenden Dienst einzustellen, der die Emotionen und damit das Gemüt weniger stimuliert. „Kasinoleben" im Stil früherer Jahre fand kaum mehr statt. Abends strebten wie alle anderen Soldaten auch die Offiziere möglichst schnell dem Privatleben zu. Ein Korpsgeist, wenn er denn überhaupt entwickelt wurde, beschränkte sich auf das Erleben der den Tagesablauf bestimmenden dienstlichen Belange. Die Männerrunde am Abend, in der getrunken wurde, diskutiert, ja schwadroniert, und den Jüngeren auch einmal nachgesehen wurde, wenn sie den Ältern vielleicht nicht mit der gebotenen Achtung gegenübertraten, sich gar dumme Streiche leisteten, dies alles geschah seit Ende der sechziger Jahre in den Heimen der Offiziere vor dem Kasernenzaun allenfalls hin und wieder, an vielen Orten auch nie.

Ältere Vorgesetzte waren für die jungen Untergebenen im Offiziersrang nicht mehr Leitfigur, sondern nur Vorgesetzte. Die Jüngeren suchten sich, wenn überhaupt, andere Vorbilder. Wenn sie „nach Bonn" schauten, sahen sie auf die Verteidigungsminister jener Jahre, auf Helmut Schmidt, Georg Leber, Hans Apel, schließlich auf Manfred Wörner. Von diesen am wenigsten akzeptiert war Apel. Er hatte auch nie ein Hehl daraus gemacht, zu dem Amt gezwungen worden zu sein. Wertschätzung aber erfuhren – auch und vor allem von den jüngeren Offizieren – Schmidt, noch mehr vielleicht Leber und in ähnlicher Weise jetzt Wörner. Besonders dem Letzteren kommt zugute, daß er, obwohl der Nachkriegsgeneration zugehörig, ständig durch Wehrübungen den Kontakt zur Truppe suchte.

Man kann deshalb heute den Eindruck gewinnen, die jüngeren Offiziere halten die Handlungsweise des Ministers in der Affäre für die richtige, nicht die des Generals. Übertrieben – gewiß – wäre es, zu behaupten, wegen Kießling und Wörner ginge hinsichtlich ihrer Glaubwürdigkeit mitten durch das Offizierskorps ein Riß, hie die Älteren, dort die Jüngeren. Fest steht aber auf der anderen Seite, daß die Zweifel über die Handlungsweise des Ministers unter den Älteren weiter verbreitet zu sein scheinen als bei den Jüngeren. Viele der älteren Offiziere unterdrücken ihren Mißmut über den Minister aber nicht, von dem sie glauben, er tue einem der ihren Unrecht.

WIE WAR DAS?

Als der Zollverein gegründet wurde

Von PETER GILLIES

Meistbegünstigungsklausel, Währungsverbund, Abwehrzoll, Vetorecht, Drittlandsschmuggel – die Entstehungsgeschichte des Deutschen Zollvereins 1834 ist gespickt mit Reminiszenzen an die europäische Politik von heute. Historisch war dem Deutschen Zollverein jedoch etwas beschieden, dem die EG von heute noch fern ist: das politische Einigungswerk.

Zwischen den 38 Staaten im lockeren Deutschen Bund nach 1815 regelte jeder Klein- und Kleinststaat seine Wirtschaft autonom. An Straßen, Brücken und Flüssen und für allerlei Waren wurden Zölle (bis etwa 30 Prozent) erhoben. Vor allem Preußen litt darunter. Die Unternehmer damals, zumindest die weitsichtigen, erkannten, daß sich Wohlfahrt und Aufstieg nur auf möglichst freien Binnenmärkten entfalten könnten.

Mehrere Versuche, initiiert vor allem durch den jungen Nationalökonomen Friedrich List, scheiterten (unter anderem an Metternich und kleinfürstlichen Rivalitäten). Auch damals standen sich zwei Philosophien gegenüber: die Freihändler, die sich der ausländischen Konkurrenz offensiv stellen wollten, vor allem der englischen, und die Anhänger des Schutzzolls, die mit einer hohen Zollmauer billige Auslandsprodukte fernhalten wollten.

In den preußischen Enklaven beispielsweise blühte der Schmuggel. Ausländische Waren wurden, wie Henderson berichtet, elbaufwärts nach Anhalt transportiert und dann auf dem Landweg nach Preußen verbracht – unter Umgehung des preußischen Einfuhrzolls. Diese Mechanik ist in der EG als Spielchen zwischen Erstattung und Abschöpfung geläufig.

Schließlich raufte man sich nach mehreren regionalen Versuchen 1834 dann doch zusammen. Zuerst 18 und dann später immer mehr Staaten fanden sich im Deutschen Zollverein. Sie erkannten einen gemeinsamen Zolltarif an, dessen Einnahmen nach der Bevölkerungszahl aufgeschlüsselt wurden.

Nicht nur Dampfmaschine, Eisenbahn und Technik leiteten in der Mitte des 19. Jahrhunderts den wirtschaftlichen Aufschwung ein. Wirtschaftshistoriker sehen die Integration via Zoll als eine ordnungspolitische Antriebsfeder. Und noch eine Parallele zur EG: Die gemeinsame Zollmauer führt im Kielwasser auch andere Formen der Integration mit, denn vier Jahre nach Gründung des Zollvereins beschloß man ein festes Verhältnis zwischen preußischem Taler und süddeutschem Gulden. Vier Taler entsprachen fortan sieben Gulden.

Auch damals hatte es die Idee des Freihandels schwer, denn Wirtschaftsliberale mußen sich stets mit ängstlichen Protektionisten auseinandersetzen. Hinderlich war seinerzeit, daß ein Mitglied des Zollvereins per Veto Beschlüsse verhindern konnte. Erst nach dem preußischen Sieg bei Königgrätz entschied im Zollparlament die Stimmenmehrheit.

„Und was geschieht, wenn der Premier überfahren wird?“

Margaret Thatcher hat geschafft, was keinem ihrer Vorgänger gelang: Ihr Name wurde zum politischen Begriff: „Thatcherismus“. Die Position der britischen Regierungschefin ist jedoch so beherrschend, daß in ihrem Schatten unter den Konservativen kaum noch politische Talente gedeihen.

Von FRITZ WIRTH

Im britischen Unterhaus regen sich seit ein paar Tagen wieder die Schatten der Vergangenheit. Die Männer von gestern mucken auf, verhalten, kaum bösartig, aber eben dennoch „unerhört“. Denn sie stellen das angeblich Unfehlbare in Frage, das zum Gütesiegel konservativer Politik geworden ist, den „Thatcherismus“. Francis Pym, Ian Gilmour, Edward Heath, die Männer also, die vor einem Jahrzehnt die konservative Politik bestimmten, setzen Fragezeichen hinter diesen Begriff.

Es hat nach dem Kriege keinen britischen Premierminister gegeben, dessen Name zu einem politischen Begriff wurde. Tatsächlich war „Thatcherismus“ in den ersten Amtsjahren Margaret Thatchers eher ein politisches Reiz- und Schimpfwort gewesen, durch das sich selbst Frau Thatcher provoziert fühlte.

Das ist heute lange nicht mehr der Fall. Am letzten Sonntag gab die britische Premierministerin ein einstündiges bemerkenswertes Fernsehinterview, in dem sie selbst immer wieder den Ausdruck „Thatcherismus“ wie einen lange etablierten politischen Begriff benutzte.

Selten wurde deutlicher: Diese Frau ist zum politischen Programm geworden. Selten, nicht einmal zu alten Zeiten Churchills und Macmillans, hat ein britischer Regierungschef so eindeutig und überwältigend die politische Szene zwischen Westminster und Whitehall beherrscht. Die Folge: Der britische Bürger hat nicht das Gefühl, von einem Kabinett, sondern allein von dieser einen Frau regiert zu werden. In seinen Augen hat diese Frau den Falklandkrieg gewonnen, und es war diese Frau und nicht so sehr die konservative Partei, die zum Sieger der letzten Unterhauswahl erklärt wurde.

Der Haken und das Risiko dieser fast übermächtigen Dominanz: Die britische Regierung und die konservative Partei stehen und fallen mit dieser einen Frau. Da ist weit und breit kaum jemand in Sicht, der überzeugend die klassische britische Notstandsfrage zu beantworten vermochte: „Und was geschieht, wenn der Premier von einem Bus überfahren wird?“

Es gibt seit den Tagen Ramsey MacDonalds ein böses, zynisches Wort in der britischen Politik. Man nannte seine Regierung, die er in den Krisentagen des Jahres 1932 um sich versammelte, „das Kabinett der unbeerdigten Toten“. Niemand wird so bösartig sein, dieses Etikett den Ministern Frau Thatchers anzuhängen. Doch es ist kaum zu bestreiten: Im Schatten dieser übermächtigen Frau dämmert ein bemerkenswert farbloses, fast anonymes Kabinett vor sich hin. Fragt man heute einen schlichten britischen Bürger nach dem Namen seines Schatzkanzlers, Innen- oder Arbeitsministers, so antwortet die überwiegende Mehrheit mit einem Schulterzucken. Nigel Lawson, Leon Brittan und Tom King sind Männer, die zwar viel und zuweilen gut reden, aber kaum von sich reden machen.

Das ist der Preis für den Vorzug, einen starken, populären und dominierenden Premier zu haben. Die Männer hinter ihr haben Schwierigkeiten, sich politisch zu profilieren. An dieser Schwierigkeit sind sogar Männer gescheitert, die im Jahre 1975 noch, als die Partei sich überraschend für Frau Thatcher als Parteichefin entschied, als künftige konservative Premierminister galten.

William Whitelaw beispielsweise Francis Pym und James Prior. Sie alle kämpften einst gegen Frau Thatcher um die Parteiführung, heute sind sie politische „has beens“. Pym scheiterte als Verteidigungs- und Außenminister, William Whitelaw ließ sich resignierend ins Oberhaus befördern, und James Prior, als Nordirlandminister nach Belfast „strafversetzt“, ist in diesem Amt so frustriert, daß er sich zeitweilig sogar mit Rücktrittsgedanken beschäftigt.

Peter Walker schließlich, unter Edward Heath als politischer „wonderboy“ gefeiert, quält sich als Energieminister nach wie vor an den Randzonen der großen Politik herum. John Nott, der als Handelsminister einst der vielleicht loyalste „Thatcher-Mann“ im Kabinett war, warf vor einem Jahr das Handtuch und sucht seither Geld und Glück im britischen Bankengewerbe.

Tatsächlich gab es in den fünf Jahren der Thatcher-Herrschaft nur drei Politiker, die wirklich Karriere machten und sich profilierten: es waren Lord Carrington, Cecil Parkinson und Norman Tebbit. Lord Carrington verspielte diese Karriere im Falklandkonflikt, Cecil Parkinson durch eine Privataffäre mit seiner Sekretärin. Bleibt als einzige Eckfigur und Säule in diesem blassen Kabinett Industrieminister Tebbit, der unbestrittene Kronprinz hinter Frau Thatcher und wohl auch die einzige Alternative der Konservativen für den Fall, daß Frau Thatcher durch ein plötzliches Mißgeschick regierungsunfähig werden sollte.

Dieser Mangel an Persönlichkeiten im Kabinett veranlaßte vor wenigen Wochen Sir John Hoskyns, der von 1979 bis 1982 einer der engsten politischen Berater Frau Thatchers in Downingstreet war, zu der Feststellung, daß das Reservoir an politischen Talenten, das einem Premierminister heute zur Verfügung stehe, um sein Kabinett zu besetzen, nicht einmal ausreiche, eine einzige große multinationale Firma zu führen. Konsequenterweise bot er die Lösung an: Holt hochqualifizierte Außenseiter aus der Industrie ins ministerielle Management von Whitehall, um diesen Talentmangel wettzumachen.

Neu ist der Vorschlag nicht. Der britische Zeitungsverleger Cecil King schreckte mit dieser Forderung bereits im Jahre 1968 den krisengelähmten Harold Wilson auf. Edward Heath nahm 1970 bei seinem Amtsantritt diesen Vorschlag sogar so ernst, daß er 40 der erfolgreichsten britischen Industrieunternehmen mit der Bitte anschrieb, ihm einen erstklassigen Wirtschaftsmanager für seine Regierung zur Verfügung zu stellen. 18 Manager meldeten sich, sechs wurden angenommen, und nur ein einziger, Lord Rayner vom Kaufhauskonzern Marks & Spencer, hielt es länger als zwei Jahre in der Politik aus.

Statt dessen jedoch war ein wesentlich dauerhafterer Trend in umgekehrte Richtung zu registrieren. Immer mehr fähige Politiker traten resignierend die Flucht von der Politik in die Wirtschaft an, wie die Minister Chris Chataway, John Nott, Lord Thorneycroft und Anthony Barber.

Was zeigt: Die große Politik hat in England ihren Glanz verloren. Sie droht zum Spielplatz des Mittelmaßes zu werden. Die Tatsache, daß Frau Thatcher seit einigen Jahren so turmhoch die politische Szene in Großbritannien beherrscht, mag den Konservativen vorübergehend Anlaß zur Erleichterung geben. Wer sich jedoch heute bereits Gedanken über die Nach-Thatcher-Ära macht, hat Grund zur Sorge.



Ihre Stärke wird zur Schwäche der Partei: Margaret Thatcher
FOTO: KATHY ARKELL/STUDIO X

In einer Denkfabrik planen Japaner die Welt von morgen

Wüsten sollen erblühen, Brücken Kontinente verbinden und riesige Seen das Klima verbessern. Für das japanische „Mitsubishi Research Institute“ sind dies keine Utopien, sondern konkrete Pläne, die vor allem der Dritten Welt helfen sollen.

Von FRED de LA TROBE

„Laßt uns den sich zuspitzenden Krisen in der Welt mit kühnen Visionen begegnen statt in Untergangsstimmung zu schwelgen.“ Nach diesem Motto arbeitet der Forschungsstab des angesehenen „Mitsubishi Research Institute“ in Tokio an Entwürfen für wuchtige Großprojekte, die vor allem den armen Staaten der Dritten Welt Wege aus der Sackgasse zeigen sollen.

Obwohl das Institut schon Konzepte über hundert Vorhaben dieser Art erstellt hat, will es die Arbeit an weiteren Studien bis zum Ende dieses Jahrhunderts fortsetzen. Einen „New Deal für die Welt“ nennt der Leiter der Forschungsgruppe, Masaki Nakajima, diese Anregungen seiner Denkfabrik, die so unterschiedliche Projekte wie Urbarmachung von Wüsten, den Bau von Dämmen durch Weltmeere und eine Autobahn von der Ostsee nach Korea im Auge hat.

Gelder aus einem globalen Fonds

Die Vorhaben würden auch dazu beitragen, das Wachstum der Weltwirtschaft wieder zu beschleunigen, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die Nahrungsversorgung zu verbessern und den technischen Fortschritt zu fördern. Das Geld soll aus einem „globalen Infrastruktur-Fonds“ fließen, in den die reichen Staaten einzahlen würden. Die Mittel müßten, so die Forscher, zu einem wesentlichen Teil aus Rüstungseinsparungen der Großmächte stammen. Damit würde der Hochrüstung in Ost und West ein Riegel vorgeschoben werden.

Mag das auch als frommes Wunschdenken anmuten, so messen japanische Regierungskreise den Entwürfen Mitsubishis doch hohen Stellenwert zu. „Ministerpräsident Nakasone ist über unsere Arbeit auf dem laufenden und schätzt sie hoch ein“, betont Masaki Nakajima. Er weist darauf hin, daß der Rüstungswettlauf der Großmächte 1,4 Billionen Mark jährlich verschlingt. Das entspricht den gesamten Rüstungsausgaben der Vereinigten Staaten während des Zweiten Weltkriegs.

Neben den eingesparten Beträgen aus Militärausgaben könnten nach den Rechnungen der Denkfabrik durch eine Abgabe von ein bis zwei Prozent auf die Exporte der zehn großen Industriemächte, durch Beiträge aus der staatlichen Wirtschaftshilfe, private Gelder und Darlehen in den nächsten 20 Jahren 1,4 Billionen Mark in den Infrastrukturfonds eingebracht werden.

Die geplanten Projekte würden jeweils eine Gruppe von Entwicklungsländern einbeziehen und damit die regionale Zusammenarbeit fördern.

Der japanische Forschungsstab hat auch darauf geachtet, die örtlichen Rohstoffvorkommen möglichst nicht in Anspruch zu nehmen und im Gegenteil sogar das Aufkommen neuer Rohmaterialien, Vermögenswerte und technische Neuerungen zu fördern. Jedes der über hundert schon ausgearbeiteten Vorhaben würde ein gigantisches Ausmaß haben, für das jeweils wuchtige Summen von etwa 30 Milliarden Mark aufgewendet werden müßten. Zu den 15 bisher publik gewordenen Projekten gehört die Anlage einer Autobahn zwischen Spanien und Marokko. Die Straße von Gibraltar soll durch eine Brücke oder einen Tunnel überquert werden.

Autobahn zwischen Spanien und Marokko

Damit würden Europa und Afrika verkehrsmäßig enger aneinanderrücken. Das Vorhaben ist zwischen den beteiligten Ländern schon im Gespräch. Ein anderes Projekt betrifft den Bau eines 85 Kilometer langen und 45 Meter hohen Damms durch die engste Stelle der Bering-Straße. Damit ließe sich die Strömung des arktischen Meeres und das Klima in der nordpazifischen Region beeinflussen.

Weitere Proben der Studien der japanischen Denkfabrik sind die Bewässerung Zentralafrikas, der Sahara, der Sinai- und der arabischen Halbinsel. Ein Damm soll den Kongo an seinem nördlichen Bogen aufstauen. Dadurch würde ein riesiger See entstehen, der Zentralafrika bis zum Tschad fruchtbar machen könnte. Ein Plan für Südostasien, der Thailand, Malaysia und Singapur einbezieht, sieht den Bau eines Kanals von 170 Kilometer Länge durch den Kra-Isthmus vor. Die Schiffahrtsroute von Europa nach Ostasien würde dabei um 2400 Kilometer kürzer, denn dann brauchte die malaiische Halbinsel nicht mehr umfahren zu werden.

Weitere Großprojekte im Köcher

An weiteren spektakulären Großprojekten hat das Mitsubishi-Forschungsinstitut ein Vorhaben im Köcher, mit dem der Energiebedarf Nordostindiens gedeckt werden könnte. Der Oberlauf des Brahmaputra würde an der indisch-chinesischen Grenze aufgestaut und durch einen Tunnel unter den Himalaya geleitet werden. Dadurch ließen sich durchschnittlich 37 000 Megawatt Elektrizität gewinnen. Ein ähnliches Vorhaben wäre die Anlage von sieben künstlichen Seen in sieben südamerikanischen Staaten. Dazu müßten neun Staudämme am Amazonas, Orinoco und Paraná gebaut werden.

Kritiker bezeichnen diese hochfliegenden Entwürfe als ferne Zukunftsmusik und idealistische Gedankenspiele. Bei Mitsubishi ist man aber ermutigt, daß einige der Projekte schon auf den Schreibtischen von Regierungsbeamten einzelner Länder liegen. Masaki Nakajima schränkt allerdings ein: „Wir geben den Politikern der Welt nur Anregungen. Japan kann das natürlich nicht allein machen.“ (SAD)

Wenn Jugendliche sich der Schule verweigern

Von PETER PHILIPPS

Auch in besten konjunkturellen Zeiten hat es immer 20 000 bis 30 000 Lehrstellen-Bewerber gegeben, die pro Jahr keinen Ausbildungsplatz bekommen haben. Dieser Berg der Enttäuschten ist also kein neues Phänomen des vergangenen Jahres, als die Situation auf dem Ausbildungsmarkt besonders prekär war.

Viele dieser jungen Menschen unterliegen noch der gesetzlichen Schul-, in diesem Fall der Berufsschul-Pflicht. Aber mehrere hundert von ihnen kommen Jahr für Jahr dieser Pflicht nicht nach. Sie sind frustriert, kommen aus „schwierigen“ Familienverhältnissen oder haben einfach „keinen Bock“. Kurz: Sie gelten als „ausbildungsunwillig“, wie es in der Sprache der Bürokratie heißt.

Damit jedoch möglichst wenige mit ihrem Problem allein bleiben, hat das Bundesbildungsministerium 1982 beim Bundesinstitut für Berufsbildung in Berlin einen Modellversuch in Auftrag gegeben, um die Schulverweigerer aufzuspüren, sie für eine Berufsausbildung doch noch zu motivieren und sie dann auch zu einem erfolgreichen Lehrabschluß zu begleiten. Durchgeführt wird diese Aktion von der Arbeiterkammer Bremen.

Inzwischen liegt eine erste, positive Zwischenbilanz der Bemühungen um diese Jugendlichen vor, die ohne die staatliche Hilfe vermutlich zu den „Gescheiterten“ dieser Gesellschaft gehört hätten: Von denen, die in einer ersten, knapp zwei Monate langen „Findungsphase“ gesucht und zu einer Ausbildung überredet wurden, haben 85 Jugendliche im August 1982 mit der einjährigen Ausbildungs-Vorbereitungsphase begonnen. In Beratungsgesprächen kam es zu einer ausführlichen Orientierungshilfe für den richtigen Beruf und zur anschließenden Vermittlung erster Vorkenntnisse.

Trotz dieser umfangreichen Bemühungen um jeden Einzelnen schieden in dieser Phase jedoch 20 Aspiranten wieder aus. Nur noch 65 wurden im Oktober 1983 in die „normale“ Berufsausbildung übernommen, die ihnen zu Beginn garantiert worden war, wenn sie am Ende der Findungsgespräche und der Ausbildungsvorbereitung die leistungsmäßigen Voraussetzungen erfüllten.

Trotz der relativ hohen Quote von 20 Jugendlichen, die vorzeitig ausschieden, sieht das Berufsbildungs-Institut in dem Modellversuch einen „erfolgversprechenden Weg“. Allerdings schränken die Berliner Forscher gleich ein, daß man den weiteren Verlauf der Lehre erst einmal abwarten müsse, bevor es zu einem grundsätzlichen Urteil kommen kann. Denn immerhin werden jedes Jahr in der Bundesrepublik Deutschland fast 100 000 Lehrverträge vorzeitig gelöst.

Ruinöser Wettbewerb um den Patienten

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Krankenwagen und Taxis von öffentlich geförderten Rettungsdiensten in der Bundesrepublik Deutschland steuern mehr und mehr auf einen ruinösen Wettbewerb um den Patienten hin. Auf diese Tatsache machten in Bonn anläßlich einer gemeinsamen Veranstaltung das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariterbund, die Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. und der Malteser-Hilfsdienst e. V. aufmerksam.

Allein das Deutsche Rote Kreuz, so sein Präsident Botho Prinz zu Sayn-Wittgenstein, habe im letzten statistisch erfaßten Jahr über 4,3 Millionen Kranke und Behinderte mit seinen Fahrzeugen befördert, davon etwa 300 000 nach Verkehrsunfällen. Viele Mitbürger verdankten es den rund um die Uhr arbeitenden und mit ausgebildeten Helfern ausgerüsteten Rettungsdiensten, daß sie überhaupt die Klinik lebend erreichten. Freie Hilfsorganisationen könnten aber ein solches Netz der Hilfe nur halten, wenn die ihnen entstehenden Kosten erstattet würden. Neuerdings seien Bestrebungen spürbar, daß sich die öffentliche Hand als Rechtsträger der Rettungsdienste aus den Finanzierungsverpflichtungen zurückziehen wolle.

Eine Kommerzialisierung des Krankentransportes, so der Bundesvorsitzende des Arbeiter-Samariter-Bundes Martin Ehmer, werde durch das Kostendämpfungs-Ergänzungsgesetz vom Dezember 1981 und anschließende Beschlüsse des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen noch gefördert, in denen es heißt, daß „bei der Notwendigkeit eines Krankentransportes die Verordnung einer Fahrt mit dem Pkw das wirtschaftlichste" sei. Inzwischen würden so frisch operierte Patienten und Narkotisierte im Taxi von Arzt zu Arzt gefahren.

Der Gesetzgeber (Entscheidung des Bundesfinanzministeriums vom 1. Januar 1983) habe sich keinen Gefallen damit getan, „Sitzendtransporte steuerpflichtig zu machen und damit den gemeinnützigen Rettungsdienstorganisationen weitgehend zu entziehen". Im selben Anteil, wie Taxiunternehmen von diesen Transporten profitierten, müßten nun Subventionsmittel aus Steuergeldern für Rettungsdienste erhöht werden. Das flächendeckend aufgebaute Rettungssystem der Organisationen komme, wenn die Entwicklung nicht gestoppt werde, zunehmend in Schwierigkeiten.

Entwicklungshilfe aus Düsseldorf unter Beschuß

WILM HERLYN, Düsseldorf

Mit heftiger Kritik antwortet die CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag auf die Pläne der Düsseldorfer Staatskanzlei, im Einzelplan 02 des Haushaltes einen Titel in Höhe von einer Million Mark für Entwicklungshilfe anzusetzen. Erst durch Nachfragen erfuhr Oppositionschef Bernhard Worms davon, daß der größere Teil dieser Summe an die Volksrepublik China und an Zimbabwe fließen soll. Worms kommentierte, abgesehen davon, daß die Zahlung von Entwicklungshilfe durch Bundesländer schon ungewöhnlich sei, müsse er es als „Witz" bezeichnen, daß Nordrhein-Westfalen ausgerechnet China bedenken wolle. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hatte das Land gerade erst im vergangenen Sommer bereist.

Es sei sicher nutzbringender, das Geld für Bohrungen von Brunnen in der Sahel-Zone einzusetzen, meinte Worms. Der Oppositionspolitiker erinnerte auch daran, daß gerade die Staatskanzlei in den vergangenen Tagen Zielscheibe der Kritik geworden ist. Denn zum Jahreswechsel war bekannt geworden, daß dem Ministerpräsidenten nach der Devise „Guter Rat ist teuer" nicht weniger als 31 Ministerialräte zur Seite stehen und die bestehenden acht Referate in diesem Jahr um zwei weitere aufgestockt werden sollen.

Nach einer Rechnung des FDP-Landesvorsitzenden Jürgen W. Möllemann, der sich in einem Brief an Rau darüber beklagte, schlagen die Bezüge der Beamten in der Staatskanzlei mit knapp sechs Millionen Mark zu Buche und die der Angestellten mit 7,5 Millionen Mark. Doch „ungeachtet dieser kaum noch zu begreifenden Personalentwicklung" fordere die Staatskanzlei von anderen Landesministerien weitere Planstellen und wünsche sich zugleich drei weitere Neueinstellungen. Auch Bernhard Worms und die CDU griffen das Thema auf und verließen die interfraktionelle Arbeitsgruppe „Stellenplan" im Landtag. Es sei eine „Farce", wenn sich die Parlamentariergruppe um Einsparungen bemühe, die Staatskanzlei aber diese Bemühungen konterkariere.

Regierungssprecher Helmut Müller-Reinig hielt dagegen, daß die elf Stellenverlagerungen des vergangenen Jahres keine zusätzlichen Belastungen für den Landeshaushalt gebracht hätten. Die zusätzlich beantragten drei Stellen seien notwendig geworden, weil die politischen Planungs- und Führungsaufgaben der Staatskanzlei angesichts des zu meisternden Strukturwandels schwieriger und wichtiger würden.

Die Schonzeit für die Kirche ist nun vorbei

Von H. R. KARUTZ

Die mitteldeutschen Christen fühlen sich nach ihrem erheblichen Prestige-Gewinn im Lutherjahr und durch ihre gewachsene eigenständige Rolle in der „DDR"-Gesellschaft gestärkt. Sie wollen auch 1984 dem Lutherjahr-Motto vom „Vertrauen wagen" treu bleiben und erwarten andererseits einen SED-Kurs der Vernunft. Zugleich wächst erkennbar die Sorge, das wachsende Potential der Friedensbewegung im eigenen Land werde die Staatsführung veranlassen, von der Kirche mehr Distanzierung zu verlangen und engagierte Mitglieder abzuweisen.

Es scheint sicher, daß die SED-Führung nach der nachsichtigen und kulanten Behandlung der evangelischen Christen im Jahr des Reformators der Kirche jetzt wieder strenger „auf die Finger" sehen wird. Mehrere Indizien sprechen dafür:

1. Ein so abwägender Mann wie Altbischof Albrecht Schönherr, Architekt des Kirche-Staat-Verhältnisses seit dem „Gipfel" vom März 1976, sagte zu Jahresbeginn in einem westlichen TV-Interview mit Günter Gaus: Er sehe „eher Schwierigkeiten" für die Kirche voraus, die aus dem starken Zulauf junger Menschen und anderer bisher der Kirche fernstehender Gruppen erwachsen.

Bericht aus Mitteldeutschland

2. Der Ablauf des 4. November 1983 in Ost-Berlin markierte eine Abkehr der „Sicherheits-Fraktion" in der SED vom geltenden Prinzip, die Friedensbewegung – mit Ausnahme des „Jena"-Komplexes – vorsichtig zu behandeln. An diesem Tag wurden Ost-Berlins Bischof Gottfried Forck und Mitglieder der Friedensszene durch die Drohung mit Gewalt daran gehindert, in der sowjetischen und amerikanischen Botschaft Bittschriften abzugeben.

3. Die Verurteilung und schließliche Abschiebung des Jugenddiakons Lothar Rochau (Halle) und die Verhaftung führender Vertreterinnen der Aktion „Frauen für den Frieden" sollen eindeutig in den kirchlichen Raum hinein abschreckend wirken.

Auch die regelmäßigen Gespräche zwischen den leitenden Geistlichen der Landeskirchen und den jeweiligen Vorsitzenden der Bezirke verliefen im November/Dezember bisweilen nicht so höflich-freundlich wie in der Vergangenheit. Komplette Listen angeblicher „Verstöße" gegen das offiziell gute Einvernehmen von Kirche und Staat wurden bei diesen stundenlangen Erörterungen vorgelegt. Dabei kamen auch Vorgänge zur Sprache, denen sich die Amtskirche in der „DDR" angesichts der Basisproteste und Bürgerinitiativen relativ hilflos gegenübersieht.

So war in einem Falle zum Zeichen stummen Anti-Rüstungsprotestes auf einem Kirchturm eine weiße Fahne gehißt worden. In anderen Gemeinden unterstützten Pfarrer durch eigene Unterschrift schlichte Bürgerbitten um bessere Straßenbeleuchtung oder andere Probleme. Dergleichen empfindet die sensible SED-Spitze in den Bezirken als Einmischung in staatliche Angelegenheiten.

In ein besonders tiefes Tal, das noch nicht durchschritten ist, gerieten die beiderseitigen Beziehungen im Spätherbst 1983. Nach der Bundessynode in Potsdam wurde der Vorsitzende des Kirchenbundes, Bischof Johannes Hempel (Dresden), zu Staatssekretär Klaus Gysi (SED) zitiert. Anhand eines schriftlichen Textes machte ihm der oberste „DDR"-Kirchenpolitiker heftige Vorhaltungen.

Hempel war angeeckt, weil er in Potsdam in der Debatte mit den Synodalen den Finger auf einige „DDR"-Wunden gelegt und beispielsweise eine „Neuentwicklung der Kultur des Umgangs miteinander auch bei heiklen und kontroversen Themen" gefordert hatte. Gysi hielt ihm vor allem vor, sein Urteil pauschal, quasi im Namen aller Bürger vorgetragen und damit einen Anspruch erhoben zu haben, der der Kirche in der sozialistischen „DDR" keinesfalls zukomme.

Einen merklichen innenpolitischen Spannungsabbau könnte die Partei erzielen, wenn sie endlich 1984 bereit wäre, durch Ministerin Margot Honecker das pädagogische Ziel der „kommunistischen Erziehung" exakt zu definieren und dabei verbindlich den Freiraum christlicher, nichtatheistischer Schüler beschriebe. Eine solche Klarstellung mahnt die Kirche seit vier Jahren an – vergebens.

Beim Thema „Frieden" hält die Kirche ihren Pfad zwischen der Ablehnung westlicher Nach- wie östlicher Nach-Nachrüstung auch 1984 unverändert bei. Vor Beginn der Stockholmer Abrüstungskonferenz schrieb sie ihrer Regierung: Der Prozeß der Entspannung sei „durch die Stationierung neuer Waffensysteme in Europa gefährdet". Eine einseitige Verurteilung des Westens blieb aus.

Für November (11. bis 21.) sieht das Kirchen-Kalendarium auch wieder eine „Friedensdekade" vor. Die Aktion 1983 lebte von der bisher lebhaftesten Anteilnahme von Gemeinden und Einzelchristen, die bisher in der „DDR" zu verzeichnen war.

Madrid und Paris machen gemeinsam Jagd auf die ETA

Auch Südfrankreich wird für die Terroristen unsicher

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die baskische, marxistisch-leninistisch orientierte ETA-Organisation gehört seit 20 Jahren der Terroristischen Internationale an. Das geht aus einem Bericht der Staatssicherheitsdirektion hervor, den das spanische Innenministerium kürzlich auszugsweise bekanntgab. Nach diesem Bericht traf zum ersten Mal im Jahr 1964 eine Gruppe führender Etarras im kubanischen Ausbildungslager Guin „grave" bei Havana ein. In dieses Lager, in dem die ETA ihre Kontakte unter anderem mit den Montoneros, den Tupamaros, der chilenischen MIR und anderen kommunistischen Untergrundbewegungen anknüpfte, kamen nur Mitglieder von solchen Organisationen, die „das ausgesprochene Vertrauen der Geheimdienste der Sowjetunion genießen".

Der Bericht weiß noch mehr: Im Jahre 1983 wurde ein Kommando von drei ETA-Leuten nach San Salvador geschickt, um dort den Innenminister zu ermorden. Auch der Anti-Sandinist Eden Pastora sollte umgebracht werden. Gruppen operierten von Nicaragua aus, wo man auch die meisten gefälschten ETA-Dokumente drucken ließ. 250 000 Dollar – das Lösegeld für einen in Spanien entführten Industriellen – übergaben die ETA-politico-militar an das „Revolutionsheer des Volkes" in El Salvador.

Kleine Unternehmen

Die internationale Zusammenarbeit führte unter anderem zu der Idee, in Südfrankreich eine Reihe von Firmen und kleineren Unternehmen zu gründen. In ihre Konten lassen sich die in Spanien erpreßten Revolutionssteuern „legalisieren". Und in ihren Werkstätten und Betrieben werden Kommandomitglieder anhand echter Arbeitsverträge ebenfalls legalisiert und gleichzeitig der Kontrolle über ihren wahren Aufenthaltsort entzogen.

Das spanische Innenministerium gab diese Daten gewissermaßen zur Stützung der französischen Regierung bekannt, die bei einer Razzia in Südfrankreich 17 führende Etarras verhaftete. 23 konnten entkommen. Sechs der Verhafteten wurden über die französische Karibikinsel Guadalupe und nach Panama ausgewiesen. „Das ist der Anfang vom Ende der ETA", begrüßte der Sprecher der sozialistischen Regierung in Madrid den späten Entschluß der französischen Regierung, mit der spanischen Polizei bei der Bekämpfung der ETA in Südfrankreich zusammenzuarbeiten. Die spanische Regierung ist überzeugt davon, daß Präsident Mitterrand nicht nur einen „Schreckschuß abfeuerte", wie sein Vorgänger Giscard d' Estaing.

Reaktion der ETA

Ministerpräsident Felipe Gonzales hatte bei seinem Treffen mit Mitterrand am 20. Dezember die grundsätzliche Zusammenarbeit vereinbart. „Es wird lange dauern, aber wir werden mit der ETA Schluß machen", sagte Gonzales danach. In der Tat, die jüngsten Aktionen gegen die ETA im Süden Frankreichs – wie die Ermordung des Kommandochefs Goikoetxea – wären ohne die spanisch-französische Zusammenarbeit nicht möglich gewesen. Die nervöse Reaktion der ETA in Südfrankreich zeigte, daß sie das französische Baskenland nicht mehr als ihren sicheren Zufluchtsort betrachten können.

In Spanien selbst haben die ETA-Terroristen an Anhang verloren. Während vor wenigen Jahren noch Hunderttausende zu Protestkundgebungen der Herri Batasuna-Organisation auf die Straße gingen und Amnestie für die ETA forderten, sind es diesmal nur wenige Tausende gewesen. Hauptangriffsziel der verschiedenen ETA-Organisationen sind zur Zeit der baskische Unternehmerverband Olarras und die Sozialistische Partei im Baskenland. Der Regionalchef der Sozialisten, Txiki Benegas, sagte dazu: „Zwei von uns wurden erschossen, 15 unserer Parteilokale zerbombt, unsere Bürgermeister werden verfolgt. Dennoch werden wir bei den Landtagswahlen am 26. Februar besser abschneiden als je zuvor." Wie zur Bestätigung mußte Tage später ein sozialistischer Bürgermeister mit Salven aus den Maschinenpistolen seiner Polizeibegleiter vor fanatischen ETA-Anhängern in Sicherheit gebracht werden. (SAD)

Profilierungsfeld für die FDP

Über die Korrektur des Scheidungsrechtes gibt es in der Koalition Differenzen

H.-H. HOLZAMER, Bonn

Im Bemühen um eine Reform des am 1. Juli 1977 in Kraft getretenen Ehescheidungsrechts wird zur Zeit von den Koalitionsparteien bilanziert, auf welche Korrekturen des sozialliberalen Gesetzes man sich verständigen kann.

Sowohl für CDU/CSU als auch für die FDP wird die Ausgangslage zunächst bestimmt durch mehrere Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts, denen zufolge grundgesetzwidrig sind:

1. Die Befristung der Härteklausel auf fünf Jahre (die „Scheidungsautomatik" nach fünf Jahren).
2. Die Gesetzesbestimmung, daß der Berechtigte auch in Fällen „grober Unbilligkeit" Unterhalt verlangen kann, wenn er ein gemeinschaftliches Kind betreut („Unterhaltsunterpfand").
3. Einige „Fallgestaltungen" der Durchführung des Versorgungsausgleiches.
4. Der Ausschluß des gemeinsamen Sorgerechts geschiedener Eltern.

Neuer Partner

Weiter wird bei den künftigen Beratungen ein jüngst ergangenens Urteil des Bundesgerichtshofes zu beachten sein, das die Forderung nach Unterhalt dann für „grob unbillig" erachtet, wenn der berechtigte Ehepartner mit einem neuen Partner eheähnlich zusammenwohnt.

Aussagen, die es vor diesem Hintergrund auf einen Nenner zu bringen gilt, sind die Kieler Grundsätze zur Rechtspolitik der CDU vom 5. November 1982, die Beschlüsse der Arbeitsgemeinschaft Recht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vom 28. September 1983, die Beschlüsse der Fachkommission Ehe- und Familienrecht der Unions-Juristen (BACDJ) vom 9. November 1983 und Entwürfe des Bundesjustizministeriums zur „endgültigen Regelung des Versorgungsausgleiches", „eines Gesetzes zur Änderung des Ersten Eherechtsreformgesetzes" und eines „Unterhaltrechtes".

Dabei entsprechen die Entwürfe aus dem Hause Engelhard den FDP-Vorstellungen, weil die Liberalen das Gewicht des Ministeriums einsetzen, um sich auf diesem Gebiet zu profilieren.

Daraus, daß die FDP quasi regierungsamtlich ihre Vorstellungen auf den Tisch legt, resultiert auch ein Großteil der koalitionsinternen Unstimmigkeiten. In der Sache selbst ist die Kluft nicht so groß, wie sie gelegentlich – von beiden Seiten – dargestellt wird.

Im zentralen Punkt, der gesetzlichen Festschreibung, daß die Frau – um die es sich regelmäßig handelt – Abstriche am Unterhalt hinnehmen muß, wenn sie sich nach der Trennung „grob unbillig" verhält, sind sich alle einig. Wie dieses Fehlverhalten näher zu kategorisieren und zu ändern ist, darüber gehen die Meinungen auseinander.

Die FDP will der Frau in jedem Fall den Unterhalt belassen, den sie benötigt, um sich – ohne oder mit wenig eigener Arbeit – der Kindererziehung widmen zu können. Darüber hinaus soll der Unterhaltsanspruch entfallen, solange sie mit einem anderen „eheähnlich" zusammenlebt. Für eine solche zeitliche Aussetzung sprachen sich auch die Fraktionsjuristen der CDU/CSU aus.

Die Fachkommission des BACDJ verwirft diese Lösungsversuche mit der Begründung, erst eine neue Ehe bringe den Unterhaltsanspruch zum Erlöschen. Die „eheähnliche Gemeinschaft" dürfe nicht mit der Ehe auf eine Stufe gestellt werden.

Auf einhellige Ablehnung der Union stößt der Vorschlag des Ministeriums zur „Zuweisung der Ehewohnung". Nach liberaler Absicht soll es genügen, daß ein Ehegatte getrennt leben will, um die Überlassung der Ehewohnung oder eines Teils zur alleinigen Benutzung zu verlangen.

Die Union ist mehrheitlich der Auffassung, der Ehemann – um ihn handelt es sich regelmäßig, wenn Kinder da sind – soll erst dann aus dem Haus komplimentiert werden dürfen, wenn das Scheidungsverfahren anhängig ist. Als Kompromißlösung bietet sich das Minderheitsvotum der Union an, daß nach dem Beginn der erforderlichen Trennungszeit der Antrag auf Überlassung der Ehewohnung gestellt werden kann.

Versorgungsausgleich

Noch auf der Tagesordnung der Rechtspolitik der Union steht auch die von Karlsruhe geforderte Neuregelung des Versorgungsausgleiches. Hier hatte die neue Bundesregierung mit einem allerdings bis 1986 befristeten „Gesetz zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich" wichtige Härten beseitigt. So wird unter anderem der Versorgungsausgleich rückgängig gemacht, wenn der geschiedene, begünstigte Ehegatte vor Eintritt des Rentenfalles stirbt oder die Rente nur kurze Zeit bezogen hat.

Das Engelhard-Ministerium will „im Wege einer großen Lösung" eine Regelung des Versorgungsausgleichs mit dem großen Namen „Modell 87". Wichtige Punkte sind, daß über den Versorgungsausgleich erst dann entschieden werden soll, wenn „wenigstens beim berechtigten Ehegatten" der Versicherungs- (Renten-)fall eingetreten ist. Ausgeglichen werden soll pro Monat Ehezeit ein bestimmter Anteil der Differenz der Versorgungen mit dem Ergebnis, daß es unerheblich ist, ob und in welcher Höhe die Ehegatten gerade in der Ehezeit diese Versorgungen erworben haben. Ausgeglichen werden auch keine Anwartschaften mehr, sondern nur, was von den Versorgungsträgern tatsächlich geleistet wird.

SPD: „Kein Ersatz-Staatsanwalt"

Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Flick-Spendenaffäre befragt 30 Zeugen

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der parlamentarische Untersuchungsauschuß zur Aufklärung der Flick-Spendenaffäre will heute mit der Vernehmung der Zeugen beginnen, denen von der Staatsanwaltschaft teilweise Bestechlichkeit oder Bestechung vorgeworfen wird. Als erster von voraussichtlich 30 Zeugen soll zwei Tage lang der ehemalige Bundeswirtschaftsminister und heutige Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Hans Friderichs (FDP), von dem elfköpfigen Gremium befragt werden. Friderichs hatte zunächst über seinen Rechtsanwalt mitteilen lassen, er sei im Prinzip daran interessiert auszusagen. Er halte jedoch den anberaumten Termin für zu früh. Nachdem der Ausschuß aber an seiner Zeitplanung festhielt, ließ Friderichs erklären, er werde nicht generell von seinem Recht auf Zeugnisverweigerung nach Paragraph 55 der Strafprozeßordnung Gebrauch machen.

Die Bundesregierung hatte in der vergangenen Woche unter anderem ihm, seinem Nachfolger Otto Graf Lambsdorff (FDP) sowie dem früheren Bundeskanzler Helmut Schmidt und den ehemaligen SPD-Ministern Hans Apel und Hans Matthöfer die erforderlichen Aussagegenehmigungen nach einem „Chefgespräch" zwischen Justizminister Hans Engelhard (FDP) und Innenminister Friedrich Zimmermann (CSU) erteilt. Sie wurden allerdings insbesondere in Hinsicht auf die Wahrung des Steuergeheimnisses eingeschränkt.

Trotzdem steht der vor über sieben Monaten auf Drängen der SPD und Grünen eingesetzte Ausschuß bei seinen Untersuchungen vor Problemem. So hat es das zuständige Landgericht Bonn abgelehnt, Beweismittelordner zur Verfügung zu stellen. Hier wird bereits an eine Beschwerde beim Oberlandesgericht Köln gedacht. Außerdem haben SPD und Grüne beim Bundesverfassungsgericht zwei Klagen eingereicht, um die Bundesregierung zur Herausgabe von unter Berufung auf das Steuergeheimnis zurückgehaltene Unterlagen zu zwingen. Hier hat das oberste deutsche Gericht für eine Stellungnahme bis zum 31. Januar Zeit. Bisher haben sich im Ausschuß mehr als 80 Akten mit fast 30 000 Blatt von Regierung und Justiz angesammelt. Bemängelt wird, daß etliche Blätter geschwärzt oder entfernt worden sind. Otto Schily von den Grünen kritisierte gegenüber der WELT, daß die Minister im Gegensatz zu dem Parlamentsgremium voll über den Inhalt der Anklageschrift und Beweismittelordner unterrichtet seien.

Übereinstimmend bestehen bei den Vertretern aller vier Fraktionen, die bisher zwölfmal getagt haben, Bedenken dagegen, daß die Untersuchungen voraussichtlich gleichzeitig mit den erwarteten Gerichtsverfahren geführt werden müssen. Zwar kündigten SPD-Mitglieder an, man wolle alles vermeiden, um parallel laufende Strafverfahren zu stören und wolle auch auch nicht „Ersatz-Staatsanwalt spielen". Allerdings wird es im Ausschuß als „schwierig" bezeichnet, nicht auf die strafrechtlichen Aspekte einzugehen.

Der Vorsitzende des Gremiums, Manfred Langner (CDU) hat bereits vorsorglich an seine zehn Kollegen appelliert, nicht durch ihr Verhalten die Arbeit des Gerichts zu behindern. Nach seiner Ansicht wäre es die einfachste Lösung, den Parlamentsausschuß bis zum Abschluß der Strafverfahren auszusetzen. Dies aber müsse von der Opposition beantragt werden.

Allerdings haben Strafverfolgungsbehörde und Parlamentsgremium unterschiedliche Zielsetzung. So muß der Ausschuß kein Urteil fällen, sondern politische Bewertungen vornehmen. Sie werden möglicherweise zum Beispiel in einen Vorschlag zur Novellierung des Paragraphen 6 b des Einkommenssteuergesetzes einmünden.

Wer ist der Grünste im ganzen Land?

Vor den Kommunalwahlen: CSU und SPD wetteifern im Kampf für eine saubere Umwelt

PETER SCHMALZ, München

Orwells Jahr 1984 wird für die Bayern das Jahr der Ökologie. Auch ohne Grüne in den Abgeordnetenreihen – sie scheiterten bei den Landtagswahlen vor 15 Monaten mit 4,6 Prozent – jagen sich die weißblauen Parlamentsparteien CSU und SPD in einem Wettrennen um die öffentliche Anerkennung, der beste Umweltschützer weit und breit zu sein.

Hatte die CSU-Fraktion im September intern beschlossen, demnächst eine Große Anfrage zur Pflege des Wasserhaushaltes einzubringen, so bastelte die SPD flugs ein eigenes Papier und legte es im Dezember der Presse vor, drei Wochen früher, ehe der christ-soziale Mehrheitskonkurrent mit seinen Fragen auf dem Medienmarkt war. Und kündigte SPD-Fraktionschef Helmut Rothemund ein Volksbegehren mit dem Ziel an, den Umweltschutz in der bayerischen Verfassung zu verankern, so entlockte Ministerpräsident Franz Josef Strauß dem Bundeskanzler das Eingeständnis, eine entsprechende Grundgesetzänderung sei in absehbarer Zeit nicht geplant. Er nahm diese Kohl-Äußerung aus einem Vier-Augen-Gespräch als offizielle Begründung dafür, warum die Staatsregierung – nun schneller als die SPD – einen eigenen Text für eine Verfassungsänderung vorlegte. Dabei vergaß Strauß nicht zu erwähnen, daß er schon Jahre vor der SPD für eine Verfassungsverankerung des Umweltschutzes plädiert hatte.

Mit dieser ökologischen Eile könnte nun eigentlich auch Oppositionsführer Rothemund zufrieden sein. Daß aber diese Annahme falsch ist, liegt an der Tatsache, daß in Bayern am 18. März die Kommunalparlamente neu gewählt werden. Schon hat Strauß die Umweltpolitik zum Schwerpunkt dieses Wahlkampfes erklärt und gefordert, Umweltschutz mit moderner Technik müsse zum „Gütesiegel" der CSU werden.

Gerold Tandler, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion, nennt die Arbeit der CSU auf diesem Gebiet als „vorbildlich" und zählt auf: Als erstes Bundesland hat Bayern 1970 ein eigenes Umweltministerium geschaffen; das lufthygienische Überwachungssystem wurde weltweit beachtet; der Schwefeldioxid-Ausstoß aus bayerischen Kraftwerken wird von 430 000 Tonnen 1976 auf 80 000 Tonnen im Jahr 1986 gesunken sein, womit Bayern bei der Luftreinhaltung führend sei; das bayerische Naturschutzgesetz ist nach Aussagen von Fachleuten das beste in Europa. Außerdem ist es ein CSU-Mann im Münchner Rathaus, von dem die Initiative für bleifreies Benzin ausging, und es ist ein CSU-Mann, der in Bonn als Innenminister beim Umweltschutz ein Tempo vorlegte, das selbst die Grünen sprachlos machte.

Um das grüne Fell für sich in diesem Kommunalwahlkampf nicht völlig davonschwimmen zu sehen, schlug Rothemund einen Haken: Den Umweltschutz in der Verfassung festzuschreiben, genüge nicht, kritisierte er den Änderungs-Entwurf der Staatskanzlei; das sei nichts als „Verfassungslyrik" und „Umweltschutzkosmetik". Die CSU, so der SPD-Führer, biete hier das „klassische Beispiel staatlicher Verdummung". Und er fordert: In die Verfassung muß eine Verpflichtung zum aktiven Umweltschutz eingearbeitet werden.

Nach eingehenden Beratungen mit dem Bund Naturschutz hat die SPD-Fraktion nun ein Papier vorgelegt, das mit der Verfassungsänderung ein „Gesetz zur Bekämpfung des Waldsterbens und zur Verbesserung des Umweltschutzes" koppelt. Beides soll nach dem SPD-Willen im Volksentscheid den Bürgern zur Abstimmung vorgelegt werden. Doch die CSU will dem nicht zustimmen. In die Verfassung dürfen keine einklagbaren Individualrechte aufgenommen werden, begründet Strauß die ablehnende Haltung von Partei und Regierung. Die CSU lasse sich von der SPD nicht durch unerfüllbare Bedingungen erpressen.

Rothemund aber kündigte an, er werde von seinen Forderungen nicht abweichen. Somit gibt es kaum noch eine Chance für eine Einigung zwischen beiden Parteien, die notwendig wäre, um die für eine Verfassungsänderung nötige Zweidrittelmehrheit zu erzielen. Aber nur auf diesem Weg könnte die Verfasssungsänderung schnell und billig durchgeführt werden: Nach einem Zweidrittel-Beschluß des Landtags könnte der Gesetzentwurf zur Europawahl am 17. Juni den Wählern als Volksentscheid vorgelegt werden. Kosten: 1,5 Millionen Mark.

Ohne Landtagseinigung werden aber CSU wie SPD getrennte Volksbegehren durchführen, die voraussichtlich beide die erforderliche Stimmenzahl von zehn Prozent der wahlberechtigten Bürger erhalten, und die Entwürfe dann in zwei Volksentscheiden vorlegen. Kosten: 8 Millionen Mark.

Scharfe Kritik an Beschluß der Synode

idea, Essen

Auf scharfe Kritik der „Evangelischen Sammlung" ist der Beschluß der Synode der rheinischen Kirche gestoßen, Gemeinden freizustellen, Kirchensteuermittel für den Sonderfonds des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrats zu verwenden. Der Sonderfonds ist umstritten, da aus ihm auch gewaltanwendende Unabhängigkeitsbewegungen wie die namibische Swapo und der südafrikanische ANC finanziert werden.

Die rheinische Kirche ist die einzige deutsche Landeskirche, aus der Kirchensteuern für den Sonderfonds verwandt werden können. Die „Evangelische Sammlung" befürchtet, daß die Entscheidung der Synode „zu einer Spaltung in den Gemeinden führt". In Zukunft werde man zwischen Gemeinden, „die Gewalt auf dem Weg der Unterstützung des Sonderfonds finanzieren, und solchen, die aufgrund ihres Bekenntnisses diesem widersprechen", zu unterscheiden haben.

Die „Sammlung" fordert alle Christen auf, die „gegen Gewalt aus Sonderfondsmitteln sind", jetzt nicht aus der Kirche auszutreten, sondern sich den Gemeinden anzuschließen, die in dieser Frage „eindeutig Position beziehen".

Gericht contra BND im Fülle-Prozeß

DW. Stuttgart

Im Spionageprozeß gegen den ehemaligen Buchhalter des Karlsruher Kernforschungszentrums, Reiner Fülle, bestand gestern der Bundesnachrichtendienst (BND) darauf, die Zeugenaussage eines Beamten nur unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu hören. Das Gericht wollte jedoch den BND-Zeugen in öffentlicher Verhandlung vernehmen. Eine telefonische Intervention in der Zentrale des deutschen Geheimdienstes in München-Pullach blieb allerdings erfolglos.

Die Vorsitzende des 4. Strafsenats, Irmgard Schlüter, teilte mit, man werde versuchen, die Bedingung des BND streichen zu lassen, der Beamte solle unter anderem zu dem Fall des 1979 in den Westen geflüchteten Ostberliner Physikers und Agentenführers Werner Stiller gehört werden.

Es ist jedoch bekannt, daß BND-Präsident Eberhard Blum gegnerischen Nachrichtendiensten keinen Einblick in den Fall bieten und keinerlei Spuren des geheimen Aufenthaltsortes Stillers preisgeben will. Stiller hatte nach seinem Überlaufen unter mehreren Dutzend Namen von Agenten auch den Fülles genannt. Der frühere Agent wird einer BND-Entscheidung gemäß nicht als Zeuge auftreten. Begründung: Die Gefährdung durch östliche Geheimdienste sei zu riskant.

„Songbook 2" soll revidiert werden

AP, Mainz

Die Bundesleitung der Katholischen Jungen Gemeinde (KJG) hat im Streit mit den deutschen Bischöfen um die Texte eines Liederbuchs nachgegeben. Wie Jugendbischof Wolfgang Rolly nach einem Gespräch mit der KJG-Leitung mitteilte, haben die Vertreter der Jungen Gemeinde zugesagt, das umstrittene „songbook 2" einer „Revision zu unterziehen" und eine Neuauflage ohne die beanstandeten Texte herauszugeben.

Das „Songbuch" der KJG hatte wegen seiner nach Ansicht der Bischöfe „politisch einseitigen und antikirchlichen" Lieder aus der Arbeiter- und „Friedensbewegung" bei der Kirche scharfe Kritik ausgelöst. Der Vorsitzende der deutschen Bischofskonferenz, der Kölner Kardinal Joseph Höffner, hatte nach „zahlreichen Zuschriften empörter Eltern" mehrere Liedtexte als „für eine katholische Jugend untragbar" bezeichnet und „eindeutige Konsequenzen" angekündigt.

Zeitungen machen Fernsehnachrichten

dpa, Frankfurt

Mehr als 140 deutsche Zeitungsverlage haben ihre Entschlossenheit bekundet, sich am Aufbau eines privaten bundesweiten Fernsehens zu beteiligen, das über den europäischen Fernmeldesatelliten ECS 1 ausgestrahlt werden soll. Nach einer vom Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) in Neu-Isenburg bei Frankfurt veranstalteten Zusammenkunft verlautete, die Verlage beabsichtigen, „im Rahmen eines allgemein informierenden und unterhaltenden Programms, das als Mantelprogramm für künftige Lokalfernsehangebote der Zeitungen zur Verfügung stehen soll, die aktuellen Nachrichtensendungen gemeinsam zu gestalten".

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

Regierung in Athen umgebildet. Bald Wahlen?

Papandreou: Die Minister sollen mehr leisten

EVANGELOS ANTONAROS, **Athen**

Mit einer ziemlich umfassenden und zu diesem Zeitpunkt völlig unerwarteten Regierungsumbildung hat der griechische Ministerpräsident Andreas Papandreou aufs neue Spekulationen über vorgezogene Parlamentswahlen Auftrieb gegeben. Sie sind erst im Oktober 1985 fällig. Insgesamt wurden zwölf Ministersessel neu besetzt. Aus dem Kabinett wurden jedoch nur drei Staatssekretäre entlassen, weil es sich bei diesem Revirement im großen und ganzen um Umbesetzungen handelt.

Zu seinem Stellvertreter ernannte Papandreou den früheren Wirtschaftsminister Apostolos Lasaris. Er ist zuständig für das Verwaltungswesen und die Koordinierung der Regierungsarbeit. Er trat die Nachfolge des Papandreou-Intimus Agamemnon Koutsogiorgas an, der Innenminister wurde. Der bisherige Leiter des Innen-Ressorts, Gennimatas, der gleichzeitig dem Vorstand der regierenden Pasok-Partei angehört und als vorzüglicher Organisator gilt, übernahm das Gesundheitsministerium. In diesem Bereich war die Regierung in letzter Zeit mit immer größeren Problemen konfrontiert worden, weil die Sozialisten eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens planen.

Interessant ist auch die neue Konstellation im Außenministerium: Papandreou hat zwar den vor allem im Ausland ins Kreuzfeuer der Kritik geratenen Außenminister Ioannis Charalambopoulos in seinem Amt belassen. Doch wird künftig aller Voraussicht nach der zum Staatsminister beförderte bisherige Staatssekretär Karolos Papoulias das Sagen in den wichtigsten außenpolitischen Fragen haben. Papoulias hat in der Bundesrepublik Deutschland studiert und jahrelang in Köln gelebt. Zum neuen Staatssekretär für EG-Angelegenheiten wurde der bisherige Staatssekretär im Handelsministerium, Theodoros Pangalos, ernannt.

Papandreou begründete das Revirement damit, daß es notwendig sei, die Leistungsfähigkeit der Regierungsmannschaft zu verbessern. Diese vorsichtig gewählten Worte beinhalten nach Ansicht politischer Beobachter in Athen eine gewisse Kritik an einzelnen Kabinettsangehörigen, vor allem im Gesundheits- und Handelsbereich. Die Sozialisten mußten hier in den letzten Monaten mit erheblichen Problemen fertigwerden. Kritik hatte Papandreou bereits vor einigen Wochen geäußert. Ende Dezember kündigte er an, daß es nun höchste Zeit geworden sei, die persönliche Verantwortung für die Wirtschaftspolitik und die Entscheidungen in der überbürokratisierten Verwaltung zu übernehmen.

Durch alle diese Äußerungen will Papandreou offenbar gegenüber seinem ungeduldig werdenden Wählervolk demonstrieren, daß er nur das eine, nämlich die Verbesserung des Regierungsapparats, anstrebt. Diesem Ziel dient auch die jetzige Umbildung, die keine politische, sondern in erster Linie kosmetische Bedeutung hat. Gerade deshalb haben die Vermutungen neuen Auftrieb erhalten, daß Papandreou die erst in 20 Monaten fälligen Parlamentswahlen möglicherweise zeitsynchron mit den Wahlen für das Europäische Parlament am 17. Juni abhalten, durch eine großzügige Wirtschaftspolitik seine Wähler bei der Stange halten und durch einen Wahlsieg sein Mandat verlängern könnte. Sonst muß er befürchten, daß das Ergebnis der Europa-Wahlen, das für seine Partei höchstwahrscheinlich ungünstig sein wird, auch als eine Art Vorentscheidung für die nationalen Wahlen gelten könnte. (SAD)

Reagan kann Moskaus Malaise nicht heilen

Von TH. KIELINGER

Ob die Rede Präsident Reagans in Moskau auf fruchtbaren Boden fällt, wird vor allem der Westen selber beantworten müssen, und zwar mittels einer lange überfälligen Demonstration der Eintracht der sicherheitspolitischen und strategischen Analyse. Ost-West: Das ist kein abstrakter, isolierter Begriff mehr. Erfolg in diesem Bereich, Fortschritt im Dialog mit der anderen Seite erfordert vor allem Klärung des west-westlichen Dialogs. Das, was man das „Ost-West-Verhältnis" nannte, hat sich heute in vielen Fällen zu einem Dreieck zwischen Amerika, Westeuropa und der Sowjetunion entwickelt.

Wenn aus einer Waage ein Dreieck wird, vervielfältigen sich die politischen Spielarten. Das muß dem Manövrierfeld der internationalen Beziehungen nicht unbedingt abträglich sein, wie es etwa die Entwicklung der französischen Außenpolitik seit Charles de Gaulle eindringlich belegt. Aber da lauern auch Gefahren, und zwar dann, wenn die atlantischen Partner über ihren Eigeninteressen den strategischen Konsens vernachlässigen.

Es ist dieser Hintergrund, vor dem der Fehlschlag der Abrüstungsgespräche in den letzten drei Jahren in Washington gesehen wird. Auf „den Westen" sind die Sowjets vor fünfzehn Jahren ein- und zugegangen, weil ihnen ein gemeinsames Konzept gegenüberstand, gegen das man eigenes Entgegenkommen in die Waagschale werfen mußte, wollte man vorankommen. Gewiß gab es unter den westlichen Verbündeten Reibereien und Irritationen über Tempo und Ausmaß der Entspannungspolitik. Aber nichts damals ließ sich mit dem vergleichen, was das Bündnis in den letzten drei Jahren an strategischem Dissens erlebt hat.

Es ist nicht erinnerlich, daß über die Beziehungen zu Moskau und die Sicherheitsfrage selber in der Periode der Entspannung Volksparteien aus dem Konsens ausstiegen, so, wie

DIE ● ANALYSE

es heute in Großbritannien die Labour Party und in der Bundesrepublik die Sozialdemokraten im Zusammenhang mit der Nachrüstung getan haben. Ebensowenig ist erinnerlich, daß Kritik an den USA – immer ein notwendiges Ventil, wo das Gleichgewicht in einem Bündnis so uneben verteilt ist wie zwischen den Vereinigten und den nichtvereinigten europäischen Staaten – jemals so wohlfeil und geradezu als Tagesordnungspunkt Nr. eins dahergekommen wäre wie heute.

Man müßte sich geradezu wundern, wenn Moskau aus diesem Zustand kein Kapital zu schlagen versucht hätte. Die politischsten aller Abrüstungsverhandlungen, die INF-Gespräche, boten zudem in sowjetischer Sicht wenig Anreize zu sachlichem Entgegenkommen. Auch bei einer „Zwischenlösung" hätte das eigene Potential verringert und obendrein westliche Nachrüstung durch Vertragsunterschrift sanktioniert werden müssen.

Also nicht verhandeln und die Gegenüber gegeneinander ausspielen. Ein weiterer Aspekt kam und kommt hinzu: Die Nachfolgekrise an der Kreml-Spitze ist ein die internationalen Beziehungen inzwischen schwer belastendes Element. Es ist nicht dadurch aus dem Weg geschafft, daß man auf die traditionell kollektive Natur der sowjetischen Führung hinweist. Sie braucht trotzdem sichtbare Figuren und energische Vertreter des kollektiven Willens. Das muß nicht eine einzelne Persönlichkeit sein. Bulganin und Chruschtschow vertraten in den 50er Jahren gemeinsam eine aktivistische Politik, auf die sich der Westen einstellen konnte. In der Phase Breschnew-Kossygin war die Verdoppelung an der Spitze ebenfalls ein Problem. Der erste Entspannungsgipfel fand zwischen Präsident Johnson und Ministerpräsident Kossygin statt, 1967, in Glassboro, New Jersey. Breschnew nahm dann nach 1968 den Ball auf und spielte ihn weiter.

Eine ähnlich eingespielte Gruppe mit dem Drang zu konkreten Fortschritten ist heute in Moskau nicht erkennbar. Wo politische Entscheidungen, Initiativen, Flexibilität erwünscht wären – wie die Sowjets sie in den Jahren der Entspannung gelegentlich an den Tag legten –, hört man das Einerlei müder Propaganda. Der Eindruck verfestigt sich, daß Moskau seit mindestens drei Jahren und verschärft seit der gesundheitlichen Krise Andropows, nur auf Zeitgewinn spielt, überbrückend die Nachfolge-Problematik und das inhaltliche Defizit der eigenen Außenpolitik.

Es ist wichtig, so hört man in Washington, daß über diese Lage im Westen verbindlich reflektiert wird. Sonst bekommen wir bei fortgesetztem Stillstand im sicherheitspolitischen Dialog bald wieder das alte Lied zu hören: Es ist Washington, auf dem die Schuld lastet, und Washington muß bedrängt werden, „mehr zu tun", damit Moskau „an den Verhandlungstisch zurückfindet". Es gab Grund in der Vergangenheit, an der amerikanischen Abrüstungsmarschroute Kritik zu üben. Die Malaise der sowjetischen Politik läßt sich freilich nicht mehr in die amerikanischen Schuhe schieben.

Man würde gerne endlich Verbindliches aus dem Innern der sowjetischen Introspektion hören, nachdem der Westen, einschließlich Präsident Reagan, seine Dialogbereitschaft mehr als deutlich auf den Tisch gelegt hat. Die Dispute mit den USA heute: Die Wirtschaftsfrage bleibe den Europäern unbenommen, doch darf man die gemeinsamen strategischen Analysen nicht auf dem Altar wechselnder Verärgerungen mit Washington opfern.

Bonn präzisiert Haltung zum Nahen Osten

AP, **Bonn**

Eine Woche vor dem Israel-Besuch Bundeskanzler Kohls hat Staatsminister Alois Mertes vom Auswärtigen Amt die Prinzipien der Bonner Nahostpolitik noch einmal verdeutlicht und dabei insbesondere auch mögliche deutsche Waffenlieferungen an Saudi-Arabien verteidigt. In einer in Bonn veröffentlichten mehr als zwölfseitigen Erklärung zu den deutsch-israelischen Beziehungen versicherte Mertes, alle Entscheidungen auf diesem Gebiet werde die Bundesregierung in voller Berücksichtigung der legitimen Interessen der befreundeten Länder in der Region und im Bewußtsein der gemeinsamen Verantwortung für den Frieden treffen. Sämtliche während des Israel-Besuchs etwa geäußerten Argumente würden in die Prüfung einbezogen.

Als Staat mit einer spezifischen Verantwortung für die Gesamtheit der Interessen des Westens – die Golfregion nicht ausgeschlossen – müsse die Bundesrepublik neben dem arabisch-israelischen Konflikt auch die Ost-West-Aspekte der Lage im Mittleren Osten im Auge behalten. erklärte Mertes.

Die Grünen wollen Bastian halten

hey. **Bonn**

Bei den Grünen im Bundestag zeichnet sich im Fall des ehemaligen Generals Bastian offenbar ein Sinneswandel ab. Sie wollen versuchen, ihn trotz seiner Drohung zu halten, die Fraktion unter Mitnahme seines Mandates zu verlassen. Bastian hatte seinen Austritt für den Fall angekündigt, daß von ihm kritisierte organisatorische Mißstände nicht abgestellt und der Einfluß des linken Flügels nicht zurückgedrängt würde.

Nach WELT-Informationen will eine Arbeitsgruppe der Fraktion sich am 7. Februar um eine Lösung des Problems bemühen. In einem WELT-Gespräch hatte der ehemalige General eine Entscheidung über seine politische Zukunft zum Monatsende angekündigt.

Die Klausurtagung der Grünen über die Festlegung der zukünftigen Schwerpunkte ihrer Parlamentsarbeit, die in der vergangenen Woche wegen des Konflikts um Bastian abgebrochen worden war, wurde gestern fortgesetzt. In der Diskussion sind das Vorgehen gegen ein neues Personalausweisgesetz, die Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Energieversorgung und eines Aktionskatalogs zum Waldsterben.

Wilms: Zusage eingelöst

1984 werden mehr als 700 000 Lehrstellen-Bewerber erwartet

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat der Wirtschaft zugesagt, daß es trotz der noch schwierigen Lehrstellen-Situation auch in diesem Jahr „keine gesetzliche Umlage-Finanzierung" geben wird. Sie gehe davon aus, daß es auch ohne staatliche Knute gelinge, die Ausbildungsleistung von 1983 wieder zu erreichen, sagte Frau Wilms.

Im Berufsbildungsbericht für das vergangene Jahr zieht die Ministerin das Fazit, daß die Lehrstellen-Zusage von Bundeskanzler Helmut Kohl „eingelöst" worden sei. 697 339 Ausbildungsplätze seien angeboten worden, 46 300 Ausbildungsverträge mehr abgeschlossen als 1982. Frau Wilms: Es habe sich damit bewiesen, „daß marktwirtschaftliche Instrumente eher zum Erfolg führen als bürokratisches Planen". Zwar seien am 31. Dezember 1983 noch 31 000 nicht vermittelte Bewerber bei den Arbeitsämtern gemeldet gewesen, aber mit etwa zehn Prozent Jugendlichen eines Altersjahrganges, die ohne Ausbildung bleiben, nehme die Bundesrepublik Deutschland „eine Spitzenstellung im internationalen Vergleich" ein.

Die unter anderem von der Opposition und Teilen der Gewerkschaft geforderten staatlichen Hilfen zur Steigerung des Lehrstellen-Angebotes wären im übrigen auch nicht zu finanzieren gewesen: Hätte der Staat die zusätzlichen 46 000 Ausbildungsplätze durch ein Sonderprogramm eingerichtet, hätte dies rund eine Milliarde Mark gekostet.

Für das Jahr 1984 rechnet das Bundesbildungsministerium mit 710 000 bis 730 000 Lehrstellen-Bewerbern. Um dies nicht nur auf die Wirtschaft abzuwälzen, wird die Zahl der Lehrlinge auch im öffentlichen Bereich weiter erhöht werden. Außerdem wird eine Bund-Länder-Kommission unter dem Vorsitz von Frau Wilms über weitere Maßnahmen der öffentlichen Hand beraten.

Die Ministerin wies darauf hin, daß entgegen weit verbreiteter Annahmen „in vielen Berufen die Betriebe lieber einen Hauptschüler als einen Gymnasiasten nehmen". Dies deckt sich auch mit einer Untersuchung des Bayerischen Kultusministeriums, die gestern vorgelegt wurde.

Im EG-Streit will Paris bis März den Durchbruch

Genscher und Stoltenberg in der Agrarfrage flexibel

BERNT CONRAD, **Stockholm**

Der französische Staatspräsident François Mitterrand will die finanziellen und agrarpolitischen Probleme, die derzeit die Europäische Gemeinschaft lähmen, als EG-Ratspräsident bis zum Brüsseler Europa-Gipfel am 19. und 20. März lösen. Diesen Eindruck haben Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher und Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg am Montag bei den Gesprächen mit ihren französischen Amtskollegen in Paris gewonnen. Die Bonner Bilanz lautete: „Wir sind ein Stück weitergekommen."

Bundeskanzler Helmut Kohl und Genscher hatten schon Anfang Januar in Briefen an Mitterrand und Außenminister Claude Cheysson den Willen der Bundesregierung unterstrichen, Frankreich bei seinem Versuch eines europäischen Durchbruchs energisch zu unterstützen. Entsprechend freundlich war am Montag das Klima der Pariser Gespräche, an denen neben Außenminister Cheysson und Finanzminister Delors auch der neu ernannte französische Europaminister Dumas teilnahm. Der Meinungsaustausch auf dieser Ebene soll noch vor dem Treffen Kohls mit Mitterrand in Ludwigshafen am 2. Februar fortgesetzt werden.

Am Montag konzentrierten sich die Minister auf die zwischen Bonn und Paris bestehenden spezifischen Probleme der Agrarpolitik, besonders auf den für die deutschen Bauern wichtigen Grenzausgleich. Dabei wurde deutlich, daß nur durch beiderseitige Flexibilität eine gemeinsame Haltung zugunsten einer europäischen Lösung erreicht werden kann. Auf Bonner Seite zeigte sich diese Flexibilität darin, daß sich Genscher und Stoltenberg überhaupt zu einer substantiellen Diskussion über den Grenzausgleich bereit erklärten. Das war zuvor nicht der Fall gewesen.

Bundesernährungsminister Ignaz Kiechle war nicht mit nach Paris geflogen, weil eine Teilnahme der Landwirtschaftsminister offenbar einvernehmlich nicht für notwendig gehalten wurde. Beim Vorgespräch mit dem Bundeskanzler war bereits volles Einvernehmen zwischen Genscher, Stoltenberg und Kiechle erreicht worden. Anerkennend hieß es in Regierungskreisen, der CSU-Ernährungsminister habe sich als ein sehr politisch denkender Teilnehmer erwiesen.

Doch ist man sich in Bonn darüber klar, daß die Agrarfrage für Frankreich gerade angesichts der bevorstehenden, für Mitterrand vielleicht entscheidenden Europawahl ein schweres Problem darstellt. Grundsätzlich hält die Bundesregierung daran fest, daß das auf dem Stuttgarter Europa-Gipfel im Juni 1983 geschnürte „Paket" aller erforderlichen EG-Maßnahmen zusammenbleiben soll. Anscheinend denkt man in Paris genauso.

Polnische Regimegegner üben harte Kritik am Papst

Exil-Zeitschrift: Glemp an Unterdrückung mitschuldig

JGG. **Bonn/Paris**

Gleich in drei Beiträgen hat die renommierte exilpolnische liberale Zeitschrift „Kultura" (Paris) Kritik am Verhalten der polnischen Bischofskonferenz und des Vatikans gegenüber dem Jaruzelski-Regime zum Ausdruck kommen lassen: Ein Sprecher der oppositionellen KOS-Gruppe erklärte, daß man in Polen wieder von Äußerungen des Primas „beunruhigt" sei. Der bekannte Regime-Kritiker Stefan Kisielewski sprach davon, daß die Kirche und der polnische Papst die Ausschaltung der „Solidarität"-Gewerkschaft schweigend hingenommen haben. Und in einem weiteren Beitrag heißt es über Primas Glemp: „In seinen Äußerungen verursachte er, daß die Menschen am Sinn und der Wirksamkeit des Widerstandes Zweifel bekamen und sich der Macht schließlich beugten."

Der Papst-Besuch in Polen im Jahre 1983 sei ein eindeutiger Erfolg der Jaruzelski-Gruppe gewesen. Er „desorientierte einen Teil der Weltöffentlichkeit" und könne als „diplomatische Anerkennung" des heutigen Regimes gewertet werden. „Der Durchschnittskatholik Polens hatte vielleicht die Hoffnung, daß die mahnenden Worte bei jenen Gehör finden, die ihn unterdrücken." Das sei jedoch eine Illusion gewesen.

Inzwischen wurde bekannt, daß die Fronde der Bischöfe, die sich gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen dem Vatikan und der Volksrepublik Polen wenden, von dem mehrmals von den polnischen Medien attackierten Bischöfen Jerzy Ablewicz und Ignacy Tokarczuk, angeführt werden. Tokarczuks Bruder gehörte der Führung der Gewerkschaft „Solidarnosc" an und war monatelang in Haft.

Gleichzeitig wurde bekannt, daß Polens Partei- und Regierungschef Jaruzelski bereits einen Vatikan-Botschafter parat hat. Es ist der stellvertretende Vorsitzende der linkskatholischen „Pax"-Vereinigung und Parlamentsabgeordnete Januz Stefanowicz, der in der „Solidarnosc"-Ära aus dem „Pax"-Vorstand ausgeschlossen worden war.

AFP, **Warschau**

Arbeiterführer Lech Walesa hat sich in scharfer Form gegen das von der Regierung vorgeschlagene Abschieben inhaftierter Gewerkschafter ins westliche Ausland ausgesprochen. Selbst mit der Garantie, schnell nach Polen zurückkehren zu können, sei ein derartiges Angebot unannehmbar, erklärte Walesa. Die betroffenen elf Oppositionsführer haben sich ihrerseits bereits gegen eine solche Regelung ausgesprochen. Die polnische Regierung hatte ihnen Haftverschonung angeboten, falls sie bereit seien, Polen zu verlassen. Wie aus zuverlässiger Quelle in Warschau verlautete, soll die katholische Kirche dieser Lösung nicht völlig ablehnend gegenüberstehen.

Mudjahedin wollen 18 Sowjets austauschen

dpa, **Neu-Delhi**

Afghanische Widerstandskämpfer haben Anfang Januar 18 sowjetische Soldaten gefangengenommen und wollen diese offenbar gegen gefangene Mudjahedin austauschen. Westliche Diplomaten berichteten in Neu-Delhi, in der nordafghanischen Stadt Mazar-e-Sharif seien bereits entsprechende Verhandlungen im Gange.

Der von den Sowjets vor vier Jahren ins Amt gebrachte Präsident Babrak Karmal hat die afghanischen Streitkräfte unterdessen aufgefordert, noch härter „gegen die Konterrevolution vorzugehen und sie vollständig zu zerschlagen".

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Monopol-Mißbrauch der Post?

Als Postminister Gscheidle 1975/76 versuchte, den 4-Minuten-Zeittakt im Nahverkehr einzuführen, brach ein *Volksaufstand aus und die gesamte* Presse, unsere „öffentliche Meinung", stand uns, der „Aktion billiges Telefon", bei. Gscheidle wich zurück, verlängerte den Zeittakt auf 8 Minuten und schläferte das öffentliche Gewissen durch die „Versuche" mit den Nahbereichen ein (übrigens die Generalprobe für das Täuschungsmanöver „Pilotprojekte" des Privatfernsehens mit Verkabelung).

Herr Hoffie, Bundestagsabgeordneter der FDP, zwischendurch Wirtschaftsminister in Hessen, hat damals schon nachdrücklich dem Postminister die Bälle zugespielt. Jetzt also sein Vorschlag, an der Schraube der Zeittaktgebühren zu drehen – ein nichtiger Anlaß, die Gebühren in der Telefonzelle – und daraus erwachsend ein hervorragender Fischzug: Man greift a l l e n Telefonbenutzern, also allen Bürgern, kräftigst und nachhaltigst in die Tasche und sichert damit die Finanzierung der „Neuen Medien", die dem Postminister allmählich über den Kopf zu wachsen drohen. Der Zeittakt wurde ja nachweislich einzig und allein dafür eingeführt, den Bildschirmtext „billig" erscheinen zu lassen und dadurch lukrativ zu gestalten; während der ganzen Zeit der Benützung läuft nämlich das vermittelnde Telefon auf Zeittakt.

Die CDU/CSU bekämpfte von Anfang an den Telefonzeittakt, im Bundestag lief sie eine Attacke nach der anderen unter Leitung des Bundespostministers a. D. Dr. Dollinger. Noch vor der Wahl 1980, als die Einführung des Zeittakts in vollem Gange war, warb sie für sich: „Wir schaffen den Zeittakt ab!" Unsere Aktion, zuerst in ca. 30 Städten kräftig unterstützt, konnte eine Reihe sozialer Erleichterungen und Zugeständnisse durchsetzen.

Im Februar 1983 haben wir, auf Bitten mehrerer großer Münchner sozialer Institutionen, deren Arbeit durch den Zeittakt schwerstens geschädigt und behindert wird, uns an den neuen Postminister gewandt und eine „Wende" wenigstens insoweit erbeten, daß der Zeittakt auf 12/16 Minuten verlängert würde. In seinem abschlägigen Bescheid versteckte sich der Minister, genau wie Gscheidle, hinter den „Durchschnitts"-Ergebnissen seiner Politik, den Bürgern würden doch so viele Vorteile geboten und von ihnen auch genutzt.

Es ist immer das gleiche: Politiker jeder Couleur (und leider auch zunehmend viele Journalisten) haben den Kontakt mit der Bevölkerung und das Wissen um ihre Nöte verloren. Die längeren Ortsgespräche sind konstant seit Jahrzehnten nur etwa 3 Prozent der Ortsgespräche, diese wiederum nur der kleinere Teil der Gesamtgespräche: also eine Minderheit, die spielend aufgefangen werden konnte und kann.

Aber diese Minderheit sind Millionen jetzt unter dem Druck des Zeittaktes leidender Menschen. Und diese Millionen wachsen. Es g i b t Armut und Not in diesem unserem Lande und sie hält nicht vor den Telefongroschen. Das bereinigt auch kein salopper Hinweis auf die „Sozialhilfe".

Wir begannen das Jahr des Kindes: „Kinder-Telefone" wurden an allen Ecken gegründet, mehr als 50 in wenigen Monaten – der Zeittakt hat sie abgewürgt. Können Sie ein verstörtes hilfesuchendes Kind am Telefon in 8 Minuten trösten und leiten und ihm Hilfe geben? Was hilft ein Kinderschutzbund, wenn die Kinder nicht mehr rechtzeitig hinfinden?

Mit wieviel Leid, Einsamkeit und Sinnentleerung unserer menschlichen *Kontakte ist diese Wende eines* Kommunikationsmittels für alle zu einem geschäftsmäßigen Informationsmittel für die, die zahlen können, erkauft worden!

J. Schlieben, Aktion Billiges Telefon, München 80

*

„Post stellt die Nachtleerung von Briefkästen ein"; WELT vom 7. Januar

Sehr geehrter Herr Ohnesorge,

was die Bundespost sich seit Jahren an schrittweisen Rücknahmen ihres Dienstleistungsangebotes erlaubt, grenzt an Menschenverachtung. Ein einstmals bevölkerungsfreundliches Netz von Postämtern wurde auf eine Grobstruktur reduziert, die der Bevölkerung lange Wege auferlegt. Besonders alte Menschen sind hiervon betroffen. Die Zustellhäufigkeit wurde rigoros abgebaut, nun soll auch noch die Nachtleerung von Briefkästen entfallen. Das ist eklatanter Mißbrauch eines Monopols, das sich mehr und mehr selbst ad absurdum führt.

Sparen – gut! Aber durch Leistungsabbau oder durch Verweigerung eines vernünftigen internen Budgetausgleichs? Bundestag und Bundesregierung sind hier gewiß aufgerufen, nach dem Rechten zu sehen, damit wir nicht eines Tages unsere Briefe selbst vom Postamt holen müssen.

Prof. Dr. H. Stachowiak, Paderborn

Ohne die Basis

„Lehrer-Beispiel"; WELT vom 9. Januar

Ich bin Lehrer und einverstanden mit der vorgeschlagenen Arbeitszeit- und Gehaltskürzung zugunsten arbeitsloser Lehrer. Leider wird die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit immer nur auf die egoistische Meinung karrierebewußter Gewerkschaftsfunktionäre gelenkt, die sich in vielen politischen Fragen wohlweislich hüten, mit einem einfachen Fragebogen die sonst vielbemühte Basis zu befragen.

Eine Ergänzung sei erlaubt: Es ist nicht einzusehen, warum nicht auch die öffentliche Verwaltung mit Arbeitszeit- und Gehaltskürzung helfen soll. Wer in der Wirtschaft erfolgreich am Schreibtisch tätig war und unverschuldet seinen Arbeitsplatz verloren hat, ist für viele Bereiche des öffentlichen Dienstes allemal qualifiziert.

Mit freundlichem Gruß
G. Althoff, Schneverdingen

Ein Unterschied

„Leserbrief: Kritik am Schneider-Bericht"; WELT vom 11. Januar

Vom jetzigen Wohnungsbauminister Schneider ist man schon des öfteren ins Erstaunen gesetzt worden: Es besteht zwischen aufgezwungenen Kostensteigerungen und Miet*erhöhung wohl ein* wesentlicher Unterschied. Bei Preis- oder Lohnerhöhungen zahlt die eine Seite, während die andere Seite dagegen etwas erhält.

Minister Schneiders „Mieterhöhung" ist eine Kostensteigerung; mit anderen Worten eine Zwangsabgabe, die der Fiskus erhebt, welche der Hauseigentümer noch für den Fiskus miteinziehen muß. Diese Abgabe als Mieterhöhung zu bezeichnen, bedeutet eine öffentliche Verleumdung der betreffenden Hauseigentümer durch den Wohnungsbauminister, zumal diese Hauseigentümer von ihrer Eigenkapitalverzinsung von 4 Prozent bei Instandsetzungen davon noch mindestens zwei Drittel abgeben müssen. Dafür bedient sich der Staat besser, indem er den Mietern im sozialen Wohnungsbau ungeniert in die Tasche greift. Die Hauseigentümer sind dabei die Ausgebeuteten.

G. Kilian, Langenfeld

Wort des Tages

» Höre die Stimme der Vergangenheit. Verliere dich nicht selbstherrlich an die flüchtige Gegenwart. Die Ehrfurcht vor der Vergangenheit und die Verantwortung gegenüber der Zukunft geben fürs Leben die rechte Haltung. «

Klaus Bonhoeffer, dt. Theologe (1906 – 1945)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Personalien

EHRUNG

Professor Dr. **Walther J. Habscheid**, in den letzten 22 Jahren Leiter des Instituts für Deutsches und Ausländisches Prozeßrecht an der Universität Würzburg und jetzt *ordentlicher Professor an den* Universitäten Zürich und Genf, wird am 19. Januar mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse ausgezeichnet. Der hervorragende Jurist war 1957/58 auch Dekan der Juristischen Fakultät in Würzburg und 1958/59 Rektor. Der Orden wird im deutschen Generalkonsulat in Genf übergeben werden. Das Centre Interuniversitaire de Droit judicaire de Belgique hat Professor Habscheid außerdem den Grad eines Korrespondierenden Mitglieds verliehen.

VERANSTALTUNG

Die Bonner Diplomatenschule auf dem Venusberg wird eine Ausstellung des Künstlers **Hellmuth Weissenborn** zeigen. Die Werke des gebürtigen Leipzigers, der während der Nazizeit nach London emigrierte, wurden in den letzten Jahren wiederholt in der Bundesrepublik ausgestellt, so im Gutenberg Museum in Mainz. Hellmuth Weissenborn, der mit 27 Jahren seinerzeit zu den jüngsten Akademieprofessoren in Leipzig gehört hatte, mußte Deutschland verlassen, weil er in erster Ehe mit einer Jüdin verheiratet war. Zu seinem sehr bedeutenden Alterswerk gehören Holz- und Linolschnitte und große Buchillustrationen. So illustrierte und übersetzte er auch nach dem Krieg den Simplicius Simplicissimus, der 1964 in London erschien. Bei der Ausstellungseröffnung in der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amtes am 3. März wird der frühere deutsche Botschafter in London und ehemaliger ZDF-Intendant **Karl-Günter von Hase** eine Einführung in das Werk Weissenborns geben. Anwesend sein wird auch Weissenborns zweite Frau **Lesley Macdonald**. Professor Weissenborn starb 1982.

AUSWÄRTIGES AMT

In den Ruhestand geht Dr. **Hildegunde Feilner**, die deutsche Botschafterin in Singapur. Frau Feilner ist eine hervorragende Expertin für den südostasiatischen Raum gewesen und war neben ihrer großen beruflichen Kompetenz auch als besonders energisch bekannt. In Augsburg 1918 geboren, studierte sie zunächst Wirtschaftswissenschaften. Nach Ablegung der kaufmännischen Diplomprüfung machte sie 1941 ihren Dr. rer. pol. Sie war von



Hildegunde Feilner

1944 bis 1946 Lehrbeauftragte an der TH München, danach ein Jahr Referentin beim bayerischen Staatsminister für Wirtschaft. 1952 trat sie in den Auswärtigen Dienst in Bonn ein. Von 1973 bis 1977 war sie Botschafterin in Sri Lanka, dem früheren Ceylon, und anschließend bis heute Botschafterin in Singapur. Im Bonner Auswärtigen Amt gibt es zur Zeit nur noch einen weiblichen Botschafter, **Theodora van Rossum**, die zur Zeit in Lilongwe, Malawi, eingesetzt ist. Nach Singapur als Botschafter geht Dr. **Richard Louis**, der bereits sein Agrément erhielt.

ERNENNUNG

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax, die die Aufgaben des bisherigen Katholischen Arbeitskreises Entwicklung und Frieden fortsetzt, hat einen neuen Vorsitzenden. Einstimmig in dieses Amt gewählt wurde in Bonn der Limburger Bischof Dr. **Franz Kamphaus**, der auch der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz angehört. Dr. Kamphaus wurde Nachfolger von Dr. **Friedrich Kronenberg**, der jetzt den stellvertretenden Vorsitz in der deutschen Kommission hat. Dr. Kronenberg ist Generalsekretär des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken und Bundestagsabgeordneter. Zu den Aufgaben der Kommission Justitia et Pax gehört vor allem die fachliche Förderung der kirchlichen Arbeit für Entwicklung und Frieden. Weitere Vorstandsmitglieder wurden jetzt Prälat **Paul Bocklet**, Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe in Bonn, Prälat **Norbert Herkenrath**, Hauptgeschäftsführer des Bischöflichen Hilfwerkes Misereor und Ministerialdirigent **Karl Osner**.

GEBURTSTAG

Seinen 90. Geburtstag feiert am 19. Januar in Düsseldorf **Hans Gammersbach**, der ehemalige Verlagsleiter und Prokurist des Verlages W. Girardet. Mehr als 50 Jahre lang stand Gammersbach im Dienst der deutschen Presse, gehörte davon mehr als 41 Jahre den Düsseldorfer Nachrichten an. Hans Gammersbach, der auch heute noch sehr rüstig ist und geistig sehr aktiv, begann am 1. Oktober 1913 als Volontär bei der damaligen „Kölnischen Zeitung" in Köln seinen Berufsweg. Während des Ersten Weltkrieges wurde er verwundet und 1918 deshalb für „kriegsuntauglich" erklärt. Hans Gammersbach lebt erst seit 20 Jahren im Ruhestand. Bis zu seinem 70. Lebensjahr hatte er für das Haus Girardet gearbeitet, in dem er die Zeitungsgruppe Rhein-Wupper-Ruhr wesentlich mitaufbaute. Von 1928 bis 1934 leitete Hans Gammersbach den Prüfungsausschuß der Handelskammer Düsseldorf, in dem Lehrlinge des Druckereiwesens geprüft wurden, bis ihn die Nazis aus diesem Amt entfernten.

SPORT-NACHRICHTEN

Marathon: Viel Geld

New York (sid) – Die Vereinigung der internationalen Marathon-Veranstalter hat in New York beschlossen, daß künftig 250 000 Dollar an Start- und Preisgelder ausgeschüttet werden dürfen. Für einen Läufer dürfen höchstens 10 000 Dollar gezahlt werden, für einen Sieger soll es höchstens 20 000 Dollar geben.

Winckelhock Zehnter

Rio de Janeiro (sid) – Manfred Winckelhock fuhr mit seinem ATS-BMW bei den ersten Tests zur Formel-1-Saison in Rio de Janeiro die zehntbeste Zeit. Schnellster war der Italiener Elio de Angelis auf Lotus-Renault. In Rio wird am 25. März der erste WM-Lauf 1984 gestartet.

Schäfer kandidiert

Düsseldorf (sid) – Jürg Schäfer (63), Präsident des Deutschen Hockey-Bundes, bewirbt sich um das Präsidentenamt im Weltverband. Er kandidiert gegen den Franzosen Etienne Glichitch, bisher Generalsekretär des Verbandes. Gewählt wird am Freitag in Brüssel.

Cordalis startet

München (sid) – Der Schlagersänger Costa Cordalis (37), der im Schwarzwald lebt, startet bei den Olympischen Winterspielen in Sarajevo für Griechenland. Er gewann die griechischen Ausscheidungen im Lauf über 15 km.

Zweimal Hrubesch

Lüttich (sid) – Horst Hrubesch (32) erzielte nach langer Verletzungspause zwei Tore beim 5:3-Sieg von Standard Lüttich über SV Waregem, einem Spiel der belgischen Fußballmeisterschaft. Hrubesch war im November an der Achillessehne operiert worden.

Durch Unfälle gebremst

Freetown (sid) – Die Spitzenreiter der Rallye Paris–Dakar, die beiden Franzosen Metge/Lemonyne (Porsche 911), wurden auf der Etappe von Guinea nach Sierra Leone durch einen Unfall gebremst. Trotz eines Remplers durch ihre Landsleute Gabreau/Gabbay (Range Rover) behielten sie die Führung. Motorrad-Spitzenreiter Rahier (Belgien) stürzte, blieb aber vorn.

Cairns Weltmeister

Melbourne (sid) – Der Amerikaner Chris Cairns verteidigte vor Melbourne seinen Weltmeistertitel in der olympischen Tornado-Klasse. Die fünf Segel-Crews aus der Bundesrepublik konnten sich nicht unter den ersten 60 plazieren.

ZAHLEN

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom der Herren in Parpan: 1. Stenmark (Schweden) 1:47,36, 2. Girardelli (Luxemburg) 1:47,63, 3. Gruber (Österreich) 1:48,58, 4. Krizaj (Jugoslawien) 1:48,89, 5. Halvarsson (Schweden) 1:49,83, 6. Popangeloff (Bulgarien) 1:50,08, 7. Andreew (UdSSR) 1:50,22, 8. Grigis (Italien) 1:50,27, 9. Beck (Deutschland) 1:50,31, 10. Giorgi (Italien) 1:50,33, 11. Wenzel (Liechtenstein) 1:50,46, 12. Bouvet (Frankreich) 1:50,58, 13. Gaspoz (Schweiz) 1:50,79, 14. Tavernier (Frankreich) 1:50,90, 15. Lüthy (Schweiz) 1:51,09.

GEWINNQUOTEN

Lotto: Klasse 1: 3 000 000.–, 2: 243 401,60, 3: 6507,90, 4: 106,10, 5: 8,30. – **Toto:** Elferwette: Klasse 1: 212 890.–, 2: 2289,10, 3: 128,20. – 6 aus 45: Klasse 1: unbesetzt, Jackpot: 772 085,75, 2: 44 425,50, 3: 6321,50, 4: 109,20, 5: 7,60. – **Rennquintett:** Rennen A: Klasse 1: 1950,60, 2: 243,80. – Rennen B: Klasse 1: 212,40, 2: 174,40. Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 21 457,60 (Ohne Gewähr).

TENNIS / Klarer Kings-Cup-Sieg über sehr schwache Russen

Der Mann aus Minsk kam mit einem Schläger, der ins Museum gehörte . . .

H.-J. POHMANN, Essen

Die Funktionäre und Spieler des Deutschen Tennis-Bundes (DTB) freuten sich mächtig in der Essener Gruga-Halle. In der Nacht zum Dienstag gab es einen deutschen 3:0-Sieg über die Sowjetunion zum Auftakt des Kings-Cups. Ein glänzender Start, zweifellos. Aber hier wird es schwer, die richtige Relation zu finden, es muß einfach Zweifel an der Wertigkeit dieses Erfolges geben. Vor Überschätzung wird gewarnt. Denn noch niemals zuvor schickte der sowjetische Tennis-Verband eine derart schwache Mannschaft zu einem internationalen Wettbewerb. Mit Wehmut durften sich die Zuschauer an die sowjetischen Stars Metreveli, Lichatchev und Korotkov erinnern, sie waren einmal Spitzenklasse.

Als Hans-Dieter Beutel (21), Zehnter der deutschen Rangliste, zum Eröffnungseinzel gegen den 23 Jahre alten Sergej Leoniuk antrat, kam Mitleid auf. Da trat der Mann aus Minsk mit einem Holzschläger an, der hierzulande einen Ehrenplatz in jedem Museum für Sportgeräte gefunden hätte. Der Schläger, „made in UdSSR", wirkte wie eine billige Kopie des legendären „Maxply". Er war so mangelhaft bespannt, daß Leoniuk nach jedem Schlag ängstlich die Saiten begutachtete. Offensichtlich hatte er Angst, daß sie reißen.

Was der sowjetische Hallenmeister spielerisch bot, förderte lediglich die Langeweile. Harmlos wie ein Regionalligaspieler spulte er sein einstudiertes Pensum herunter, von irgendwelchen Schlagvariationen hat er wahrscheinlich noch nie etwas gehört. Beutel tat, kaum gefordert, das Notwendigste und versuchte, wenigstens mit einigen Hechteinlagen am Netz die Zuschauer zu unterhalten. Er gewann 6:2, 6:4.

Sicherlich könnte Beutel einmal ein wertvoller Cup-Spieler für den DTB werden. Er muß aber, so Coach Pilic, „lernen, regelmäßig und härter zu trainieren". Tatsächlich wirkte der Hannoveraner nicht austrainiert. Er schwitzte schon nach dem ersten Spiel so stark, als habe er soeben ein Fünf-Satz-Match bestritten.

Auch Michael Westphal, der erste der deutschen Rangliste, hatte mit Alexander Zverev nicht viel zu besiegen. Gerade deshalb müssen die vielen unnötigen Fehler des 18 Jahre alten Hamburgers erstaunen. Auf dem schnellen Teppichboden verzog er häufig seine Topspin-Bälle, meist flogen sie direkt aus dem Feld. Nur im Tie-Break des ersten Satzes konzentrierte sich Westphal einmal richtig und gewann mit 7:4 recht sicher. Am Ende gab es für ihn einen 7:6, 6:3-Erfolg.

Zugegeben, es ist tatsächlich schwer, sich gegen schwache Gegner zusammenzureißen, um so glatt wie möglich zu gewinnen. Gegen die Schweden ist für die deutschen Spieler am Freitag eine erhebliche Steigerung notwendig. Das gilt auch für die Doppelvorstellung der deutschen Meister Maurer/Popp. Bei ihnen fiel lediglich der übermalte Schläger von Andreas Maurer auf. Da der Neusser verbotenerweise mit einem Produkt (Kneissel) spielt, daß nicht dem DTB-Pool angehört, mußte er zum Farbtopf greifen, um überhaupt starten zu dürfen. Ansonsten gehört die Partie ganz einfach in die Rubrik „Ablage", in so schlechter Verfassung präsentierte sich das Meister-Doppel bei seinem mühevollen 6:4, 3:6, 6:3-Erfolg über Leoniuk/Dzelde.

Für die Organisatoren des Kings-Cups war der Erfolg des DTB-Teams immens wichtig. Denn zum erstenmal in der 48 Jahre alten Geschichte dieses Wettbewerbs wird die Endrunde der ersten Division an einem Ort ausgerichtet, eben in Essen. Die ersten der beiden Gruppen (je drei Teams) spielen am Wochenende um den Sieg.

Gewiß, es ist zu früh, bereits zu Beginn der Woche ein abschließendes Urteil zu fällen. Vielleicht ist die Idee, die Spiele auf eine Woche zu konzentrieren, gar nicht einmal schlecht. Dennoch droht der Kings-Cup an einem Punkt, dem wesentlichsten für Tennis-Profis, auseinanderzubrechen: dem Preisgeld. Nach wie vor gibt es keinen Generalsponsor für den gesamten Wettbewerb. Das führt dazu, daß die teilnehmenden Nationen ihre Spieler selbst bezahlen müssen. Kein Wunder also, daß die besten Nationen – Schweden und die Tschechoslowakei zum Beispiel – nur mit ihrer zweiten Garnitur angereist sind.

SKI ALPIN

Der 76. Sieg für Ingemar Stenmark Beck Neunter

PETER LAND, Parpan

Der Schwede Ingemar Stenmark gewann den in Parpan (Schweiz) ausgetragenen Weltcup-Slalom von Wengen vor dem für Luxemburg startenden Österreicher Marc Girardelli und dem bisher beständigsten Slalomläufer dieses Winters, dem Österreicher Franz Gruber. Bester Deutscher war auf Platz neun Florian Beck aus Gunzensried, der sich damit für die Olympischen Winterspiele in Sarajevo qualifiziert haben dürfte. Den Kombinationssieg aus der am letzten Sonntag in Wengen stattgefundenen Abfahrt und dem Slalom von gestern in Parpan sicherte sich der Liechtensteiner Andreas Wenzel. Er übernahm damit ebenso die Führung im Gesamt-Weltcup der Herren wie seine Schwester Hanni bei den Damen.

Nach dem ersten Durchgang des Wengener Slalomrennens von Parpan sah es nach einer Überraschung aus:

Es führte der Österreicher Robert Zoller, ein Mann aus dem B-Kader, der in der Weltrangliste lediglich auf Rang 72 liegt. Doch Zoller, im Dezember überraschend Zweiter hinter Stenmark in Madonna di Campiglio, hatte im zweiten Durchgang nicht die Nervenkraft – er stürzte schon nach 13 Sekunden.

Im 150. Weltcup-Slalom triumphierte Stenmark durch Laufbestzeit im zweiten Durchgang. Bei seinem 76. Sieg profitierte er dabei von einem Sturz des Amerikaners Steve Mahre, der sich schon auf dem Weg zum Sieg befand, als er auf einer Eisplatte ausrutschte und zu Fall kam.

Übrigens: Beim ersten Slalom von Parpan, am Montag, wurden die Veranstalter von den amerikanischen Zwillingsbrüdern Phil und Steve Mahre genarrt, die ihre Startnummer vertauscht hatten (siehe nebenstehenden Standpunkt). Diesmal gab es einen Eklat um den früheren Schweizer Weltcup-Sieger Peter Lüscher, den ausgerechnet die Schweizer Organisatoren bei der Startnummern-Auslosung vergessen hatten. Nach einem Protest der Schweizer Mannschaft gaben sie Lüscher die hohe Startnummer 90, was nicht regelrecht war. Nach einem erneuten Protest durfte Lüscher dann mit der Startnummer 18 zum Slalom von Parpan starten . . .

SPORTPOLITIK

Jede fünfte Frau ist Mitglied in einem Verein

sid, Frankfurt

Die Vertreter der beiden deutschen Sportorganisationen haben für das Jahr 1984 vorerst 75 Begegnungen von Verbänden, Vereinen und Gemeinschaften des Deutschen Sportbundes der Bundesrepublik (DSB) und des DTSB der „DDR" verabredet. Bis zum 20. Januar soll der Vertrag von den Präsidenten Willi Weyer und Manfred Ewald ratifiziert werden.

Das Schwergewicht der bilateralen Begegnungen liegt wiederum im Fußball (8), Handball (4) und Volleyball (3). Die Turner der „DDR" nehmen zum ersten Male am Internationalen DTB-Pokal vom 7. bis 9. Dezember in Stuttgart mit Männern und Frauen teil. Der Bund Deutscher Radfahrer entsendet eine Mannschaft zur Internationalen Radrundfahrt Berlin-Prag-Warschau vom 8. bis 21. Mai. West-Berlin ist im Fußball mit Hertha Zehlendorf (gegen TSG Bau-Rostock) und im Handball mit den Reinickendorfer Füchsen (bei SC Vorwärts Frankfurt/Oder) an den deutsch-deutschen Begegnungen beteiligt.

*

Fast 6,5 Millionen Mädchen und Frauen gehören nach neusten Statistiken den Vereinen des Deutschen Sportbundes an. Sie stellen damit mehr als ein Drittel aller DSB-Mitglieder. Allein im Jahr 1983 kamen 230 000 hinzu, so daß inzwischen jede fünfte Bürgerin der Bundesrepublik einem Sportverein beigetreten ist. Am sportlichsten sind die 19- bis 21jährigen, von denen fast jede zweite Mitglied eines Vereins ist.

Wie schon in den vergangenen Jahren ist die Aufwärtsentwicklung am stärksten im Deutschen Turner-Bund, dem 2,1 Millionen Mädchen und Frauen – 58 000 mehr als im Vorjahr – angehören, obwohl sich in den Statistiken die Auswirkungen der Aerobic-Welle erst teilweise niedergeschlagen haben. 50 000 neue weibliche Mitglieder gewann der Deutsche Tennis-Bund hinzu. Der Deutsche Fußball-Bund hat erstmals seit einigen Jahren keinen Zuwachs an Frauen und Mädchen erreichen können. Immerhin bleibt Fußball aber mit knapp über 400 000 weiblichen Mitgliedern drittbeliebteste Sportart in der Bundesrepublik – hinter Turnen und Tennis.

STAND ● PUNKT / Verwechslung oder Scherz? – Spiel der Zwillinge

Wer war eigentlich in den letzten drei Jahren Weltcup-Sieger im alpinen Skisport? Wirklich der Amerikaner Phil Mahre? Wer gewann 1982 in Schladming die Weltmeisterschaft im Riesentorlauf? In den Annalen steht, es sei Steve Mahre gewesen, der um einige Minuten ältere der beiden Mahre-Zwillinge. Doch war es tatsächlich Steve, oder war es am Ende Phil, der sich dann als Steve ausgab.

Und wer gewann die Weltpokale? War es Phil, so, wie es in den Büchern steht? Oder Steve? Oder waren es Steve und Phil gemeinsam?

Seit Montag abend scheint jedenfalls alles möglich zu sein. Da vertauschten nämlich beim Weltcup-Slalom in Parpan die beiden Zwillinge die Startnummern. Phil fuhr mit der Nummer drei, die für Steve bestimmt war. Steve wiederum band sich statt dessen die Nummer 13 um. Als über Lautsprecher die Startnummer 13, also gemäß dem Programmheft Phil, zum Sieger des ersten Laufes erklärt wurde, protestierte dieser. Nicht er, sondern Bruder Steve sei der Schnellste gewesen. Sorry, eine Verwechslung.

Die Schweizer Veranstalter waren verwirrt. Wer war Steve, wer war Phil? Der Schweizer Cheftrainer Rolf Hefti: „Kein Mensch kann die beiden auseinanderhalten." Nur zwei meldeten sich, die von sich behaupten, sie könnten die Mahre-Brothers unterscheiden: Der schwedische Rennläufer Stig Strand und dessen italienischer Kollege Paolo de Chiesa. Aber Strands Hilfestellung nutzte nichts. Er könne die beiden zwar identifizieren, aber nur dann, wenn sie im Riesentorlauf starten würden, und obendrein benötige er dafür eine Fernsehaufzeichnung. Der Italiener sagte, „irgendwie kann ich sie unterscheiden, nur nicht jeden Tag." Der Montag war nicht Chiesas Tag.

Also wurden die beiden Amerikaner disqualifiziert, was den Regeln entspricht. Phil und Steve zeterten, ein Versehen sei das alles gewesen, und sie erhielten Schützenhilfe von dem Liechtensteiner Andy Wenzel und dem Luxemburger Marc Girardelli.

Ein Versehen? Phil Mahre ist dreimaliger Weltcup-Sieger, sein Bruder Steve Weltmeister im Riesentorlauf. Seit vielen Jahren fahren sie Rennen. Sie kennen die Starterlisten. Sie wissen, daß bei ihrer Ski-Firma die Ski-Bretter gekennzeichnet sind, damit sie nicht verwechselt werden. Da sollte ausgerechnet diesen erfahrenen Rennläufern ein solcher Lapsus unterlaufen?

Steve behauptet es, Phil auch. Nur, wer ist Steve, wer ist Phil?

KLAUS BLUME

Die Fraktion gibt Wörner Rückendeckung

● Fortsetzung von Seite 1

Die CSU-Landesgruppe, die zunächst eine Bewertung der Affäre erst nach Kenntnis aller Fakten abgeben wollte, ist von der Richtigkeit der Entscheidung Wörners nunmehr überzeugt. Der Vorsitzende der Landesgruppe, Theo Waigel, sagte gestern vor Journalisten in Bonn, das, was Wörner gesagt habe, sei „schlüssig". Der Bericht des Bundesministers „begründet keinen Zweifel für Fehlverhalten". Der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatte auf der Klausurtagung der Landesgruppe in Kreuth gemeint, entweder sei Kießling der größte Schauspieler, den er je im politischen Geschäft erlebt habe, oder aber er sage die Wahrheit, und dann könnte Wörner leider in Schwierigkeiten geraten. Anzeichen *dafür, daß die CSU den Posten des* Verteidigungsministers besetzen will, wenn er überhaupt je zur Disposition stehen sollte, gibt es nicht. Strauß selbst hatte dieses Ministeramt abgelehnt.

Bundesverteidigungsminister Wörner hat vor der Unionsfraktion in Berlin erklärt, für seine Entscheidung seien Sicherheitsgründe maßgebend gewesen. Er habe den Vorwurf, Kießling sei homosexuell, nicht erhoben. Es gebe vier Zeugen, die bestätigten, Kießling sei in Homo-Lokalen gewesen und zwar mehrfach. Darin sei das Sicherheitsrisiko zu sehen. Eine Verwechslung Kießlings mit einem „Doppelgänger" sei ausgeschlossen. Diese Version sei offensichtlich zum Schutz aus der Szene heraus entstanden. Wörner bekräftigte: Er stehe zu seiner Entscheidung. Die Fraktion quittierte diese Erklärung mit demonstrativem Beifall. Fraktionsvorsitzender Alfred Dregger sprach von einer „Rückendeckung" für Wörner. Auch Dregger vertrat die Auffassung, daß die Arbeit des MAD in der Affäre um Kießling Anlaß zu Überprüfungen gebe.

Faire Gegenüberstellung

Der Bundesverteidigungsminister hatte noch gesagt, die für Montag vorgesehene, aber an Vorbehalten Kießlings gescheiterte Gegenüberstellung von Zeugen wäre in „fairer Weise" abgerollt. Der Wehrbeauftragte des Bundestages, Berkhan, hätte sich für die Leitung dieser Gegenüberstellung angeboten. Es sei vorgesehen gewesen, daß die Zeugen dabei auch ihre Personalien bekanntgegeben hätten. Die Gegenüberstellung sollte in München stattfinden. Die Zeugen, einschließlich der Polizeibeamten und des Obersten Hüttelmeier, der im Ministerium für MAD-Angelegenheiten zuständig ist, hatten sich einen Tag zuvor im „Herkammer Bräu" in Dachau einquartiert.

Die Qualität der Zeugen wird ein wichtiges Thema *auf der Sitzung* des Verteidigungsausschusses sein. Außerdem, so sagte der Ausschußvorsitzende Biehle, müsse man darüber sprechen, ob es Hinweise gebe, wonach zum Schutz von Kießling die Spekulationen über einen „Doppelgänger" erfunden worden seien.

Die Kölner Staatsanwaltschaft sieht nach Angaben eines Sprechers gegenüber der WELT „keinen *strafrechtlichen Bezug*" zu Berichten, wonach Zeugen aus der homosexuellen Szene einen angeblichen Doppelgänger entweder zur Entlastung Kießlings oder um Geld von Illustrierten zu kassieren, präsentieren wollten. Recherchen der Kölner Polizei hätten bisher keinen Anlaß zu einem Ermittlungsverfahren gegeben.

Zwei ungeklärte Fragen

p.p. Bonn

Die SPD-Fraktion im Bundestag macht ihr weiteres parlamentarisches Vorgehen im Fall Kießling vom Ergebnis der heutigen Sitzung des Verteidigungs-Ausschusses und der Parlamentarischen Kontroll-Kommission des Bundestages abhängig. Wie Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel gestern erklärte, bleibt so lange auch offen, ob die SPD einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuß oder eine Aktuelle Stunde zu dem Thema beantragen werde. Es gehe jetzt vor allem darum, zwei Fragen zu klären: „Was lag dem Minister vor, was hatte der Mann auf dem Schreibtisch, als er die Entscheidung über die Versetzung des Generals in den Ruhestand fällte", sagte Vogel. Und: „Warum mußte dieser Weg gegangen werden?" trotz der „hohen *politischen Lebensklugheit* des Herrn Wörner".

DW. Bonn/München

Der vorzeitig entlassene General Günter Kießling hat in einer gestern vor einem Münchner Notar abgegebenen eidesstattlichen Erklärung versichert, niemals homosexuelle Beziehungen unterhalten zu haben.

Mehr Kapital floß herein als hinaus

■ Fortsetzung von Seite 1

ren Probleme bereiten. Als eng mit der Weltwirtschaft verbundenes Land mit freiem Kapitalverkehr bleibe die Bundesrepublik jedoch in besonderer Weise von Auslandseinflüssen abhängig. Wenn für die D-Mark negative Umschichtungen in der Währungszusammensetzung internationaler Portfolios vermieden werden sollten, müßten die tatsächlichen oder erwarteten Erträge aus D-Mark-Anlagen hoch genug bleiben.

Die Bundesbank beziffert die von privaten und öffentlichen ausländischen Stellen in der Bundesrepublik gehaltenen D-Mark-Anlagen mit 306 Milliarden Mark, von denen 120 Milliarden auf Guthaben bei inländischen Kreditinstituten und der Bundesbank entfallen, 101 Milliarden auf Anlagen bei Wirtschaftsunternehmen und Privatpersonen einschließlich deutscher Aktien und 82 Milliarden auf Forderungen gegen die öffentliche Hand.

Von Mitte 1979 bis Mitte 1983 haben sich die ausländischen D-Mark-Anlagen in der Bundesrepublik fast verdoppelt. Besonders stürmisch war ihr Wachstum bis Mitte 1981 (um hundert auf 270 Milliarden D-Mark, als umfangreiche Kapitalimporte das Leistungsbilanzdefizit und den Kapitalexport finanzieren mußten.

Ein vollständiges Bild von der internationalen Bedeutung der D-Mark gewinnt man freilich erst, wenn auch die D-Mark-Anlagen an den Euromärkten außerhalb der Bundesrepublik berücksichtigt werden, die ebenfalls den Wechselkurs der Mark beeinflussen können. Statistisch erfaßt waren Mitte letzten Jahres 307 Milliarden D-Mark, ein Betrag, bei dem es sich wegen nicht vollständiger statistischer Erfassung, so die Bundesbank, eher um eine Untergrenze handeln dürfte. Eine einfache Addition der bei Eurobanken und im Inland gehaltenen D-Mark-Anlagen ergäbe allerdings wegen beträchtlicher Doppelzählungen einen zu hohen Betrag. Weitere 62 Milliarden D-Mark hatten Ausländer Mitte 1983 in Auslandsanleihen angelegt, schätzt die Bundesbank. Ausländische Währungsbehörden waren die größten D-MarkHalter. Nach IWF-Angaben hielten sie 72 Milliarden D-Mark, nach Angaben anderer Stellen mindestens 82 Milliarden D-Mark.

Stockholm: Westen tritt einig auf

Dank Reagan kam es wieder zum Schulterschluß zwischen Europäern und Amerikanern

BERNT CONRAD, Stockholm

Die westlichen Teilnehmerstaaten wollen auf der gestern in Stockholm eröffneten Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) geschlossen auftreten und dem Osten – politisch gestärkt durch den Beginn der Nachrüstung – ihren gemeinsamen Willen zu Dialog und Zusammenarbeit vermitteln. Dies ergab ein informelles Treffen der NATO-Außenminister am Vorabend der Konferenz, das nach deutschen Angaben so harmonisch verlief wie kaum eine Begegnung zuvor. „Hier wurde das Selbstbewußtsein einer politisch handlungsfähigen Allianz deutlich", stellte ein Teilnehmer fest.

Wesentlichen Anteil daran hatte die wenige Stunden zuvor dem Fernsehen ausgestrahlte Rede des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Sowohl im NATO-Kreis als auch gestern morgen *bei einer EG-Außenministersitzung* wurde dem Präsidenten dafür starker Beifall gezollt. „Das war fast eine europäische Rede", bemerkte ein EG-Partner lächelnd. Er meinte damit die von Reagan in Konkretisierung des NATO-„Signals von Brüssel" nachdrücklich bekundete Bereitschaft zur Kooperation mit der Sowjetunion. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher urteilte: „Durch Reagans Geste des guten Willens hat sich die Bedeutung der Stockholmer Konferenz und der hier anstehenden bilateralen Gespräche noch erhöht."

Diplomatische Experten wiesen darauf hin, daß in der Ansprache des US-Präsidenten fünfmal das Wort „Zusammenarbeit" vorgekommen sei. Beim Brüsseler NATO-Rat Anfang Dezember hingegen hatten die Europäer mit ihrem amerikanischen Amtskollegen George Shultz noch sehr um die Aufnahme des Begriffs „Zusammenarbeit" in das Kommuniqué ringen müssen. In Stockholm ist es nun – dank Reagan – zum Schulterschluß zwischen Europäern und Amerikanern gekommen. Bonner *Kommentar*: „Der *enge Konsultationsprozeß* hat sich ausgezahlt."

In bilateralen Gesprächen mit den Außenministern von Rumänien, Bulgarien, Jugoslawien, Spanien, Schweden und der Türkei hat Genscher die Hoffnung geäußert, daß Reagans Rede sowie die Ansprachen und Begegnungen in Stockholm als Impuls für einen neuen breiten Dialog zwischen West und Ost wirken würden.

Der französische Außenminister Claude Cheysson, der schon am Montag als erster westlicher Vertreter mit Sowjet-Außenminister Andrej Gromyko zusammengetroffen war, hat offenbar den Eindruck gewonnen, daß Gromyko willens ist, heute ein substantielles Gespräch mit dem amerikanischen Außenminister Shultz zu führen. Allerdings ist man sich auf deutscher Seite – bei allem grundsätzlichen Optimismus – darüber klar, daß vom Treffen Shultz-Gromyko ebenso wie von der ganzen Stockholmer Begegnungswoche keine konkreten Ergebnisse zu erwarten sind. Genscher würde es aber schon als Erfolg betrachten, wenn der „Einstieg" in einen breiteren *Dialog*, vor allem zwischen Washington und Moskau, und damit eine generelle Stabilisierung des West-Ost-Verhältnisses erreicht werden könnte. Dafür sah er gestern, ebenso wie seine EG-Kollegen, gute Voraussetzungen.

„Deutschland muß ein Thema sein"

Mertes: Unmenschlichste Grenze der Welt ist klassischer Fall von Gewaltanwendung

DW. Osnabrück

Die Lage im geteilten Deutschland muß nach Auffassung des Staatsministers im Auswärtigem Amt, Alois Mertes (CDU), zu einem wesentlichen Thema der Konferenz über Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE) werden. In einem Gespräch mit der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte Mertes, die „unmenschlichste Grenze der Welt, die unser Volk wider Vernunft und Menschenrechte" teile, sei der klassische Fall struktureller Gewaltandrohung und Gewaltanwendung und gehöre damit zum Problembereich der Stockholmer Konferenz. Deshalb dürfe dieser spezielle deutsche Aspekt auf keinen Fall ausgeklammert werden.

„Die Bundesregierung würde es sehr begrüßen, wenn die DDR durch konkrete Beiträge in Stockholm ihre Glaubwürdigkeit in Fragen des Gewaltverzichts beweisen und das Mißtrauen im innerdeutschen Verhältnis abbauen würde", erklärte Mertes. Dazu gehörten neben einer Verminderung der Bedrohung an der innerdeutschen Grenze der Verzicht auf das „Feindbild Bundesrepublik" in den Schulen und vor allem in der Nationalen Volksarmee der „DDR".

Der CDU-Politiker fügte hinzu, „es träfe den Kern der Vertrauensbildung, wenn sich beide Staaten in Deutschland auf der Konferenz für eine haßfreie Zone einsetzten". Überhaupt werde es darauf ankommen, die Stockholmer Konferenz nicht zu einem „Festival von Gewaltverzichtstheorien" werden zu lassen, sondern real mehr Sicherheit und Vertrauen zu schaffen. „Wenn es Bonn und Ost-Berlin gelingt, das Verhalten der Teilnehmerstaaten im konventionellen militärischen Bereich durchschaubarer und damit berechenbarer zu machen, würden beide Staaten in einem besonders wichtigen Bereich der Vertrauensbildung ihrer Friedenspflicht gerecht", betonte Mertes.

FD. Berlin

„Mehr Freizügigkeit für Berliner in Berlin und für Deutsche in Deutschland" hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Abschluß einer Tagung in Berlin gefordert. Der Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger erklärte, das geteilte Deutschland sei „eine nationale, europäische und weltpolitische Absurdität". An die SED-Führung in Ost-Berlin gerichtet, formulierte Dregger die Forderung: Wer „wie Honecker im Namen des deutschen Volkes" spreche und „die ganze deutsche Geschichte in Anspruch" nehme, der müsse „für das ganze Deutschland eintreten".

Die CDU/CSU-Fraktion bezeichnete in diesem Zusammenhang weitere „konkrete Vereinbarungen" in der *Deutschlandpolitik als unumgänglich*. Der Milliardenkredit an die „DDR", so Dregger, habe seinen „Sinn und Zweck voll erfüllt.". Es gebe jedoch in der Fraktion weitere begründete Erwartungen wie die nach Wegfall des Zwangsumtausches oder Verbesserung der Familienzusammenführung.

Sowjet-Presse: Kein Wort aus Reagans Rede

fhn./dpa, Moskau

Die sowjetische Presse hat gestern von der Fernsehrede Präsident Reagans über die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen kein Wort veröffentlicht. Die Zeitungen druckten lediglich eine Meldung der amtlichen Nachrichtenagentur Tass ab, in der die Äußerungen Reagans als „Propaganda" zurückgewiesen wurden. Der amerikanische Präsident hatte dem Kreml in seiner Ansprache, die auch an das sowjetische Publikum gerichtet war, Bereiche einer möglichn Zusammenarbeit genannt.

Tass erklärte, der Präsident habe zwar viele Worte über die Notwendigkeit eines sowjetisch-amerikanischen Dialogs gemacht, doch wolle er diesen Dialog aus einer Position der Stärke heraus führen. Seine Rede enthalte keine Anzeichen für eine Veränderung seiner Position in der Frage der Begrenzung und Reduzierung der atomaren Rüstung.

In der sowjetischen Parteizeitung „Prawda" hieß es gestern, das Streben Washingtons nach produktiven und sachlichen Beziehungen zur Sowjetunion sei nur ein propagandistisches Unterfangen, um die Öffentlichkeit zu belügen. Zusammen mit den Versuchen, andere unter Druck zu setzen, entstellten die USA auch weiterhin die Politik der Sowjetunion.

Gleichzeitig deutet die „Prawda" auch an, wie sich der Kreml einen Ausweg aus der „schwierigen Lage", in die Europa geraten sei, vorstellt: Weil die „Antikriegsstimmung der Völker noch nie in der Geschichte einen so kraftvollen Einfluß" erreicht habe, werden sich Moskau und der Ostblock bemühen, auch von Stockholm aus, wo gestern die KVAE begonnen hatte, die „Friedensbewegung" des Westens möglichst wirksam anzusprechen.

Der frühere sowjetische Botschafter in Bonn, Valentin Falin, hat als Kommentator der Regierungszeitung „Iswestija" versucht, den Nachweis *zu erbringen, daß die Westeuropäer* den „aggressiven Bestrebungen Washingtons" unterworfen sein werden, wenn sie sich nicht auf ihre „eigenen Interessen" besännen. Moskau will die europäischen Verbündeten der USA deshalb vor die Wahl stellen: entweder NATO-Bündnis oder „Friedenspolitik".

Experiment in Steyr

W. F. (Wien) – Der österreichische Sozialminister Alfred Dallinger will es jetzt offenbar genau wissen. Er selber war ja schon immer davon überzeugt, daß mit einer Verkürzung der Arbeitszeit Arbeitsplätze geschaffen werden. In der kleinen Kreisstadt Steyr, wo die gesamte Bundesregierung aus Wien vorige Woche ihre Arbeitstagung abgehalten hatte, bot sich ihm eine ideale Gelegenheit für das große Arbeitszeitverkürzungs-Experiment.

Die Unternehmensführung der Steyr-Daimler-Puch-Werke hatte just wenige Tage vor der Klausur die Kündigung von fast 900 Mitarbeitern avisiert, und zwar ausgerechnet unter anderem auch in den Werken in Steyr. Das war Provokation genug. Hannes Androsch – ehemals Finanzminister und nun als Creditanstalt-Generaldirektor Eigentümervertreter bei den Steyr-Werken, mußte auf Drängen des Sozialministers nach stundenlangen Telefonaten von seinem Urlaubsort Lech am Arlberg aus eine Aufhebung der Kündigungen anordnen. Statt betriebswirtschaftlich notwendiger Maßnahmen wird jetzt Arbeitszeitverkürzung als Wettbewerbsrezept verschrieben.

Das ist Industriepolitik auf österreichisch. Und Steyr wird kaum der einzige Fall bleiben. Denn schon steht auch für die angeschlagenen Betriebe der Staatsindustrie die 35-Stunden-Woche zur Diskussion. Auch dort werden die Mitarbeiter wohl zu Testpersonen: Ob das Arbeitszeitverkürzungs-Experiment gelingt oder nicht – die Welt hat dann jedenfalls ein Lehrbeispiel.

Langer Atem notwendig

Von DOMINIK SCHMIDT

Solidaritätsadressen, die während der Betriebsversammlung der vor dem Konkurs stehenden hannoverschen Hanomag GmbH eintrafen, spiegelten eindrucksvoll das Dilemma wider, das die niedersächsische Industrielandschaft kennzeichnet. Fast ausnahmslos kamen sie von Unternehmen, die ähnlich leidvolle Erfahrungen gemacht hatten wie jetzt die Belegschaft des traditionsreichen Baumaschinen-Herstellers. Prominente Firmennamen finden sich darunter: Telefunken, Wabco, Westinghouse, Gildemeister, VAW. Die Liste ließe sich beliebig erweitern.

Vom Abbau der Arbeitsplätze sind mehr oder weniger drastisch auch die Beschäftigten bei VW, beim bundeseigenen Salzgitter-Konzern oder bei Kabelmetal betroffen. Im Braunschweiger Raum zählen MAN, Bühler-Miag und die BMA zu den Sorgenkindern. Die Olympia-Werke in Wilhelmshaven, Karmann in Osnabrück, Stiebel-Eltron in Holzminden und Phywe in Göttingen sind Beispiele dafür, daß auch in anderen Landstrichen Niedersachsens Entlassungen und Kurzarbeit an der Tagesordnung sind.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung, die sich alle Monate wieder in den Statistiken des Landesarbeitsamtes niederschlägt, bleibt wenig Raum für Optimismus. Selbst die Politiker, die sich jeweils zum Jahreswechsel zu Worte melden, übten ungewohnte Zurückhaltung. Niedersachsens Regierungschef Ernst Albrecht etwa mahnt zu großen Anstrengungen, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die derzeitigen Probleme seien nicht nur kurzfristiger Art. Und sein Stellvertreter, der CDU-Landesvorsitzende Wilfried Hasselmann, weist darauf hin, daß auf wirtschaftlichem Gebiet noch „unendlich viel zu tun" sei.

Für Niedersachsen trifft diese Aussage in besonderem Maße zu. Erste Stellungnahmen der Wirtschaft lesen sich ausgesprochen pessimistisch. So heißt es im Jahresbericht der Industrie- und Handelskammer Hannover, die Unternehmerschaft blicke „ernüchtert und sorgenvoll der weiteren Entwicklung entgegen". Niemand wisse, wie es wirtschaftspolitisch weitergehen wird: „Das zögerliche Verhalten der Bundesregierung, aber auch eine gewisse Hoffnungslosigkeit – lähmen unternehmerische Investitionskräfte." All das macht es der Opposition im niedersächsischen Landtag leicht, Ansatzpunkte für Kritik an der Arbeit der Regierung zu finden.

Johann Bruns, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, verweist auf die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit. Sie lag in Niedersachsen Ende Dezember bei zwölf Prozent gegenüber 9,5 Prozent im Bundesdurchschnitt. Einzelne Bezirke befinden sich in einer geradezu trostlosen Situation, etwa Leer in Ostfriesland mit einer Quote von 24,3 Prozent, Emden (19,4 Prozent) oder Vechta (19,2 Prozent).

Die Gefahr, daß Niedersachsen im Vergleich zum gesamten Bundesgebiet weiter an Boden verliert, ist nicht von der Hand zu weisen. Gerade in den technologieintensiven Industriezweigen, so weist Bruns nach, verläuft die Beschäftigungsentwicklung negativ: „Die technologischen Defizite nehmen zu, die Innovationsfähigkeit nimmt relativ ab." Namens seiner Fraktion fordert Bruns unter anderem eine Umorientierung beim Einsatz des „noch immer wichtigsten Instruments der Wirtschaftspolitik", nämlich der Gemeinschaftsaufgabe zur Förderung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Sie sei nach wie vor im wesentlichen investitionsorientiert.

Die Landesregierung räumt ein, daß in Niedersachsen „die Bremsspuren des Abschwungs auf dem Arbeitsmarkt stärker als in anderen Ländern" sind. Fast ebenso beunruhigend sei die Tatsache, daß der Anteil Niedersachsens am Export der Bundesrepublik gesunken ist. Dies lasse den Schluß zu, daß die „Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen in der Vergangenheit gelitten hat", erklärte Wirtschaftsministerin Birgit Breuel. Dies soll sich bald schon ändern. Künftige Strukturpolitik soll vor allem innovatorischen Charakter haben. Stichworte der neuen Strukturpolitik sind: Technologieparks für Jungunternehmer, Bereitstellung von venture-capital, Mobilisierung privaten Kapitals für bislang öffentliche Aufgaben und die engere Verzahnung von Wissenschaft und Wirtschaft. Sicher ist aber, daß dieser Weg einen langen Atem benötigt.

FINANZPOLITIK / Stoltenberg: Neuverschuldung fast ein Viertel unter Soll

Der Abschluß des Haushalts 1983 übertrifft die positiven Erwartungen

HEINZ HECK, Bonn

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) rechnet für 1984 mit einer Nettokreditaufnahme von unter 30 Milliarden Mark gegenüber einem Haushaltssoll von 33,6 Milliarden. Grund für diese Zuversicht ist das unerwartet günstige Ergebnis im Haushaltsvollzug 1983, den Stoltenberg gestern in Bonn erläuterte: Mit 31,5 Milliarden blieb die Nettokreditaufnahme 1983 um 9,4 hinter der Kreditermächtigung von 10,9 Milliarden zurück.

Zugleich trat der Mintister allen Spekulationen über die Ausgestaltung der Steuertarifreform entgegen. „Eine spürbare und echte Entlastung bei der Lohn- und Einkommensteuer verlangt eine finanzpolitische Schwerpunktbildung", betonte er. In seinem Ministerium werde derzeit eine Reihe von Alternativen untersucht, doch gebe es „noch keine abgeschlossene Meinungsbildung".

Der Abschluß des Bundeshaushalts 1983 übertreffe die „bisher schon positiven Erwartungen". Die um fast ein Viertel (gemessen am Soll) niedrigere Nettokreditaufnahme ist darauf zurückzuführen, daß die Ist-Ausgaben mit 246,7 Milliarden um 2,6 Prozent oder 6,5 Milliarden unter dem Soll lagen, die Einnahmen dagegen mit 2,9 Milliarden (davon 2,3 Milliarden Mark Steuern) die Ansätze überstiegen.

Damit seien zugleich aller Erwartungen der SPD-Opposition über Deckungslücken im Haushalt widerlegt. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte sei „nicht nur und nicht einmal in erster Linie fiskalpolitisch begründet". Sie gehöre vielmehr „zu den zentralen Voraussetzungen" dafür, daß sich der Privatwirtschaft neue Spielräume eröffneten, neues Vertrauen geschaffen und so die Wirtschaftsentwicklung angeregt werde.

Eine ähnliche Entwicklung beobachtet Stoltenberg bei Ländern und Gemeinden. Die Ausgaben der Länder insgesamt hätten um etwa 1,5 (statt des Solls von 2,6 Prozent) zugenommen. Ihre Nettokreditaufnahme liege mit gut 20 um drei bis vier Milliarden unter 1982. Für die Gemeinden erwartet er eine Neuverschuldung von etwa zwei Milliarden (der Deutsche Städtetag hatte tags zuvor von einer Milliarde gesprochen). Nach dem starken Rückgang der Gemeindeinvestitionen 1982 und 1983 sei jetzt wieder mit Wachstum zu rechnen.

Damit sieht Stoltenberg auch die Anschuldigungen von Städtetags-Präsident Samtlebe (gestrige Ausgabe) als „eindeutig widerlegt" an. Stoltenberg räumte ein, daß sich einzelne Großstädte in strukturschwachen Gebieten in finanziellen Schwierigkeiten befänden. Für den öffentlichen Gesamthaushalt von Bund, Ländern und Gemeinden veranschlagt er das Finanzierungsdefizit für 1983 knapp unter 55 gegenüber 70 Milliarden 1982. „Wichtigste Ursache für das insgesamt positive Haushaltsergebnis 1983 ist eine gesamtwirtschaftliche Entwicklung, die weit besser war, als es alle Prognosen für 1983 erwarten ließen", betonte Stoltenberg. Bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfs 1983 habe man Stagnation (null Prozent) unterstellt. Tatsächlich habe das Wirtschaftswachstum 1,2 Prozent betragen. Die Inflationsrate nähere sich wieder den Stabilitätsverhältnissen der fünfziger und sechziger Jahre.

Dennoch sieht Stoltenberg „beträchtliche Haushaltsrisiken", etwa bei der Lösung der EG-Finanzprobleme sowie den Folgeproblemen der internationalen Verschuldung. Die weitere Rückführung der öffentlichen Defizite gehöre zu den Voraussetzungen, daß die Zinsen wieder sinken könnten. Die Zinsbelastung (1983: 26,3 Milliarden) werde in den nächsten Jahren weiter steigen.

AUF EIN WORT



„So lange Handelsbilanz- und Finanzierungsprobleme in den Ländern der Dritten Welt existieren und die Weltkonjunktur nicht anzieht, werden die Produkte aus jungen Stahlländern auf den internationalen Stahlmarkt drängen und das Preisbild maßgeblich bestimmen."

Wilhelm Haverkamp, Vorstandsmitglied der Ferrostaal AG, Essen
FOTO: DIE WELT

BAU '84

Schneider: Auf dem richtigen Weg

hg, München

„Die bauwirtschaftliche Entwicklung ist auf dem richtigen Weg." Bundesbauminister Oscar Schneider erwartet in diesem Jahr einen realen Anstieg der Bauinvestitionen um fünf Prozent „und mehr"; dabei werde der Wohnungsbau erneut Schrittmacher der Baukonjunktur sein, sagte Schneider gestern zur Eröffnung der Bau '84 in München. Die Bundesregierung werde überdies alles daran setzen, damit die von der Branche geforderte Ausweitung der öffentlichen Investitionen „auch machbar wird".

Schneider gab den Kritikern, die über die flaue Entwicklung der öffentlichen Aufträge klagen, jedoch zu bedenken, daß einer Ausweitung der öffentlichen Investitionen Grenzen gesetzt seien: „Unser finanzwirtschaftlicher Handlungsspielraum ist enger, als wir es uns wünschen." Er ermahnte die Unternehmen der Bauwirtschaft und der Baustoffindustrie, „das Ausmaß der Baunachfrage durch Qualität und günstige Preise mit zu beeinflussen".

Die Bemühungen seines Ministeriums zur Entwirrung der Baurechte seien mittlerweile weit fortgeschritten, berichtete Schneider. Dies gelte vor allem für das Städtebaurecht, „das in einem einheitlichen, übersichtlichen und für den Bürger verständlichen Gesetzeswerk zusammengefaßt werden soll". Auch in den Bereichen des Bauordnungsrechts und sonstiger Vorschriften seien die Vereinfachungs-Arbeiten bereits eingeleitet; allerdings habe der Bund hier nicht die alleinige Zuständigkeit. Zwar sei auf Bauvorschriften nicht grundsätzlich zu verzichten, „aber hier haben wir oft des Guten zuviel getan".

ISRAEL

Devisentransfer eingeschränkt

rtr, Jerusalem

Die israelische Zentralbank hat in der Nacht zum Dienstag strengere Devisenbestimmungen verfügt und den Israelis den Gold- und Goldterminhandel untersagt. Nach den Worten von Finanzminister Yigal Cohen-Orgad verspricht sich die Regierung von diesen Maßnahmen eine Senkung des Zahlungsbilanzdefizits um rund eine Milliarde Dollar von zur Zeit 5,3 Milliarden Dollar.

Unterdessen gehen die Auseinandersetzungen zwischen den öffentlich Bediensteten und der Regierung über einen Inflationsausgleich weiter. Rund 60 000 Staatsbedienstete legten am Dienstag wieder die Arbeit nieder, um der Forderung nach einem Inflationsausgleich mehr Nachdruck zu verleihen. Am Sonntag hatte das Statistische Amt für 1983 eine jährliche Teuerungsrate von 190,7 Prozent gegenüber 131,5 Prozent im Vorjahr gemeldet.

Nach den neuen Devisenbestimmungen ist es den Israelis mit sofortiger Wirkung untersagt, mehr als 2000 (bisher 3000) US-Dollar jährlich ins Ausland mitzunehmen. Außerdem wird ihnen jede Investition im Ausland untersagt. Auslandskonten müssen bis April 1985 aufgelöst werden. Zudem dürfen israelische Staatsbürger nicht mehr als 2000 Dollar besitzen. Ins Ausland verschickte Geschenke dürfen jährlich den Wert von 2000 (vorher 3000) Dollar nicht überschreiten. Den neuen Bestimmungen zufolge müssen Israelis, die Geld in ausländischen Aktien angelegt haben, diese Papiere innerhalb eines Jahres liquidieren und das Kapital – nach Schätzungen der Zentralbank rund 700 Millionen Dollar – nach Israel zurückführen.

BUNDESBANK

Im internationalen Vergleich sparen die Deutschen viel

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die Bundesbürger haben in den ersten drei Quartalen des letzten Jahres (saisonbereinigt) mit rund 105 Milliarden Mark gut neun Milliarden weniger auf die hohe Kante gelegt als in der gleichen Vorjahreszeit, so daß die Sparquote weiter auf 13 Prozent gesunken ist, zwei Prozentpunkte niedriger als zwei Jahre zuvor. Dennoch, so urteilt die Bundesbank in einem Vergleich der internationalen privaten Sparquoten, haben die deutschen Privathaushalte relativ viel gespart.

Die bundesdeutsche Sparquote lag in den Jahren 1980/82 nach Berechnungen der Bundesbank ungefähr auf dem gleichen Niveau wie in anderen Industrieländern: Frankreich 15 Prozent, Kanada 14 Prozent und Großbritannien 13 Prozent. „Weltmeister" im Sparen waren die Japaner mit einer Sparquote von 20 Prozent, nicht nur, weil sie traditionell sparsam leben, sondern auch, weil sie wegen des nicht sehr weit ausgebauten staatlichen sozialen Sicherungssystems selbst mehr für die Altersvorsorge tun müssen. Für die USA kommt die Bundesbank bei gleicher Berechnungsmethode wie für die Bundesrepublik auf eine Sparquote von elf Prozent; diese allerdings noch mit beachtlichen Unsicherheiten behaftete Zahl liegt deutlich über der offiziellen US-Sparquote von 6½ Prozent.

Noch besser schneidet die Bundesrepublik im internationalen Vergleich ab, wenn man berücksichtigt, daß die in Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit erzielten Unternehmereinkommen im Ausland anders als in der Bundesrepublik in die private Ersparnis eingehen.

In ihrer Untersuchung kommt die Bundesbank zu dem Schluß, daß die Stärke der privaten Ersparnisbildung maßgeblich auch die gesamtwirtschaftliche Ersparnis mitbestimmt, die ungefähre Anhaltspunkte für die Erweiterung der Realkapitalbasis in der gesamten Volkswirtschaft vermittelt. Auch hier war Japan an der Spitze, und die USA bildeten das Schlußlicht.

Den Rückgang der privaten Ersparnis in der Bundesrepublik im vorigen Jahr erklärt die Bundesbank mit der verzögerten Anpassung der Verbrauchsgewohnheiten an die spürbare Abschwächung des Einkommenswachstums und mit der Verwendung besonders hoher Beträge, die aus abgelaufenen Prämiensparverträgen und vermögenswirksamen Anlagen (22,5 Milliarden Mark) freigeworden sind, für den privaten Verbrauch. Auch meint die Bundesbank, die privaten Haushalte hielten eine hohe Risikovorsorge durch Ersparnisbildung nicht mehr für so notwendig wie in den Vorjahren, weil sie die wirtschaftlichen Perspektiven seit einiger Zeit wieder günstiger einschätzten als zuvor. Nicht sicher ist sich die Bundesbank, ob die Einschränkung der Sparförderung langfristig auf die Sparquote drückt. Nach früheren Schätzungen sei nur in dem Maße weniger gespart worden, in dem die Sparförderungsbeträge eingeschränkt wurden, während die Ersparnis aus Einkommen möglicherweise nur sehr wenig tangiert werde.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Marktwirtschaftlicher Umweltschutz gefordert

Bonn (DW.) – Die Ziele des Umweltschutzes sind mit marktwirtschaftlichen Mitteln schneller, kostengünstiger und ökologisch wirksamer zu erreichen als durch Auflagen und Abgaben. Vor allem sogenannte Kompensationslösungen und handelbare Emissionsgenehmigungen vergrößerten den Handlungsspielraum der Betriebe, entlasteten den Verwaltungsapparat, stimulierten den Einsatz neuer Techniken im Umweltschutz und regten so dazu an, die staatlich vorgeschriebenen Grenzen mit geringerem Aufwand tatsächlich einzuhalten. Zu diesem Schluß kommt das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW). Die Auflagen der technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft (TA-Luft) hätten zwar zu Erfolgen geführt, aber noch keine ökologisch voll befriedigenden Ergebnisse gebracht.

Gewinn unterschätzt

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Jahresüberschuß der Deutschen Bundesbank wird nach Schätzungen von Frankfurter Bankenkreisen mit 11,4 Milliarden Mark ähnlich hoch ausfallen wie im Vorjahr. Im Wochenausweis der Bundesbank zum 31. Dezember 1983 ist lediglich vermerkt, daß der Jahresüberschuß in der Position „Sonstige Passiva" enthalten sei, die mit 14,2 Milliarden Mark ausgewiesen wird. Das Bundesfinanzministerium hat in den Haushalt 1984 eine Gewinnabführung der Bundesbank von neun Milliarden Mark eingestellt. Im Vorjahr hatte die Gewinnabführung den Rekordbetrag von 11,1 Milliarden erreicht.

Ungarn-Kredit

Bonn (DW.) – In der Glosse „Warnung" auf Seite 9 der gestrigen Ausgabe ist aufgrund eines technischen Versehens aus dem 438-Millionen-Dollarkredit für Ungarn ein Milliarden-Kredit geworden.

Aktien ausverkauft

Düsseldorf (J. G.) – Glanzvoll hat die Zanders Feinpapiere AG, Bergisch Gladbach, den Schritt zur Aktienemission ins Publikum hinter sich gebracht. Bereits am ersten der fünf Angebotstage (16.–20. Januar) haben die Deutsche Bank und das Bankhaus Sal. Oppenheim die 20 Millionen Mark jungen Aktien zum Stückpreis von 125 Mark voll im Publikum plaziert und deshalb die Verkaufsaktion eingestellt. Wie stark der Emissionsbetrag von 50 Millionen Mark überzeichnet wurde und Repartierungen erforderlich sind, ist noch nicht bekannt.

Gerüchte dementiert

Stuttgart (nl) – Zu den in den vergangenen Wochen umgegangenen Gerüchten, ein Teil der Porsche-Aktien stehe für arabische Interessenten zum Verkauf, hat das Zuffenhausener Unternehmen eindeutig Stellung bezogen: Durch inzwischen erfolgte Wahrnehmung des bestehenden Vorkaufsrechts blieben alle Aktien (50 Millionen Mark) in Familienbesitz (Familien Porsche und Piech).

Defizit halbiert

Paris (dpa/VWD) – Frankreich hat 1983 die enormen Vorjahres-Defizite seiner Handels- und Zahlungsbilanz halbieren können. Wie das Außenhandelsministerium gestern in Paris mitteilte, verringerte sich der Fehlbetrag in der Handelsbilanz auf 42,25 Milliarden Franc (14,8 Milliarden Mark) nach dem Rekord-Minus von über 93 Milliarden Franc 1982. Außenhandelsministerin Edith Cresson erklärte, das Ergebnis sei vor allem auf eine spürbare Erhöhung der Exporte in die westlichen Industrieländer bei gleichzeitig geringer gestiegenen Importen zurückzuführen.

Preise gesunken

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik sind im vergangenen Jahr leicht gesunken. Wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gestern mitteilte, habe der Index der Großhandelsverkaufspreise im Durchschnitt des Jahres 1983 mit einem Stand von 133,0 (1976 = 100) um 0,3 Prozent unter dem des Jahres 1982 gelegen. Im Vorjahr habe die Veränderungsrate gegenüber 1981 noch plus 5,8 Prozent betragen.

Veba-Aktien kaum gefragt

Frankfurt (rtr) – Das Interesse der deutschen Arbeitnehmer an Veba-Aktien war am ersten Tag der Zeichnungsfrist für Anteile des umsatzstärksten deutschen Unternehmens nach dem neuen Vermögensbildungsgesetz gering. Wie aus Bankenkreisen verlautete, war die Nachfrage nach Veba-Aktien im Rahmen der laufenden Teilprivatisierung, durch die der Bund seinen Anteil von 43,75 Prozent zunächst auf 30 Prozent verringern will, nur mäßig. Das Finanzministerium hatte letzte Woche mitgeteilt, für Anlagen nach dem 936-Mark-Gesetz sei ein „ausreichender Betrag" der insgesamt 4,64 Millionen Veba-Aktien im Nennwert von 232 Millionen Mark bereitgestellt worden.

Kassenobligationen geplant

Frankfurt (VWD) – Die Deutsche Bundesbahn wird im Januar anstatt einer Anleihe Kassenobligationen emittieren. Das bestätigte ein Sprecher der Bundesbahn auf Anfrage. Das Volumen werde geringer sein als die letzte Anleihe über 800 Millionen Mark, die im Oktober 1983 aufgelegt worden war.

US-INDUSTRIE

Von Kapazitäts-Engpässen noch ziemlich weit entfernt

H.-A. SIEBERT, Washington

Die Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstempos in den USA schlägt sich jetzt auch in einen gebremsten Anstieg der Kapazitätsauslastung nieder. Wie das Federal Reserve Board in Washington mitteilte, erhöhte sich der Index im Dezember nur noch um 0,3 auf 79,4 Prozent. Am stärksten war die Zunahme im vergangenen Frühjahr und Sommer. Zum Vergleich: In den Boomperioden 1973 und 1978/80 erreichte die durchschnittliche Auslastung, die den Inflationstrend entscheidend beeinflußt, 88,4 und 87,3 Prozent.

Mit 0,1 Prozent fiel die Zunahme in der Weiterverarbeitung überraschend schwach aus. Seit Dezember 1983, als der Konjunkturaufschwung begann, kletterte dieser Index von 68,9 auf ebenfalls 79,4 Prozent. Die einzelnen Branchen registrierten dieses Plus im Zwölf-Monats-Vergleich: Elektrogeräte von 74,7 auf 89,4, Kraftfahrzeuge und Teile von 56,0 auf 82,5, Pkw von 52,3 auf 81,9, Instrumente von 73,1 auf 77,2, NE-Metalle von 63,0 auf 75,5.

Im Dezember verbesserte sich dagegen die Auslastung im Bergbau um 1,5 auf 74,5 (Vorjahrsmonat: 71,7) und bei den Versorgungsgesellschaften sogar um zwei auf 86,2 (79,0) Prozent. Zurückgegangen ist die Auslastung in den Bereichen Chemie, Mineralöle und Erzförderung. Bei industriellen Vorprodukten erreichte der Auslastungsgrad 80,1 Prozent, während er in der Luftfahrtindustrie bei 68,9 Prozent stagniert. Nach einer Prognose des American Enterprise Institute steigt die Durchschnittsauslastung bis Ende 1984 auf 85 Prozent.

EG / Verwertungsgesellschaften ändern Vereinbarungen mit der Schallplattenindustrie

Ausfuhr wird nicht mehr beschränkt

WILHELM HADLER, Brüssel

Die europäischen Urheberrechts-Verwertungsgesellschaften haben nach Einschreiten der EG-Kommission ihre Vereinbarungen mit der Schallplattenindustrie geändert und damit die Wettbewerbsbeschränkungen beseitigt, die bislang den Handel mit Tonträgern behinderten. Dies geht aus einer Mitteilung der Brüsseler Behörde hervor.

Nach der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes darf die Einfuhr von Tonträgern, die in einem anderen EG-Staat nach Zahlung der Urheberrechtsgebühren rechtmäßig in Verkehr gebracht worden sind, grundsätzlich nicht behindert werden. Trotzdem hatte sich die deutsche Gesellschaft Gema bisher grenzüberschreitenden Schallplattenlieferungen widersetzt, soweit sie zwischen Firmen derselben Unternehmensgruppe erfolgten, weil sich nach ihrer Rechtsauffassung diese Platten nicht im freien Warenverkehr befanden. In bestimmten Fällen wurde den Herstellern auch die Genehmigung zur Verbreitung von Tonträgern nur für einen einzelnen Mitgliedstaat erteilt.

Darüber hinaus hatten die Verwertungsgesellschaften untereinander vereinbart, den Herstellern die Urhebergebühren nach den durchschnittlichen Einzelhandelspreisen für Schallplatten im Verkaufsland zu berechnen, wobei gegebenenfalls auch die Preise konkurrierender Hersteller berücksichtigt werden sollten. Dieses Berechnungssystem führte nach Angaben der Kommission dazu, daß die Produzenten je nach dem Verkaufsland völlig unterschiedliche Gebühren zu leisten hatten.

Das System behinderte außerdem die Weitergabe von Kosten- und Preisvorteilen, die im Herstellungsland erzielt wurden, an die Verbraucher im Verkaufsland. Da die Gebühren nicht auf der Grundlage der Einnahmen des Herstellers, sondern nach den Einzelhandelspreisen erhoben wurden, fehlte es ferner an einer objektiven Bemessungsgrundlage.

Künftig wollen die Gesellschaften keine räumlichen Beschränkungen mehr für die Ausfuhr von Tonträgern anwenden. Die Gema hat dies bereits mit der Industrie vertraglich vereinbart. Andere Gesellschaften stehen nach Mitteilung der Kommission noch in Verhandlungen. Lediglich dort, wo die Gebührenberechnung gesetzlich geregelt ist (Großbritannien und Irland), oder wo die Hersteller unmittelbar an die Verbraucher verkaufen, wird es bei der Bezugnahme auf den Einzelhandelsverkaufspreis bleiben. Auch hier soll es jedoch keine Unterscheidung mehr zwischen Verkäufen im Inland und Ausfuhrgeschäften geben. Die Kommission hat deshalb ihr Verfahren eingestellt.

LUFTHANSA / Starker Dollar fördert Tourismus

Erst 1986 nach Washington

H.-A. SIEBERT, Washington

„Das US-Geschäft läuft gut, im vergangenen Jahr haben wir wieder Geld verdient", erklärte der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa AG, Heinz Ruhnau, in Washington in einem Gespräch mit deutschen Journalisten. Ostwärts, also in Richtung Europa, förderte der starke Dollar den Tourismus, weil viele Amerikaner den günstigen Wechselkurs ausnutzten. In umgekehrter Richtung profitiere der Frachtverkehr vom „Greenback", der einen Importsog durch die Verbilligung ausländischer Waren ausgelöst habe.

Laut Ruhnau muß die große deutsche Kolonie im Raum Washington mindestens bis 1986 warten, ehe die Lufthansa die US-Hauptstadt bedienen kann. Offensichtlich hat die amerikanische Regierung klar zu erkennen gegeben, daß sie vorher keine Verkehrsrechte erteilen wird. Geschützt werden soll, wie es aus anderer Quelle heißt, die World Airways, die von Baltimore/Washington nach Frankfurt fliegt. Die US-Gesellschaft befürchtet Verluste, wenn die Lufthansa ihr auf derselben Route Konkurrenz macht.

Nach dem Luftfahrtprotokoll, das die Bundesrepublik und die USA 1978 unterzeichnet haben, darf die Lufthansa in den Vereinigten Staaten zwölf Punkte anfliegen. Besetzt hat sie jedoch nur elf: New York, Boston, Philadelphia, Atlanta, San Juan, Miami, Dallas, Chicago, Los Angeles, San Francisco und Anchorage. Ein Austausch ist nicht erlaubt; nach Ruhnau will die Lufthansa nun den zwölften Punkt anfliegen, wobei Houston, Texas, als vielversprechend gilt.

Die amerikanischen Fluggesellschaften dürfen in der Bundesrepublik alle Orte bedienen, wenn sie es wünschen. Erlaubt ist ihnen auch die Aufnahme von Passagieren im Europaverkehr. Optimistisch äußerte sich Ruhnau über den Ausgang des Laker-Prozesses. Er beklagte jedoch die einzelrichterliche Entscheidungsbefugnis im US-Antitrustrecht, was „eine schlechte Vertragsbasis schafft".

WERBEFERNSEHEN / Verbraucherverbände fordern EG-weite Regelungen

Freiwillige Absprachen reichen nicht

WILHELM HADLER, Brüssel

EG-weite Regeln für das Werbefernsehen haben die Verbraucherverbände der Europäischen Gemeinschaft gefordert. Ohne eine derartige Harmonisierung – so heißt es in einer Studie des Brüsseler Verbraucherbüros BEUC – drohe im Zusammenhang mit den neuen Übertragungsmöglichkeiten durch Satelliten und Kabel entweder eine Aufweichung der bestehenden nationalen Kontrollmechanismen oder eine „protektionistische Auflehnung" der Mitgliedstaaten gegen die Idee eines gemeinsamen europäischen Fernsehmarktes.

In der Untersuchung wird der Anzeigenwirtschaft widersprochen, daß freiwillige Absprachen ausreichten, um das Problem der transnationalen Werbung in Griff zu bekommen. Diese Vereinbarungen hätten zwar in der Regel national zufriedenstellend funktioniert, jedoch in der EG von Land zu Land recht unterschiedliche Bedingungen geschaffen.

Es bestehe die Gefahr, daß rein kommerzielle ausländische Programme die nationalen Kontrollen unterminierten, meint der Verband. Andererseits könne die schrittweise Öffnung des Fernsehens für lokale, nationale und internationale Privatinitiativen nur mit zusätzlichen Werbeeinnahmen finanziert werden. Weniger strikte Regeln für das Kabelfernsehen auf nationaler Ebene seien eine ebenso große Gefahr für die traditionellen Kontrollmechanismen wie ausländische Sendungen, die die Regeln des Empfängerlandes nicht respektierten.

Gegenwärtig läßt sich die Lage in der EG nach dem Bericht durch folgende Stichworte kennzeichnen: – Verbot von Fernsehwerbung in Dänemark – eine langsame Öffnung des belgischen Fernsehens für Werbung – strenge zeitliche Begrenzungen für Werbung in den Niederlanden und in der Bundesrepublik – strikte Bestimmungen in Frankreich – relativ freizügige Regelungen in Luxemburg (RTL) und für für den britischen Privatsender ITV – teilweise ungeregelte Verhältnisse in Italien. In den Benelux-Ländern können gegenwärtig bereits mehr als ein Dutzend dieser Programme über Kabelfernsehen empfangen werden.

Eine EG-weite Absprache muß nach Meinung der Verbraucherorganisationen vor allem einen Konsens über den Umfang der Werbung sowie über Programmunterbrechungen suchen und im Hinblick auf die Zukunft den Anteil gesponsorter (bezahlter) Sendungen begrenzen.

Die Werbung für Kinder sowie für Tabak, Alkohol und Pharmazeutika müsse durch eine Gemeinschaftsrichtlinie nach einheitlichen Vorschriften gehandhabt werden.

Außerdem regt der Vorstand die Einführung des Prinzips der vorbeugenden Kontrolle für Fernsehwerbung an, das sich nach seiner Meinung im Rahmen der bestehenden freiwilligen Selbstkontrolle bewährt hat.

CMA / Die Qualität ist erheblich wichtiger als der Preis

Marktbelebung registriert

PETER WEERTZ, Berlin

Die Absatzerwartungen der deutschen Agrarwirtschaft sind für 1984 zwiespältig. Wie Helmut Fahrnschon, Geschäftsführer der Centralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) in Berlin, erläuterte, hat nach unterschiedlichen Tendenzen seit Spätsommer eine Marktbelebung für Agrarprodukte eingesetzt. Im In- und Ausland habe sich die Nachfrage nach deutschen Agrarprodukten wieder erhöht. Vielfalt, Spezialitäten und besonders Qualität sind nach Ansicht von Fahrnschon auch in Zukunft die wichtigsten Aktivposten für die Absatzsteigerung. Selbst in der Depression sei Qualität wichtiger als der Preis, meinte Fahrnschon hoffnungsfroh.

Die CMA registriert 1983 eine Zunahme des Pro-Kopf-Verbrauchs von Schweinefleisch, ein Plus des Milchverbrauchs, eine ausgeglichene „Wurstbilanz" und Rückgänge bei Molkereiprodukten und beim Kartoffelkonsum. Stabilisiert hat sich auf hohem Niveau der Brotkonsum, während der Eier- und Geflügelabsatz leicht zurückfiel.

Für den Agrarexport war 1983 jedoch „das bisher schwierigste Jahr". Die Agrarwirtschaft habe ihre Märkte nur durch Preiszugeständnisse halten können, bedauerte Fahrnschon. Besorgt ist die CMA auch über die Diskussionen um den Grenzausgleich und die nicht mehr gesicherte Finanzierung des Agrarhaushalts der Europäischen Gemeinschaft. Ein Wegfall des Grenzausgleichs würde nach Angaben der CMA die Exporte um etwa acht Prozent verteuern. In der EG, die 60 Prozent der deutschen Agrarexporte aufnimmt, hätten die „nichttarifären Hemmnisse" zugenommen, besonders in Frankreich, aber auch in Großbritannien, Griechenland und Italien.

Es sei dennoch gelungen, das Rekordergebnis von 1982 (21,2 Millionen Tonnen) des Vorjahres bei land- und ernährungswirtschaftlichen Exportgütern um ein Prozent zu übertreffen.

WEIN / Nach wie vor zuviel produziert

Nur wenig hohe Qualitäten

WILHELM HADLER, Brüssel

Die Europäische Gemeinschaft produziert nach wie vor zuviel Wein. Wie aus der „Vorbilanz" der EG-Kommission für das Weinwirtschaftsjahr 1983/84 hervorgeht, betrugen die bei den Winzern und beim Handel lagernden Vorräte zu Beginn der letzten Weinlese 88,9 Millionen Hektoliter. Dies entspricht mehr als der Hälfte einer europäischen Jahresernte.

Von der Gesamtproduktion in Höhe von 164 Millionen Hektolitern entfielen 1983 rund 112 Millionen Hektoliter auf die teilweise schwer verkäuflichen Tafelweine und nur 38,12 Millionen Hektoliter auf sogenannte Qualitätsweine bestimmter Anbaugebiete. Da die Erzeugung – verglichen mit dem Rekordergebnis des Vorjahres von 173,4 Millionen Hektolitern – leicht zurückgegangen ist, rechnet die Kommission jedoch vorläufig noch mit etwas geringeren Interventionen als 1982/83.

Die zur Preisstützung erforderliche Destillation überschüssiger Mengen zu Industriealkohol wird nach den bisherigen Berechnungen im laufenden Wirtschaftsjahr immerhin wieder 22,7 Millionen Hektoliter (23,0 Millionen Hektoliter) erreichen und den Brüsseler Agrarfonds 300 Millionen Ecu (rund 675 Millionen Mark) kosten. Erfahrungsgemäß stehen diese Vorausschätzungen allerdings nicht auf allzu sicheren Füßen.

Die Kommission hat den Regierungen daher für das kommende Jahr ein „Einfrieren" der Orientierungspreise für Wein vorgeschlagen. Obwohl die Ernte von Jahr zu Jahr stark schwankt, ist nach ihrer Meinung die längerfristige Tendenz zur Überproduktion bisher nicht gebrochen.

Auch unter Berücksichtigung der 1982 beschlossenen Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung des Angebots muß nach Ansicht der EG-Behörde 1990 von einer Gesamterzeugung zwischen 155 und 160 Millionen Hektolitern ausgegangen werden. Der interne Weinverbrauch geht jedoch in der Gemeinschaft jahresdurchschnittlich um 0,75 Prozent zurück, was für 1990 noch immer Überschüsse zwischen 25 und 30 Millionen Hektolitern erwarten läßt.

Demag schließt Sack-Werkstätte

J. G. Düsseldorf

Zwei Jahre nach der Walzwerkbau-Fusion mit dem neuen Mehrheitsgesellschafter schließt die Mannesmann Demag Sack GmbH (MDS) den traditionsreichen Sack-Werkstattbetrieb in Düsseldorf. Das Unternehmen soll künftig nur noch als Engineeringfirma und mit Rückhalt an den Werkstätten von Mannesmann Demag arbeiten. Von der Werkstatt-Schließung und sonstiger Personalstraffung sind in Düsseldorf 540 Mitarbeiter betroffen, von denen 100 Arbeitsplätze bei Mannesmann Demag bekommen sollen.

Die gesamte MDS-Belegschaft, bei der Fusion 1900 und jetzt noch 1400 Leute, soll einschließlich Fluktuationsabgang und Auslaufen des kleinen Tochterbetriebes in St. Ingbert auf 760 Mitarbeiter reduziert werden. Begründet wird die Roßkur damit, daß der Auftragseingang besonders wegen der Stukturprobleme in der Stahlindustrie um mehr als ein Viertel unter dem notwendigen Niveau liege und auch mittelfristig keine Besserung erwarten lasse. Schon die bisherige Unterauslastung des Düsseldorfer Werkes bringe Verluste. Der weitere Beschäftigungsrückgang müßte „vollends zu Fertigungskosten führen, die das Produkt unverkäuflich machen".

US-Großbanken mit hohem Gewinnplus

dpa/VWD, New York

Vier große US-Bankholdings haben 1983 erhebliche Gewinnsteigerungen erzielt – trotz der Schuldenkrise in Lateinamerika und der riesigen ausstehenden Kredite in der Dritten Welt. Die Chase Manhattan Corp. hat ihren Gewinn im Gesamtjahr 1983 um 40 Prozent auf 430 Millionen Dollar (1,1 Milliarden Mark) gesteigert. Das Institut bezifferte die Höhe der Kredite, bei denen es zu Zins- und Rückzahlungsproblemen gekommen ist, auf 1,9 Milliarden Dollar. Die Bankholding und Mutter der Chase Manhattan Bank glaubt, daß es zu weiteren Tilgungsverzögerungen ausländischer Schuldner kommen könnte. Die Rückstellungen für Kreditverluste erreichten 1983 rund 255 Millionen Dollar nach 230 Millionen Dollar im Vorjahr.

Die Manufacturers Hanover Corp., New York, verbuchte im Berichtsjahr einen Gewinnanstieg von 14 Prozent auf 337 Millionen Dollar. Die ebenfalls in New York ansässige Irving Bank Corp. hat ihren Jahresgewinn ebenfalls um 14 Prozent auf 92,5 Millionen Dollar ausgeweitet, während die First Chicago Corp. ihren Überschuß um 34 Prozent auf 183,5 Millionen Dollar ausweiten konnte.

NAMEN

Dr. Otto Pfleiderer, langjähriger ehemaliger Präsident der Landeszentralbank in Baden-Württemberg, vollendete am 17. Januar das 80. Lebensjahr.

Walter Roth (54), bisher zuständig für den Absatzbereich der Karl Könecke Fleischwarenfabrik GmbH & Co. KG, Bremen, wurde zum Geschäftsführer des Unternehmens bestellt.

Wolfgang Masuch hat zum 1. Januar 1984 für die Dauer eines Jahres das Amt des stellvertretenden Sprechers der Geschäftsführung der FAG Kugelfischer Georg Schaefer KGaA übernommen. Nicolaus von Morozowicz ist als Partner in die H. Neumann International sowie als geschäftsführender Gesellschafter in die Dr. Helmut Neumann Management-Beratung GmbH, München, eingetreten.

Karl-Heinz Röhling ist zum ordentlichen Vorstandsmitglied der Partner-Gruppe Krankenversicherung AG, der Partner-Gruppe Lebensversicherungs AG und der Partner-Gruppe Allgemeine Versicherung AG bestellt worden.

Ludwig Eckes, Chef des Getränkekonzerns Peter Eckes in Nieder-Olm, ist überraschend gestorben.

FIAT / Marktposition wurde verbessert

Erstmals schwarze Zahlen

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Die Automobilbetriebsführungs-Gesellschaft des Fiat-Konzerns, Fiat Auto in Turin, hat im Jahre 1983 ihren Umsatz gegenüber dem Vorjahr von 10 400 auf 11 300 Milliarden Lire (ca. 18,8 Milliarden Mark) erhöht. Das kommt einer Steigerung um 8,7 Prozent gleich. Gleichzeitig verwandelte sich der Vorjahresverlust von 80 Milliarden Lire in einen Reingewinn von beinahe 60 Milliarden (ca. 100 Millionen Mark), womit das Unternehmen erstmals seit seiner Gründung Anfang 1979 schwarze Zahlen schrieb.

Die Trendumkehr ist nicht nur dem Umstand zuzuschreiben, daß die seit Jahren in den roten Zahlen steckenden südamerikanischen Töchter diesmal weniger hohe Verluste brachten, sondern auch und vor allem die Tatsache, daß es Fiat Auto gelungen ist, die Produktivität zu erhöhen, die Kosten zu senken und gleichzeitig auch noch wesentliche Verbesserung in Produktqualität und Marketing herbeizuführen.

Die Erhöhung der Produktivität wurde vor allem durch eine zielstrebige Automatisierung des Fertigungsprozesses erzielt. Radikal umstrukturiert wurde auch das Zulieferwesen. Ein Teil der Lieferanten wurde ersetzt, der Rest zu höheren Qualitätsnormen gezwungen: Inzwischen werden 40 Prozent der Teile außerhalb des Konzerns produziert mit Qualitätsstandards, die identisch sind mit denen der Konzernwerke.

Auf ein aggressives Marketing umgestellt wurde das Vertriebsnetz, während das Typenangebot um insgesamt 14 teils veränderte, teils gänzlich neue Modelle bereichert wurde. Diese Dynamik will Fiat auch 1984 beibehalten.

Im Jahre 1983 wurden auf dem italienischen Markt insgesamt 876 130 Fahrzeuge verkauft, womit der Konzernanteil in den insgesamt um etwa sechs Prozent geschrumpften Markt von 51,6 auf 55,4 Prozent zunahm.

Nach Schätzungen des italienischen Automobilverbandes in Turin belief sich der Gesamtabsatz von Pkws im Jahre 1983 auf rund 1,6 Mill. Stück gegenüber 1 685 000 Einheiten im Jahr zuvor. Gleichzeitig wurden knapp 1,5 Millionen Pkws produziert, davon etwas über drei Millionen durch Fiat.

IDUNA / Hypotheken-Schwindel aufgedeckt

Verlust kleiner als gedacht

JAN BRECH, Hamburg

Durch den von der Düsseldorfer Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft aufgedeckten Millionen-Betrug mit Hypotheken ist offenbar ein geringerer Schaden eingetreten als zunächst befürchtet. Die betroffene Iduna-Versicherungsgruppe in Hamburg hat auf Anfrage mitgeteilt, daß es aufgrund interner Prüfungen insgesamt etwa 134 Problemfälle mit einer Gesamtdarlehenssumme von 65 Mill. DM gebe. Die Iduna habe zur Abdeckung möglicher Schäden vorsorglich 11 Mill. DM zurückgestellt, sei jedoch zuversichtlich, daß der tatsächlich eintretende Schaden niedriger ausfallen werde.

Es habe, so wird bei der Iduna eingeräumt, zwar einige krasse Fälle gegeben, die jedoch nicht typisch für die Gesamtheit seien. Bereits im vergangenen Jahr habe man den Verdacht geschöpft, daß in Einzelfällen Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Die Überprüfungen hätten sich jedoch als schwierig erwiesen, da bei den Beteiligten offenbar vom Gutachter bis zur notariellen Beurkundung ein „geschlossener Kreis" vorhanden war.

Wie bereits gemeldet, hatten die Staatsanwaltschaft und die Kriminalpolizei in Düsseldorf Anfang der Woche einen Kreis von 13 Maklern, Versicherungsagenten, Immobilienberatern und einen Notar unter dem Verdacht festgenommen, von der Iduna gegen gefälschte Gutachten über Grundstücks- und Gebäudewerte überhöhte Hypotheken-Darlehen kassiert zu haben. Wie die Staatsanwaltschaft erklärte, seien bei bislang überprüften 100 Fällen Hypotheken-Darlehen in Höhe von insgesamt 83 Mill. DM ausgezahlt worden, obwohl der tatsächliche Wert der Grundstükke und Gebäude nur 33 Mill. DM betrage. Die Differenz von 50 Mill. DM sei zum Teil in die Sanierung gesteckt, zum Teil auf „unerreichbare Konten" geflossen.

Der von der Staatsanwaltschaft aufgehobene Ring von 13 Beteiligten hat rund 300 sanierungsbedürftige Altbauten im Raum Hamburg, Köln und Wuppertal beleihen lassen.

BAT-CIGARETTEN-FABRIKEN / Marktanteile wieder zurückgewonnen

Rendite hat sich in Rauch aufgelöst

J. BRECH, Hamburg

Der Preiskampf auf dem deutschen Zigarettenmarkt hat bei der BAT Cigaretten-Fabriken GmbH, Hamburg, dem zweitgrößten Anbieter in der Bundesrepublik, tiefe Spuren hinterlassen. Durch das Vordringen der Handelsmarken und der Billigmarken der Industrie vor allem im ersten Halbjahr 1983 büßte BAT erheblich an Absatz und Marktanteil ein. Zugleich sei es bei der Rendite zu einem „dramatischen Einbruch" gekommen, erklärt der Vorstandsvorsitzende Dieter von Specht in einem ersten Überblick.

Die Verwerfungen am Markt sind nach Meinung von Spechts entscheidend durch die Fehleinschätzung der Entwicklung der Handelsmarken durch den Reemtsma-Konzern beeinflußt worden. Obwohl die Handelsmarken über ihren Höhepunkt bereits hinweg gewesen seien, habe der Marktführer Anfang 1983 den Preiskrieg eröffnet. Die Folgen waren ein gewaltiger Absatzrückgang bei den klassischen Markenzigaretten, ein Anstieg der Industrie-Billigmarken auf 31 Prozent Marktanteil und ein Absacken der Handelsmarken auf 5 Prozent.

Die BAT habe vor diesem Hintergrund besonders im ersten Halbjahr erheblich an Absatz eingebüßt, erklärt von Specht. Erst nach der im Mai 1983 vorgenommenen Neuordnung der Preise sei der Trend wieder positiv. In der zweiten Jahreshälfte habe das Unternehmen den Absatz wesentlich ausgeweitet und Marktanteile zurückgewonnen.

Der Inlandsabsatz der BAT ist 1983 um rund 8,3 Prozent auf 27,8 Mrd. Stück, der Gesamtabsatz einschließlich Export um 7,7 Prozent auf 38,5 Mrd. Stück zurückgegangen. Der Umsatz dürfte 4,3 (4,4) Mrd. DM erreichen. Der Inlandsmarktanteil fiel von 27,2 auf 24,4 Prozent.

Maßgeblichen Anteil hatte hieran die Entwicklung der beiden großen BAT-Konsummarken. Die „HB" behauptete zwar ihre seit mehr als 20 Jahren gehaltene Marktführerschaft, verlor aber 17,6 Prozent an Absatz (16,4 nach 19,9 Mrd. Stück) und 3,4 Prozent Marktanteil. Sie lag im Jahresdurchschnitt bei 14,4 Prozent. Die Leichtmarke „Krone" rutschte von 2,6 auf 1,8 Prozent Marktanteil. Die Neueinführung „Gold Dollar Filter" in der Niedrig-Preislage liegt zur Zeit bei 1,15 Prozent.

Als schwerwiegendste Folge des Preiskampfes bezeichnet von Specht die Talfahrt der Renditen in der deutschen Zigarettenindustrie. BAT habe in einigen Monaten rote Zahlen geschrieben, und es bestehe nicht viel mehr als Hoffnung, daß zum Jahresende ein kleines, bescheidenes schwarzes Ergebnis herauskomme. Dies sei allerdings nur möglich, weil BAT 1983 ganz erheblich die Kosten gesenkt habe. Die Budgeteinsparungen hätten rund 60 Mill. DM erreicht. In diesem Jahr liegen die Ansätze bei den Sachkosten nochmals um 80 Mill. DM unter denen früherer Jahre. Bei den Personalkosten sollen durch ein freiwilliges Personaleinsparungsprogramm weitere 25 Mill. DM gestrichen werden. Die Zahl der Mitarbeiter hat sich bei BAT 1983 von 3649 auf 3331 reduziert.

NG BANK / Betriebsergebnis verbessert

Fusion gut verkraftet

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die Norddeutsche Genossenschaftsbank AG (NG Bank), Hannover, Nachfolgeinstitut der Mitte 1982 fusionierten Landesgenossenschaftsbank AG und Norddeutsche Volksbanken AG, ist mit dem Verlauf des Geschäftsjahres 1983 insgesamt zufrieden. In besonderem Maße, so der Vorstand, gilt dies für das Ergebnis. Das ordentliche Betriebsergebnis dürfte um rund 20 Prozent besser ausgefallen sein als 1982, obwohl sich die Zinsspanne (1,2 nach 1,17 Prozent) nur unwesentlich veränderte. „Erfreuliche Erträge" aus dem Wertpapierkommissionsgeschäft und erste Rationalisierungseffekte nach der Fusion hätten sich positiv ausgewirkt.

Vorstandschef Gerhard Barner schätzt, daß der Jahresüberschuß 1983 etwa das Niveau von 1982 (34 Mill. DM) erreichen wird. Dabei sei der Verlust aus dem Zusammenbruch der SMH-Bank (20 Mill. DM) bereits berücksichtigt. Insgesamt würden die Forderungsausfälle 1983 trotz des SMH-Brockens nicht über denen von 1982 liegen. Das Ergebnis erlaube neben der Risikovorsorge und Rücklagendotierung wieder einen Dividendenvorschlag von 5,12 Prozent.

Die Bilanzsumme der NG Bank stieg im Berichtsjahr nur um 2,5 Prozent auf 14,2 Mrd. DM, das Geschäftsvolumen um 2,6 Prozent auf 15,4 Mrd. DM. Die Forderungen an die angeschlossenen 656 Institute im norddeutschen Raum nahmen um 5 Prozent auf 5,03 Mrd. DM zu, während die an andere Banken um 12,1 Prozent auf 3,39 Mrd. DM sanken.

Auf der Einlagenseite gingen die Geldanlagen der Primärbanken um rund 10 Prozent auf 6,55 Mrd. DM zurück. Diese Entwicklung, so der Vorstand, kam unerwartet und führte zu einem Anstieg der Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditinstituten um 21 Prozent auf 4,12 Mrd. DM sowie gegenüber Nichtbanken um 3,5 Prozent auf 1,58 Mrd. DM. Eine Erklärung dafür, daß der Genossenschaftsverband Niedersachsen völlig abweichende Entwicklungen für die ihm angeschlossenen Institute erkennt, konnte der Vorstand nicht geben.

EISMANN / Führend im Tiefkühl-Heimdienst

System rollender Nachbar

HARALD POSNY, Düsseldorf

Im Zuge des durch Konzentration verursachten Rückzugs des traditionellen Lebensmittel-Einzelhandels aus Tausenden von Gemeinden und größer werdender Entfernungen zu Verbrauchermärkten sieht sich die im Tiefkühlkost-Heimdienst tätige Eismann GmbH, Mettmann, als „guter Nachbar vieler hunderttausend Hausfrauen", der Versorgungslücken geschlossen hat. Das Unternehmen, eine Gründung der drei genossenschaftlichen Milchhöfe von Duisburg, Frankfurt, Köln sowie der Frankenzucker, betont seine Attraktivität mit dem Hinweis auf gleichbleibende Qualität und geringen Produktwechsel, die Vielfalt des Angebots sowie die nicht unterbrochene Tiefkühlkette. Dies wird nach den Worten von Eismann-Geschäftsführer Udo Floto auch künftig für eine weitere Ausdehnung des Tiefkühlkost-Heimdienstes sorgen.

In den zehn Jahren seit Gründung hat sich Eismann einen Marktanteil von zehn Prozent erobert: Er ist (nach Oetker und Langnese) Nr. 3 im Eiskremmarkt, (nach Oetker) Nr. 2 im Tiefkühlmarkt und Nr. 1 im Heimdienstmarkt. Im letzten Jahr wurde ein Umsatz von 400 Mill. DM erzielt. Abgesehen von der durch die Mehrwertsteuererhöhung verursachten Preiserhöhung von 1,3 Prozent entsprach dies einem realen Anstieg von fast 18 Prozent. Mit einem ähnlichen Wachstum wird auch 1984 gerechnet.

Von den 2500 Beschäftigten sind allein 1500 juristisch wie wirtschaftlich unabhängige Franchise-Partner, die mit den von Eismann gestellten Tiefkühlfahrzeugen 1983 rund eine Million Haushalte belieferten. Etwa 500 Mitarbeiter sind in Mettmann, die übrigen in den 60 bundesweit angesiedelten Niederlassungen tätig. In diesem Jahr soll die Beschäftigtenzahl um rund 500 steigen. Die vorhandene Erfolgswoge beeinflußt auch die Investitionslust: 1984 sind 50 (80) Mill. DM für den Ausbau von Produktion, Wagenpark und Niederlassungen vorgesehen.

Nordmende-Lizenz für Bulgarien

dos. Bremen

Die bulgarische Außenhandels-Engineering-Gesellschaft Telecom wird von Mai 1984 an mit einer Nordmende-Lizenz zunächst 15 000 Farbfernsehgeräte für den einheimischen Markt produzieren. Ein entsprechender Vertrag ist zwischen der Nordmende Vertriebs-GmbH & Co oHG, Bremen, und dem Partner in Bulgarien unterzeichnet worden. Das Volumen des Vertrags beziffert Nordmende mit rund 12 Mill. DM. An einer Erweiterung des Abkommens, in dessen Rahmen Nordmende die Chassis und andere Bauteile nach Sofia liefert, seien beide Partner interessiert.

Dieter Kunkel, Vorsitzender der Nordmende-Geschäftsleitung, weist in diesem Zusammenhang auf die beachtlichen Exporterfolge des Unternehmens hin. Der Anteil am Gesamtexport von Geräten der deutschen Unterhaltungselektronik liege bei rund zehn Prozent. Vom Nordmende-Umsatz entfielen 40 Prozent auf das Auslandsgeschäft. Bei Farbfernsehgeräten allein errechnet sich sogar ein Exportanteil von 50 Prozent.

DBV–GRUPPE / Konjunktur belebt Neugeschäft

Ertragskraft gestiegen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Deutsche Beamten-Versicherungs-Gruppe (DBV), Wiesbaden, hat 1983 ihr Beitragsvolumen um 7,5 Prozent auf 1,1 Mrd. DM gesteigert. Nach einer ersten Zahlenübersicht entfielen davon auf die DBV-Öffentlichrechtliche Lebens- und Rentenversicherungsanstalt des größten deutschen Beamtenversicherers 772 Mill. DM (plus 7,9 Prozent). Die verbesserten Konjunkturaussichten haben das Neugeschäft an Einzelversicherungen auf 1,5 Mrd. DM (plus 37 Prozent) gesteigert.

In der Gruppenversicherung lag der Neuzugang aufgrund der starken Nachfrage nach Risikolebensversicherungen zur Absicherung von Bauspardarlehen um 24 Prozent über dem Vorjahr. Die Aufwendungen erhöhten sich vor allem wegen der abgelaufenen vermögensbildenden Verträge um ein Drittel auf 320 Mill. DM. Mit gestiegener Durchschnittsrendite nahmen auch die Kapitalerträge um 20 Prozent auf 359 Mill. DM zu.

Die APK-Krankenversicherungs-AG steigerte ihre Beiträge um 6,1 Prozent auf 208 Mill. DM, während die Leistungen nur ein Plus von 1 Prozent aufwiesen. Insgesamt wird mit einer Zuführung von etwa 45 Mill. DM zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung gerechnet. Bei Schadenversicherer der DBV hatten die Beiträge im selbstabgeschlossenen Geschäft ein Wachstum von 7,9 Prozent auf knapp 98 Mill. DM. Das technische Ergebnis wird trotz erhöhter Schadenquote für Geschäftsjahresschäden mit einem Überschuß abschließen und das Gesamtergebnis unter Einbeziehung der nicht versicherungstechnischen Rechnung zufriedenstellend abschließen.

GÜNTHER-GRUPPE / Neue Tochter erworben

Hohes Expansionstempo

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Nachdem sich die amerikanische Barnes-Group, die der größte Hersteller metallener Federn der Welt ist, vom europäischen Markt zurückgezogen hat, forciert die auf den Gebieten der Industrie- und Garagentoranlagen sowie entsprechender Antriebe für Tor- und Haustechnik zu den führenden Unternehmen zählende Günther-Gruppe, Neunkirchen/Westerwald, ihr Expansionstempo.

Noch im Dezember vergangenen Jahres wurde von Barnes die angesehene schwäbische Federnfabrik Stumpp + Schüle GmbH, Beuren, übernommen. Diese Firma, die 150 Mitarbeiter beschäftigt und seit 50 Jahren Präzisionsfedern und Stanzteile herstellt, ist mit ihren Erzeugnissen Lieferant für die Automobil-, Elektro- und Hausgeräte-Industrie. Ihr Umsatz belief sich in 1983 auf 15 Mill. DM, und es wurde einmal mehr ein Verlust ausgewiesen. Wolfgang Günther, geschäftsführender Gesellschafter der Günther-Gruppe, visiert für seine neuerworbene Tochter im laufenden Jahr einen Umsatz von 18 Mill. DM und schwarze Zahlen an.

Die Günther-Gruppe zählt insgesamt etwa 600 Mitarbeiter, darunter sind 150 bei der Tochtergesellschaft elero-Antriebs- und Sonnenschutztechnik GmbH & Co.KG, Kirchheim/Teck. Der Umsatz der gesamten Gruppe liegt nach Angaben Günthers deutlich über 100 Mill. DM, wobei man im vergangenen Jahr auf eine Steigerungsrate von 20 Prozent gekommen sei. Die Ertragslage wird als „gut" bezeichnet, wobei dem Unternehmen beträchtliche Rationalisierungserfolge zugute kämen. Die Exportquote am Umsatz macht 23 Prozent aus.

AKF-KREDITBANK / Mehr Leasing-Ablehnungen

Verhaltenes Neugeschäft

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die AKF-Kreditbank GmbH & Co., Wuppertal, und ihre Tochtergesellschaft AKF-Leasing GmbH & Co. sind in ihrem Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) von der Investitionszurückhaltung der gewerblichen Wirtschaft nicht unberührt geblieben. Wenn die beiden das von ihnen betriebene Leasinggeschäft dennoch um 32,5 Prozent, das Leasingvermögen um 9,4 Prozent gesteigert haben, war dies nach den Worten von AKF-Geschäftsführer Helmut R. Tacke auf „überproportionale Marktanstrengungen" zurückzuführen.

Mehr noch als in den Vorjahren (50 Prozent) seien Leasinganfragen nach Prüfung aus Bonitätsgründen abschlägig beschieden worden. Diese Zurückhaltung im Neugeschäft (nahe 40 nach über 30 Mill. DM) hat freilich die AKF-Institute auch vor nennenswerten Schäden bewahrt. Tacke warnt deshalb vor allzu großem Optimismus in das Abebben der Pleitewelle.

Das Kreditvolumen der AKF Bank ist 1982/83 mit 30 Prozent auf 77 Mill. DM auffällig stark gewachsen. Ebenso auffällig war die Verminderung des Leasingvermögens um 16,8 Prozent auf gut 37 Mill. DM. Beides ist jedoch eine Folge der teilweisen Verlagerung der Leasing-Aktivitäten auf die AKF Leasing und des – durchaus üblichen – Verkaufs der Leasingforderungen an die AKF Bank. Schließlich ist der relativ bescheidene Anstieg des Leasingvermögens beider Gesellschaften auf die Ausschöpfung aller steuerlich zulässigen Abschreibungsmöglichkeiten zurückzuführen, wenn auch zu Lasten des Jahresergebnisses.

Im Kreditgeschäft entfielen vom Forderungsbestand 57 (71) Prozent auf das überwiegend mit der im Direktvertrieb von Elektrogeräten tätigen Mitanteilseignerin Vorwerk & Co. betriebene Händlergeschäft, 41 (26) Prozent auf Kredite an Unternehmen und Selbständige. Das AKF-Geschäftsrgebnis wird als „voll zufriedenstellend bezeichnet". Die Eigenmittel machen 6,6 Prozent der auf knapp 128 (119) Mill. DM gestiegenen Bilanzsumme aus. Weiterer Gesellschafter neben Vorwerk ist das Kölner Bankhaus Delbrück.

Opel: Bestes Ergebnis in Europa

Py. Düsseldorf

Als das bisher beste Ergebnis in Europa für Opel und seine Schwestergesellschaft Vauxhall hat der Vorstandsvorsitzende der Adam Opel AG, Ferdinand Beickler, das Verkaufsergebnis des Jahres 1983 bezeichnet. Anläßlich des 62. Brüsseler Autosalons nannte der Opel-Chef 1,17 Mill. verkaufte Fahrzeuge und einen damit erreichten Marktanteil von 11,1 (8,3) Prozent. Für 1984 erwartet die Unternehmensgruppe eine weitere Steigerung auf mehr als 1,2 Mill. Fahrzeuge und einen Marktanteil von knapp 12 Prozent.

Der Verkaufsrekord für die in der Bundesrepublik konstruierten Fahrzeuge entspricht mit 215 000 Einheiten einer Steigerung um 23 Prozent. In Belgien war Opel mit 11,2 Prozent Marktanteil 1983 das meistverkaufte Fabrikat. Auch in der Schweiz und in den Niederlanden wurden wieder Spitzenpositionen erreicht. In der Bundesrepublik stiegen die Opel-Verkäufe um 15 Prozent auf rund 450 000 Wagen, in Frankreich lagen sie um 50 Prozent über dem Vorjahr. In Spanien war Opel auch die meistexportierte Marke des Landes.

THURN UND TAXIS / Größter privater Waldbesitzer in der Bundesrepublik

Schlimme Folgen des sauren Regens

HEINZ STÜWE, Regensburg

Mit dem Kauf der Reichsherrschaft Eglingen hatte es im Jahre 1723 begonnen. Fürst Anselm Franz von Thurn und Taxis gebot damals über ein florierendes Unternehmen: die Thurn und Taxis'sche Reichspost. Doch um in den Reichsfürstenstand aufgenommen zu werden, mußte er „fürstmäßiges Land und Leute" vorweisen können. Heute verfügt Johannes Fürst von Thurn und Taxis mit 30 000 ha über den größten privaten Waldbesitz in der Bundesrepublik. Hinzu kommen 7000 ha in Kanada und den USA. Im Zuge eines verstärkten Engagements in anderen Bereichen ist seine Bedeutung zwar gesunken, mit 40 Prozent des Gesamtwertes bleibe der Forst aber der größte Vermögensbestandteil, erklärte Fürst Johannes in Regensburg. Um so bedrohlicher müssen für die fürstliche Verwaltung die verheerenden Auswirkungen des sauren Regens erscheinen. Zwischen 19 und 25 Prozent des Bestandes in Baden-Württemberg und 42 Prozent der Fläche in Bayern sind nach Angaben des Fürsten bereits vom Waldsterben betroffen. Aufgrund der erforderlichen hohen Einschläge in geschädigten Gebieten befürchten die Experten der Forstverwaltung, daß der Holzmarkt auf mittlere Sicht zusammenbrechen könnte.

Vor diesem Hintergrund fordert von Thurn und Taxis nachdrücklich, „die Schadstoffe wesentlich schneller und deutlicher als bisher vorgesehen zu reduzieren". Anstrengungen in diese Richtung unternimmt das Haus selbst. Die Beteiligungsgesellschaft Doduco KG Dr. E. Dürrwächter, Pforzheim, hat einen Abgaskatalysator entwickelt, der den Angaben zufolge den Ausstoß eines Pkw an Stikkoxyden um 60 Prozent reduziert. Da er auf der Basis bleihaltigen Benzins arbeitet, sei er als „Sofortlösung" für die Umrüstung geeignet.

Mitte der fünfziger Jahre als Beteiligung in der Schmuckindustrie begonnen, ist der Industriebereich heute vornehmlich Zulieferer für die Elektrotechnik. Die in Pforzheim ansässigen Firmen Doduco (mit jeweils zwei deutschen und ausländischen Töchtern) Fr. Kammerer GmbH und Pehage GmbH fertigen Kontaktwerkstoffe und Kontakte aus Edelmetallen, Unterbrecherkontakte für die Autoelektrik, Katalysatoren und betreiben eine Edelmetallscheiderei und eine galvanische Anstalt. Hinzu kommt die hochspezialisierte Stanzerei Unidor GmbH, die auch elektronische Überwachungsgeräte für Stanzereien herstellt.

Auf „etwas weniger als eine halbe Milliarde Mark" beziffert Hermann Memmer, Chef der Fürst Thurn und Taxis Gesamtverwaltung, den Umsatz dieser Gruppe, die etwa die Hälfte der insgesamt knapp 4000 fürstlichen Mitarbeiter beschäftigt. Mit exakteren Zahlen hält man sich zurück, jedenfalls sei der Umsatz 1983 gestiegen, die Ertragslage habe sich verbessert, heißt es.

Die Zukunftsmärkte erschließen, lautet die Devise. So hat Doduco jetzt den ersten Schritt in die Elektronik getan. Mit der US-Firma Solitron Devices wurde ein Joint Venture gegründet, das im Frühjahr die Fertigung von Hybrid-Schaltungen aufnehmen soll. Geplant ist zudem, in Südostasien eine eigene Produktion aufzubauen. Abgerundet wird das gewerbliche Engagement durch die Fürstliche Brauerei.

Mit Nachdruck wird betont, daß die Fürst Thurn und Taxis Bank, München, von den Ereignissen um die SMH-Bank „vollkommen unberührt" geblieben sei. Im übrigen werde das Geschäftsvolumen, wie Fürst Johannes feststellt, voll vom haftenden Vermögen abgedeckt. Solide finanziert (und schuldenfrei) sind auch Landwirtschaft (2600 ha) und Rentkammer. Dahinter verbirgt sich die Verwaltung des Kunstbesitzes und der Immobilien.

Aktien kräftig erholt

Den Optionstermin rasch überwunden

DW. – Den am 15. Januar ausgelaufenen Optionsgeschäften, die am Wochenbeginn in zahlreichen Aktien die Kurse gedrückt hatten, folgte am Dienstag eine neue Anlagewelle. Daran waren auch Ausländer beteiligt, denen die zur Zeit erstarkende D-Mark neuen Anreiz bietet. Als zusätzliche Stütze erwies sich die am Rentenmarkt stattfindende leichte Zinssenkung, die in Verbindung mit dem sinkenden Dollar eine Lombardsatz-Erhöhung am kommenden Donnerstag unnötig machen wird. Ein Geschäftsschwerpunkt lag bei den Bankaktien, bei denen die Papiere der Deutschen Bank mit einem Tagesgewinn von 6 DM im Vordergrund standen.

Im Mittelpunkt des spekulativen Interesses stand der Bezugsrechthandel für die Contigummi-Optionsanleihe. Mit 5,50 DM erreichte das Bezugsrecht infolge der regen Nachfrage zwar einen stolzen Preis, aber nicht den Kurs von 7 DM, wie er vorbörslich bezahlt worden sein soll. Unter Berücksichtigung des Bezugsrechtabschlages legten Contigummi-Aktien weitere 2 DM zu. Die ungewöhnlich hohen Umsätze in diesen Papieren scheinen manchen Börsianer jetzt nachdenklich zu stimmen.

Düsseldorf: Didier St. erhöhten sich um 5 DM auf 172 DM, Heinrich Lehmann konnten sich um 4,50 DM auf 229,50 DM befestigen und Schiess stiegen um 4 DM auf 115 DM. Dt. Texaco sanken um 4,50 DM auf 253 DM, Hochtief fielen um 8 DM auf 483 DM, Wedag verminderten sich um 3 DM auf 160 DM und Allianz Leben schlossen mit einem Minus von 70 DM auf 3220 DM.

Frankfurt: Die freundliche Stimmung am Aktienmarkt hat sich verstärkt. Tagesgewinne bei Standardwerte betrugen bis zu 3 DM, vereinzelt bis zu 5 DM. Das Preussag-Bezugsrecht liegt mit 10,70 deutlich über Parität. Von Neben- und Spezialwerten stiegen Goldschmidt um 7 DM auf 186 DM, Anzag um 8 DM auf 178 DM.

Hamburg: HEW stiegen auf 109,50 DM plus 2,50 DM, dagegen lagen NWK-Vz. bei 185 DM minus 0,70 DM nur knapp gehalten. Phoenix Gummi gingen zu 160,50 DM plus 32 DM aus dem Markt. Je 1,50 DM höher bewertet wurden Bremer Vulkan mit 45 DM sowie Reichelt mit 96 DM.

München: Agrob St. verminderten sich um 4 DM auf 325 DM, Augsburger Kammgarn ermäßigten sich um 5 DM auf 109 DM und Diamalt AG sanken um 4 DM auf 175 DM. Otto Stumpf AG konnten sich um 3 DM auf 127 DM verbessern, Süd Chemie zogen um 4 DM auf 369 DM an und Wanderer Werke befestigten sich um 3 DM

Berlin: Spinne Zehlendorf lagen um 10 DM fester und Scheidemandel wurden um 10 DM höher taxiert. Schering erholten sich um 3 DM, Herlitz Vorzüge um 2,30 DM, DUB-Schultheiss und Orenstein um je 2 DM.

Nachbörse: freundlicher

WELT-Aktienindex vom 17. 1.: 154,7 (153,8); WELT-Umsatzindex vom 17. 1.: 2895 (2240)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Wien

	17. 1.	16. 1.
Creditanst.-Bkv.Vz.	210	208
Gösser-Brauerei	329	330
Länderbank Vz.	214	211
Österr. Brau AG	294	288
Perlmooser	320	317
Reininghaus	367	365
Schwechater Br.	151	158
Semperit	–	–
Steyr-Daimler-P.	158	158
Universale Hoch Tief	220	220
Veitscher Magnesit	206	220
Index	55,4	55,3

Kopenhagen

	17. 1.	16. 1.
Den Danske Bank	343	371
Jyske Bank	735	755
Kopenh. Handelsbk.	326	334
Novo Industri	2885	2950
Privatbanken	353	345
Ostasiat. Komp.	198	194
Dan. Sukkerfabr.	800	806
For. Bryggerier St.	1200	1215
Kgl. Porc. Fabr.	420	420

Brüssel

	17. 1.	16. 1.
Arbed	1280	1302
Brux. Lambert	2720	2570
Cockerill Ougrée	210	217
Ebes	2425	2425
Gevaert	2980	3000
Kredietbank	7010	–
Petrofina	6900	6610
Soc. Gén. d. Belg.	1790	1770
Sofina	5840	5780
Solvay	3700	3710
UCB	5060	5025
Index	144,25	142,04

Singapur

	17. 1.	16. 1.
Cycle + Car.	6,00	6,10
Cold Storage	5,10	5,15
Dev. Bk. of Sing.	10,40	10,30
Fraser + Neave	6,90	6,80
Kl. Kepong	3,18	3,20
Mal. Banking	9,30	9,30
Nat. Iron	6,15	6,15
OCBC	11,60	11,60
Sime Darby	2,86	2,86
Singapur Land	5,60	5,70
Un. Overs. Bank	5,80	5,75

Sydney

	17. 1.	16. 1.
ACI	1,88	1,88
Ampol. Explor.	4,05	4,10
Bk. New S. Wales	3,93	3,96
Brok. Hill. South	–	–
Brok. Hill. P-op.	13,75	13,75
Coles	3,73	3,90
CRA	5,70	5,75
CSR (Theiss)	4,03	4,08
Metals Expl.	0,65	0,63
MIM-Holdings	3,48	3,56
Myer Emporium	2,02	2,05
North Broken Hill	3,10	3,20
Oakbridge	1,02	1,05
Peko Wallsend	5,56	5,50
Poseidon	4,20	4,15
Thomas Nat. Tr.	2,47	2,46
Waltons	0,58	0,59
Western Mining	4,05	4,05
Woodside Petr.	1,10	1,12
Index	765,0	769,8

Optionshandel

7-60/5,7, 10-60/8,1, Litton 7-200/22, Norsk Hydro 4-180/20, 4-190/12, 7-190/20, Philips 4-45/2,5, 7-45/4,4, Royal Dutch 4-130/11,5, 4-130/5,55, 4-140/3,8, 7-120/17,9, 7-130/11,1, Sony 10-45/6, Sperry 7-120/24,75, Verkaufsoptionen: AEG 4-85/1,5, 4-90/3,1, 7-80/1,2, 7-85/2,6, 7-90/2, 7-95/7,4, 10-80/1,5, 10-85/2,4, BASF 4-170/2,6, 7-170/3,5, 7-180/9, Bayer 4-170/2,6, 7-170/3, BMW 4-420/8,05, 4-430/14, Bay. Vereinsbk. 4-330/5,4, Commerzbk. 4-170/2,1, 4-180/8, 7-170/2,6, Conti 4-120/1,2, 4-130/5, 7-130/5,2, Daimler 7-280/14,8, Dt. Babcock Vz. 7-180/6, Dt. Bank 4-330/1,2, 4-340/3,55, 4-350/7, 7-330/1,55, 10-340/8,4, Dresdner Bk. 4-170/2,5, 10-170/4, GHH St. 4-180/8,4, Hoechst 4-180/3,7, 7-190/4,9, 10-190/6,05, Hoesch 4-100/1, 4-110/2,4, 7-100/2, 7-110/3, 10-110/6,6, Karstadt 4-280/7, Kloeckner 7-45/2, 7-50/4,9, 10-50/5,55, Lufthansa St. 4-150/2, 7-150/2,8, Lufthansa Vz. 10-150/4,9, MAN 4-140/4,5, Mercedes 4-530/4, Mannesmann 4-140/1,7, 7-140/2,1, 7-150/5,8, 10-150/7, Preussag 4-270/4, RWE St. 10-180/4,4, Schering 4-370/2,05, Siemens 4-370/2,5, Thyssen 4-85/2, 4-90/4, 7-80/1,4, 7-85/3, 7-90/5,1, Veba 4-170/3, 7-170/5,1, VW 4-220/5,1, 7-200/1,6, 7-210/3, 7-220/5,8, 10-210/5, 10-220/8, Chrysler 4-75/3,35, 4-80/4,9, 7-80/7,9, IBM 4-330/7,1, Litton 10-180/7, Royal Dutch 4-130/5. (1. Zahl Verfallmonat (jeweils der 15.), 2. Zahl Basispreis, 3. Zahl Optionspreis).

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 17. 1.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	9⅝– 9¾	5⅝–5⅞	3⅜–3½
3 Monate	9¾– 9⅞	5½–6⅛	3⅝–3⅞
6 Monate	9⅞–10	6⅛–6¼	4 –4¼
12 Monate	10⅛–10¼	6⅜–6½	4 –4¼

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 17. Januar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1490,00	1812,60
10 US-Dollar (Indian)**)	1195,00	1407,05
5 US-Dollar (Liberty)	455,00	609,90
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II	233,00	288,42
20 belgische Franken	182,00	237,12
10 Rubel Tscherwonez	248,00	310,08
2 südafrikanische Rand	224,00	288,42
Krüger Rand, neu	1048,00	1234,62
Maple Leaf	1048,00	1234,62
Platin Noble Man	1064,00	1262,86
Außer Kurs gesetzte Münzen *)		
20 Goldmark	258,00	321,48
20 schweiz. Franken „Vreneli"	198,00	249,68
20 franz. Franken „Napoléon"	195,00	247,38
100 österr. Kronen (Neuprägung)	969,00	1168,50
20 österr. Kronen (Neuprägung)	193,00	242,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	455,00	558,60
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	108,00	145,92

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

17. 1. 84	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York2)	2,7820	2,7900	2,7606	2,74	2,83
London1)	3,969	3,983	3,944	3,89	4,04
Dublin1)	3,090	3,104	3,053	3,03	3,18
Montreal2)	2,2324	2,2404	2,2159	2,19	2,28
Amsterd.	88,790	89,010	88,885	87,75	89,75
Zürich	125,400	125,680	125,50	124,25	127,00
Brüssel	4,888	4,908	4,839	4,71	4,93
Paris	32,595	32,755	32,085	31,85	33,00
Kopenh.	27,550	27,670	27,20	26,75	28,75
Oslo	35,640	35,760	35,07	34,75	36,50
Stockh.**)	34,160	34,320	33,81	33,50	35,25
Mailand3) **)	1,641	1,651	1,601	1,58	1,68
Wien	14,164	14,204	14,178	14,09	14,31
Madrid**)	1,750	1,760	1,699	1,67	1,78
Lissabon**)	2,060	2,080	1,980	1,60	2,40
Tokio	1,1905	1,1935	–	1,16	1,22
Helsinki	47,140	47,340	46,15	46,25	48,00
Buen. Air.	–	–	–	–	16,00
Rio	–	–	–	0,05	0,45
Athen*) **)	2,705	2,789	–	1,90	2,70
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,5100	2,5200	–	2,48	2,57
Johannesbg.*)	2,2210	2,2400	–	2,00	2,25

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisen

Der Dollar konnte einen zunächst eingetretenen weiteren Rückgang bis 2,7835 am frühen Nachmittag des 17. 1. egalisieren und erneut die Eröffnungskurse von 2,7930 erreichen. Wie am Vortag wurde als Grund für den Rückgang das verlangsamte Wirtschaftswachstum in den USA als maßgebender Punkt genannt. Die amtliche Notiz wurde ohne Beteiligung der Bundesbank mit 2,7860 errechnet. Das Britische Pfund erreichte einen Tagesgewinn von 4,8 Promille und stieg auf 3,976 gegen D-Mark. Vermutlich wurde nach der vorangegangenen Schwäche ein Teil de Dollar-Verkäufe zunächst in Britischen Pfunden geparkt. Den größten Tagesverlust verzeichnete der Japanische Jen mit einem Rückgang um 7,9 Promille auf 1,1920. US-Dollar in: Amsterdam 3,1300; Brüssel 56,8875; Paris 8,5205; Mailand 1664,00; Wien 1964,20; Zürich 2,2199; Ir. Pfund/DM 3,097; Pfund/Dollar 1,4271.

Ostmarkkurs am 17. 1. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Ein zunächst nochmaliger Rückgang der Dollar-Deports wurde später am 17. Januar wieder rückgängig gemacht.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,02/0,92	2,62/2,52	5,07/4,87
Pfund/Dollar	0,055/0,065	0,15/0,17	0,30/0,34
Pfund/DM	1,80/0,40	3,90/2,50	6,80/5,40
FF/DM	27/11	66/50	129/113

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 17. 1.: Tagesgeld 5,55 Prozent; Monatsgeld 5,95–6,1 Prozent; Dreimonatsgeld 6,05–6,2 Prozent.

Privatdiskontsätze am 17. 1.: 10 bis 29 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55 G/3,40 B Prozent.

Diskontsatz der Bundesbank am 17. 1.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Januar 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/1 (Typ A) 5,50 (5,50)–7,50 (6,47)–8,00 (6,94)–8,25 (7,24)–8,25 (7,41)–9,50 (7,69). Ausgabe 1984/2 (Typ B) 5,50 (5,50)–7,50 (6,50)–8,00 (6,99)–8,25 (7,31)–8,25 (7,49)–9,50 (7,83)–9,50 (8,06) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,89, 2 Jahre 7,21. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 8,00, Kurs 100,00, Rendite 8,00.

Rentenmarkt gut behauptet

Der Rentenmarkt profitierte sowohl vom sinkenden Dollar als auch von Hoffnungen auf leicht nachgebende Zinsen in den USA. Für öffentliche Anleihen lagen Kaufaufträge auch aus dem Ausland vor, das sich vornehmlich für Laufzeiten bis 1990 interessiert. Öffentliche Anleihen wurden bis zu knapp ½ Punkt heraufgesetzt. Daß sich das Klima insgesamt bessert, war auch an der Nachfrage nach der neuen 7½-prozentigen DM-Anleihe von Allied abzulesen, die zu 100¼ Prozent gesucht wurde. Bei den Pfandbriefen schlug sich die veränderte Tendenz in den Kursen noch nicht nieder.

Bundesanleihen

		17. 1.	16. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
7 Bund 77	3/84	100,05G	100,05G
7½ dgl. 76 II	4/84	100,25	100,2
5 dgl. 78	5/84	99,7	99,85G
6 dgl. 78 III	9/84	99,8	99,75
8½ dgl. 76	9/84	101,1	101,1
6 dgl. 78 IV	12/84	99,5	99,5
8¼ dgl. 79	1/85	99,55	99,55
8½ dgl. 73 I	3/85	101,7	101,65G
7 dgl. 79	4/85	100,15	100,05
7¼ dgl. 79 II	5/85	100,45	100,35
7¾ dgl. 79 I	7/85	101	100,8
8 dgl. 76 IV	10/85	100,95	100,9G
5½ dgl. 78 II	3/86	96,6	96,6
5¾ dgl. 78	5/86	96,4	96,2
7¼ dgl. 76 I	12/86	99,55	99,2
6½ dgl. 79	1/87	98,95	98,9
7¼ dgl. 76 II	1/87	99,1	98,9
6¾ dgl. 77	4/87	97,2	97,1
6½ dgl. 77	7/87	95,85G	95,7
6 dgl. 77	10/87	94,35	94,1
6 dgl. 78 I	1/88	94,1bG	93,9
6½ dgl. 78 I	5/88	94,45	94,15
6½ dgl. 78 II	12/88	94,25	94,2
6¾ dgl. 79	1/89	95,55bG	95,3
7¼ dgl. 79 I	4/89	96,5G	96,45
10 dgl. 81	4/89	107,25	107,15
7½ dgl. 79 I	6/89	97,55	97,3
8 dgl. 79 I	7/89	99,5	99,5
8 dgl. 79 II	8/89	99,7	99,6
7½ dgl. 79 II	9/89	97,3	97,05
7¾ dgl. 79 II	11/89	98,55	98,15
7¾ dgl. 80 I	1/90	98,3	98,05
10 dgl. 80	4/90	108,2	108,1
5¾ dgl. 78	5/90	90,9	90,85
8¾ dgl. 80 I	7/90	101,1G	100G
8¾ dgl. 80 II	11/90	100,15	99,95G
7¾ dgl. 82	11/90	97,75	97,8bG
9 dgl. 81	2/91	103,55	103,45bG
10¾ dgl. 81	7/91	109,85	109,75bG
10¾ dgl. 81	9/91	112,8	112,7bG
10 dgl. 81 II	12/91	108,9bG	108,8
9¾ dgl. 82 I	1/92	107,75bG	107,65
9¾ dgl. 82 II	3/92	107,7bG	107,6bG
6 dgl. 78 II	3/93	88	88
9,5 dgl. 82	4/92	106,3bG	106,15
[illegible]			

		17. 1.	16. 1.
6½ dgl. 79	2/85	99,8	99,75G
8½ dgl. 73	2/85	101,78	101,7
7 dgl. 77	2/87	98,05	97,9
6 dgl. 77	9/87	94,05	93,85
6 dgl. 78 II	7/88	92,8	92,7
6½ dgl. 77	5/89	92,65	92,75
8 dgl. 79 I	7/89	99,7	99,6
6 dgl. 78 I	2/90	90,1	89,9
8 dgl. 80 II	7/90	99,05	98,75
9 dgl. 81	3/91	103,35	103,25
10½ dgl. 81	9/91	111,28	111,15
10¼ dgl. 81	11/1	110G	109,85
8 dgl. 80 I	2/92	98,15	97,85
10 dgl. 82	2/92	108,95G	108,75
9½ dgl. 82	7/92	106,2	106,15
8 dgl. 82	11/92	97,8	97,5bG
7¾ dgl. 83	1/93	96,36	96,3
8¼ dgl. 83	10/93	99,1	98,95

Bundespost

		17. 1.	16. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
6½ Bdpost 68	6/88	98,26	98,26
8 dgl. 72 I	9/87	100,2	100,2
10 dgl. 81	3/89	107,2	107,2
10¼ dgl. 81	6/89	108,5	108,5
8 dgl. 80	3/90	99,35	99,35
7¾ dgl. 80	9/90	98,15	98,15
8¾ dgl. 80	12/90	102,75	102,45
10½ dgl. 81	10/91	111,45	111,45
8¾ dgl. 82	2/92	107,8	107,55
8¾ dgl. 82	6/92	102,25	101,9
8½ dgl. 82	10/92	100,65	100,65
7¾ dgl. 83	2/93	96,55	96,3
8½ dgl. 83	9/93	100,8	100,75

Länder – Städte

		17. 1.	16. 1.
S 6½ Bd.-Wttbg. 78	86	96,5	96,5
8¼ dgl. 82	92	99	99G
M 7 Bayern 68	86	100G	100G
6½ dgl. 67	87	100,25G	100,25G
[illegible]			

		17. 1.	16. 1.
7½ dgl. 83 S.40	6/88	97,75G	97,75
8 dgl. 83 S.41	6/88	99,4bG	99,25
8 dgl. 83 S.42	9/88	99,4	99,25
8 dgl. 83 S.43	12/88	99,45	99,25
8¼ dgl. 83 S. 44	12/88	100,35	100,15

Bundesbahn

		17. 1.	16. 1.
F 4 Abl. 57*	4/84	100,25G	100,25G
8 Bdbahn 72	9/84	100,85	100,85G
8¾ dgl. 76	8/84	100,95	100,95G
6 dgl. 78 III	11/84	99,55	99,55

Bankschuldverschreib.

	17. 1.	16. 1.
F 5 Allg. Hypo. Pf 1	81G	81G
6½ dgl. Pf 5	88G	88G
7 dgl. Pf 2	98,5G	98,5G
F 7½ Bakola Pf 104	99,85G	99,85G
9 dgl. Pf 106	102,8G	102,8G
10 dgl. Pf 108	107,5G	107,5G
7 dgl. KS 132	94,75G	94,75G
8 dgl. KS 155	98,4G	98,4G
9 dgl. KS 169	102G	102G

	17. 1.	16. 1.
M 5½ Bayer.Habu Pf 14	80,5G	80,25G
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	94,25G	94G
7 dgl. Pf 3	93,5G	93,5bG
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	95,5G	95,5G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	123,75G	123,75G
5½ dgl. Pf 11	130,5G	130,5G
6 dgl. Pf 34	77G	770G
6 dgl. KO Pf 50	99,75G	99,75G
6½ dgl. Pf 10	82bG	82bG
6 dgl. KS 1	98,7G	98,7G
[illegible]		

	17. 1.	16. 1.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	117G	117G
6 dgl. 14	88,9G	88,9G
6 dgl. 47	78	78
10 dgl. IS 46	102,25G	102,25G
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	92,85G	92,85G
8 dgl. Pf 73	100,3G	100,3G
4 dgl. KO 5	102,6	102,5G
H 6 Hyp.l.Hbg. Pf 96	80G	79,5
8½ dgl. Pf 80	88,75G	88,25G
8 dgl. Pf. 246	100,55G	100,45
[illegible]		

	17. 1.	16. 1.
M 5 Vertbank Nbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	77G	77G
7 dgl. Pf 100	99,3bG	99,3G
D 8 WestLB Pf 350	100,5G	100,4G
6¾ dgl. Pf 403	96,1G	95,85G
9¼ dgl. Pf 1007	104,85G	104,6G
8 dgl. Pf 1015	97,95G	97,5G
7 dgl. KO 556	99,6G	99,5T
8¼ dgl. KS 420	94,5G	94,2G
9¼ dgl. KO 1301	103,8G	103,55G
8½ dgl. KS 1278	101,35G	101,25G
8 dgl. IS 1512	99,3T	99T
[illegible]		

	17. 1.
F 6 Krupp 64	99,6G
6 Linde 64	99,5G
5 Mannesmann 59	98,5bG
8 NWK 61	98,5G
6 dgl. 62	96,25G
6 OböDon Krwk. 64	94,3T
F 8 Rh.Braw. 63	94,65T
6 dgl. 65	94,6G
5½ RWE 59	–
6 dgl. 63	95,5bG
6 dgl. 65	95G
7¼ dgl. 71	99,7G
7 dgl. 72	97,95bG
6 Rh.-M.-Don. 62	96,75G
6½ dgl. 68	98,5G
8 Schleswag 71	100G
5 STEAG 59	98G
7½ Thyssen 71	99,25G
8 dgl. 72	99,8G
7¾ dgl. 77	95,25G
5 Veba 58	98,75G
8 VEW 71	98,85G
6¾ dgl. 77	–Ziehg
7 VW 72	97,85G

Optionsscheine

[illegible]

Wandelanleihen

	17. 1.	16. 1.
F 4¾ AKZO 69	88G	88G
F 5 Asics Corp 83	117,5	118,25
F 3½ All Nippon 78	100,5T	101,25
F 3½ Asahi Opt. 78	133G	134G
F 4¾ Canon Inc. 77	468G	475bG
F 3½ Cas. Comp. 78	290G	285G
F 5¾ Daei Inc. 80	130G	130
F 4¼ Fujitsu Lim. 78	670G	675G
F 5 dgl. 79	445G	450G
F 5¼ Hoogovens 68	88G	88G
F 3½ Izumiya Co 78	121	125
F 3½ Jusco Co. 78	110	109,5
F 4 Kansai El. 79	129,5	132
F 6 Komatsu 76	173G	173
F 6 Konishiroku Pho. 81	133	132,85
F 6¾ dgl. 82	128	127
F 3½ Korakuen 78	100,5T	100T
F 7½ Kraft Inc 70	113,75G	113,75G
F 3½ Marudai F 78	106	105,75
F 6 Michelin Int. 70	94G	94G
F 5¾ Minolta 77	220G	220G
F 4 dgl. 79	176,25G	176,25G
F 6¾ Mitsub. Ch 76	258T	258T
F 6,75 Mitsub. H 81	166G	166
F 6 dgl. 81	124G	123,25
F 6 Nichei Co Ltd 80	124G	125
F 7 Nippon Sh. Gl. 82	192G	197,5
F 3¾ Nippon Sh 78	174G	174G
F 3½ Nissan Mot. 78	96G	96
F 4 Nisshin Steel 78	204T	204T
F 6½ Oct v. d. Gr. 69	100G	100G
F 3½ Olympus 78	265G	270
F 3¾ Omron Tat 79	413G	420G
F 4¾ Oneal Fin 79	243G	243G
F 3½ Ricoh Comp. 78	220	214
F 6¾ Rothm. Int. 72	95,5	95
F 3¾ SankyoElec. 78	138	142G
F 3¼ Sanyo Elec. 78	272G	225G
F 3¾ Seiyu Stores 78	100,35bG	100,35G
F 6¼ Sekisui 76	152,5T	153G
F 3¼ Stanley 78	151T	151G
F 6 Taiyo Yuden 82	133,5	132,5G
F 5 Texaco Int 86	96,9	96,5
F 3½ Tok. Elec. 78	472G	485G
F 4 Tokyu Land 79	109,5	109,5G
F 3½ Trio Kenw. 78	109,5G	110,5
F 6½ Uny Ltd 79	222,5	222G

Ausländische Aktien

	17. 1.	16. 1.
F L'Air Liquide	180	180G
D Akzo	93	91,8
F Alcan	111,5	112
F Alcoa	133	133
F Alg. Bk. Nedld.	354	351
F All Nippon Air	4,6	4,5
D General Motors	216	216G
D Gen. Shopping	465T	475T
M Getty Oil	326,7	326,9
D Gevaert	144T	–
F Goodyear	83,5	83,5
H Grace	129G	129G
D GKN	7,3bG	7T
F Pakhoed	55,3	54,2
F Pakhoed Z	54	49G
M PanAm	23,7G	24,36
D Parker Drilling	25,4	25,5
F Peko Wallsend	14,3	14,2
M Pepsi	101,9	101,3
F Pernod-Ricard	270T	270T
[illegible]		

Warenpreise – Termine

Mit Bruchteiligen Verlusten schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Mit größeren Abschlägen ging dagegen Kupfer aus dem Markt. Während Kaffee schwächer notierte, wurde Kakao durchweg höher bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

	17. 1.	16. 1.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	354,75	357,00
Mai	342,75	352,50
Juli	342,25	341,50
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.	17. 1.	16. 1.
St. Lawrence 1 CW	251,20	253,15
Amber Durum	258,80	259,30
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	143,40	141,50
Mai	146,20	144,70
[illegible]		

	17. 1.	16. 1.
Kakao		
New York ($/t)		
Terminkontr. März	2488	2353
Mai	2436	2346
Juli	2428	2340
Umsatz	8269	9340
Zucker		
New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	7,58	7,64
Mai	7,93	7,98
Juli	8,25	8,30
Sept.	8,48	8,55
Okt.	8,67	8,70
Umsatz	6650	7050
[illegible]		

Genußmittel

[illegible]

Öle, Fette, Tierprodukte

[illegible]

Wolle, Fasern, Kautschuk

[illegible]

Zinn-Preis Penang

[illegible]

Deutsche Alu-Gußlegierungen

[illegible]

Erläuterungen – Rohstoffpreise

[illegible]

Edelmetalle

[illegible]

New Yorker Metallbörse

[illegible]

Westdeutsche Metallnotierungen

[illegible]

NE-Metalle

[illegible]

Londoner Metallbörse

[illegible]

Internationale Edelmetalle

[illegible]

Messingnotierungen

[illegible]

Liebe zur Form und Farbe erfüllten sein Leben.

Alfred Broesicke

Architekt BdA.

4. März 1900 — 14. Januar 1984

Irma Iven-Broesicke
und Familie

Hamburg 55-Blankenese, Am Kiekeberg 20

Im engsten Kreis nahmen wir Abschied.
Bitte keine Beileidsbesuche.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten, Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99,
Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44
Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61
Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11; Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Precheit

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

STUDIEN PLATZ BÖRSE

Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 00 55, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1984

Humanmedizin

1. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	TU München
2 Aachen	Uni München
3 Aachen	Regensburg
4 Bonn	Freiburg
5 Bochum	Bonn
6 Bochum	Düsseldorf
7 Bochum	Freiburg
8 Bochum	Heidelberg
9 Bochum	Köln
10 Bochum	Marburg
11 Bochum	Münster
12 Bochum	TU München
13 Bochum	Uni München
14 Bochum	Regensburg
15 Bochum	Würzburg
16 FU Berlin	Hamburg
17 Düsseldorf	Freiburg
18 Essen	FU Berlin
19 Essen	Freiburg
20 Essen	Göttingen
21 Essen	Hannover
22 Essen	Hamburg
23 Essen	Uni Kiel
24 Essen	Münster
25 Essen	Uni München
26 Freiburg	Hamburg
27 Freiburg	Uni Kiel
28 Freiburg	Münster
29 Heidelberg	Göttingen
30 Lübeck	Tübingen
31 Marburg	Köln
32 Regensburg	FU Berlin
33 Saarbrücken	Erlangen
34 Saarbrücken	Uni München
35 Saarbrücken	Regensburg
36 Saarbrücken	Tübingen
37 Saarbrücken	Ulm
38 Ulm	Erlangen

Humanmedizin

4. vorklinisches Semester

von	nach
1 Aachen	Freiburg
2 Aachen	Tübingen
3 Aachen	Ulm
4 Bonn	Düsseldorf
5 Bonn	Freiburg
6 Bonn	Hamburg
7 Bonn	TU München
8 Bonn	Uni München
9 FU Berlin	Aachen
10 FU Berlin	Bonn
11 FU Berlin	Düsseldorf
12 FU Berlin	Essen
13 FU Berlin	Erlangen
14 FU Berlin	Freiburg
15 FU Berlin	Hannover
16 FU Berlin	Heidelberg
17 FU Berlin	Hamburg
18 FU Berlin	Lübeck
19 FU Berlin	Köln
20 FU Berlin	Münster
21 FU Berlin	TU München
22 FU Berlin	Uni München
23 FU Berlin	Tübingen
24 FU Berlin	Ulm
25 FU Berlin	Würzburg
26 Düsseldorf	Bochum
27 Düsseldorf	Essen
28 Düsseldorf	Erlangen
29 Düsseldorf	Freiburg
30 Düsseldorf	Heidelberg
31 Düsseldorf	Hamburg
32 Düsseldorf	Münster
33 Düsseldorf	Mainz
34 Düsseldorf	Tübingen
35 Düsseldorf	Ulm
36 Essen	Erlangen
37 Essen	Frankfurt
38 Essen	Freiburg
39 Erlangen	Freiburg
40 Erlangen	Hamburg
41 Erlangen	Tübingen
42 Erlangen	Ulm
43 Frankfurt	Göttingen
44 Frankfurt	Hamburg
45 Frankfurt	Lübeck
46 Frankfurt	Uni Kiel
47 Frankfurt	TU München
48 Frankfurt	Uni München
49 Frankfurt	Mainz
50 Frankfurt	Würzburg
51 Freiburg	Düsseldorf
52 Freiburg	Frankfurt
53 Freiburg	Hamburg
54 Freiburg	Uni München
55 Freiburg	Mainz
56 Freiburg	Tübingen
57 Gießen	Freiburg
58 Gießen	Uni Kiel
59 Gießen	Mannheim
60 Gießen	TU München
61 Gießen	Uni München
62 Gießen	Tübingen
63 Gießen	Ulm
64 Heidelberg	Freiburg
65 Heidelberg	TU München
66 Heidelberg	Uni München
67 Heidelberg	Tübingen
68 Hamburg	Freiburg
69 Hamburg	Hannover
70 Hamburg	Heidelberg
71 Hamburg	Uni München
72 Lübeck	Aachen
73 Lübeck	Düsseldorf
74 Lübeck	Erlangen
75 Lübeck	Freiburg
76 Lübeck	Heidelberg
77 Lübeck	Uni München
78 Lübeck	Mainz
79 Köln	Erlangen
80 Köln	Freiburg
81 Köln	Hannover
82 Köln	Heidelberg
83 Köln	Lübeck
84 Köln	Uni Kiel
85 Köln	Mannheim
86 Köln	Münster
87 Köln	TU München
88 Köln	Uni München
89 Köln	Tübingen
90 Köln	Ulm
91 Köln	Würzburg
92 Marburg	Bonn
93 Marburg	Freiburg
94 Marburg	Gießen
95 Marburg	Göttingen
96 Marburg	Hamburg
97 Marburg	Lübeck
98 Marburg	Uni Kiel
99 Marburg	Münster
100 Marburg	Uni München
101 Marburg	Tübingen
102 Marburg	Würzburg
103 Münster	Freiburg
104 Münster	TU München
105 Münster	Uni München
106 Münster	Würzburg
107 TU München	Freiburg
108 TU München	Lübeck
109 Mainz	Aachen
110 Mainz	Erlangen
111 Mainz	Freiburg
112 Mainz	Heidelberg
113 Mainz	Mannheim
114 Mainz	Uni München
115 Mainz	Würzburg
116 Ulm	Tübingen
117 Würzburg	Hamburg
118 Würzburg	TU München
119 Würzburg	Uni München

Die Semesterangaben beziehen sich auf das Wintersemester 1983/84

STELLENANGEBOTE

Wolff Walsrode sucht Mitarbeiter

Wolff Walsrode. Ein Werk der chemischen Industrie. Mit einer Reihe von Produktionszweigen der Cellulose- und Kunststoffchemie zählt es zu den modernsten seiner Art. Wolff Walsrode ist das älteste Werk der Celluloseveredelung in Deutschland und heute einer der führenden Hersteller und Verarbeiter von Verpackungsfolien.

Für unseren Zentralbereich Technik suchen wir den

Leiter der Energieabteilung

mit zur Zeit gasgefeuerten Dampfkesseln (200 t/h), Gas- und Dampfturbinen (35 MVA), Wasserbecken und weitverzweigten Energienetzen.

Seine Aufgabenschwerpunkte sind:
Sicherstellen eines störungsfreien wirtschaftlichen Betriebs der Energieversorgungsanlagen und -netze,
Ausarbeiten von Energie-Einsparungskonzepten,
Erarbeiten und Abschluß von Energiebezugsverträgen unter Berücksichtigung der energiewirtschaftlichen Aussichten.

Dem Leiter der Energieabteilung steht ein erfahrener Betriebsingenieur zur Seite, der insbesondere die Instandhaltungsaufgaben und weitere Ingenieuraufgaben im Bereich Energie wahrnimmt.

Wir suchen einen Diplom-Ingenieur (TU) mit fundierter Ausbildung und gründlicher einschlägiger Berufserfahrung im Alter von etwa 35 bis 40 Jahren, der selbstverständlich auch die entsprechende Führungsqualifikation besitzt, um mit seiner Mannschaft dieser komplexen Aufgabenstellung gerecht zu werden.

Aussagefähige Bewerbungen erbitten wir unter Kennziffer 1/84 an unsere Abteilung Personalwirtschaft.

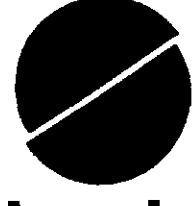
Wolff Walsrode
Wolff Walsrode AG, Postfach, 3030 Walsrode 1

Wir gehören zu den führenden Energie-Chemie-Unternehmen mit Sitz in Hamburg und suchen wegen Pensionierung der jetzigen Stelleninhaberin die

Chefsekretärin Vorstandsvorsitzender

Wir denken an eine Bewerberin im Alter zwischen 35 und 40 mit langjähriger Erfahrung auf der gehobenen Führungsebene, die selbständiges Arbeiten gewöhnt ist, über Organisationstalent verfügt und mit allen Sekretariatsarbeiten umfassend vertraut ist. Diplomatisches Geschick und Durchsetzungsvermögen sind gleichermaßen wichtig. Die sehr gute Beherrschung der englischen Sprache in Wort und Schrift ist unbedingte Voraussetzung. Eine zweite Fremdsprache wäre nützlich. Die Dotierung ist der Bedeutung der Position angemessen. Außerdem bieten wir vorbildliche Sozialleistungen.

Sie erreichen uns über die von uns eingeschaltete Stein Unternehmensberatung GmbH, die selbstverständlich etwaige Sperrvermerke strikt beachtet. Bitte richten Sie Ihre Bewerbung an



Stein Unternehmensberatung GmbH
Bettinastr. 53–55 · 6000 Frankfurt/M. · Tel. (0611) 74 90 71

Einmalig – Phantastisch – Einfach toll

sagen Ihre Kollegen, die bisher wie auch Sie andere Artikel beim **Partyverkauf** offeriert haben.

*Unser neues Produkt hat einen **Riesenmarkt**, da es vom Baby bis zum Greis benötigt wird.*

Wir suchen MANAGER, die eine erfolgreiche Tätigkeit in diesem speziellen Direktvertriebszweig nachweisen können.

Ihr Einkommen wird so überdurchschnittlich sein, daß wir darüber, sowie über unser Produkt, nur persönlich mit Ihnen sprechen.

Terminvereinbarung Tel. 06 11 / 88 02 45

Gelernter Speditionskaufmann

40 Jahre, verheiratet, langjährige Erfahrung in leitender Position nationaler und internationaler Lkw-Spedition, Import, Export, anerkannter Logistiker, sucht neuen, interessanten, selbständigen Wirkungskreis, nicht ortsgebunden, zum 1. 4. 84, evtl. früher.

Angeb. erb. unter X 3450 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Diplom-Volkswirt Dr. rer. pol., 40 J.

mehrjährige Praxis in Lehre und Forschung, über fünfjährige leitende Tätigkeit in der Immobilienverwaltung (WEG- und Mietverwaltung), sucht neuen Wirkungskreis in Grundstücks-/Gebäudeverwaltung oder verwandten Bereichen. Ang. u. T 3108 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Apotheker

27 J., offen nach allen Seiten, sucht interessante Tätigkeit.

Angebote erb. u. PE 47 482 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Techn. Kaufmann

49 J., dynamisch, verhandlungs- u. vertragssicher, Ia Referenzen, langjährig u. erfolgreich in Industrie u. Schiffahrt als Einkäufer bzw. techn. Leiter tätig, fundierte Kenntnisse im Personal- u. Versicherungswesen, sucht verantwortungsvollen neuen Wirkungskreis Raum Norddeutschland.

Angeb. erb. u. F 3436 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Dipl.-Ing. (FH)

Schiffsbetriebstechnik (Patent CI), 30 J., letzte 3 J. als 1. und Ltd. Ing. auf Passagierschiffen (Schiffs- und Gastronomietechnik) tätig, sucht neue Pos. in Industrie, Ing.-Büro oder Hotel.

Ang. erb. u. W 3427 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen.

Sekretärin/Sachbearbeiterin

langj. Berufspraxis in Industrie- u. Touristikbranche, dynamisch, verhandlungssicher, Auslandserfahrung, sucht zum 1. 4. ausbaufähige Position in Touristik- od. Hotelbranche im europäischen Ausland.

Angeb. erb. u. PA 47 479 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Lehrerin, f. das Lehramt der Sekundarstufe 1 (Mathematik, Biologie) sucht Anstellung i. d. Industrie im Großraum Düsseldorf/Krefeld. Zuschr. u. F 3524 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Diplom-Kaufmann

29, ledig, mehrj. Berufserf. in Prüfung u. Beratung, gute Kenntn. aller betriebl. Funktionen, EDV-Kenntnisse vorhanden, *selbst.* Arbeiten *gewohnt*, Erf. in der Führung v. Mitarb., sucht neue Tätigkeit im Raum Hamburg, bevorzugt im Organisations- u. Schulungswesen.

Ang. u. M 3463 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Importkaufmann

44 J., langj. Akquisitions- u. Vertriebserfahrungen i. d. Bereichen Ind.-Rohstoffe, Chemikalien u. Holz, fließend Engl., Franz.-Kenntn., engagiert, su. bald. neue Position i. Handel/Industrie, Raum HH. Auch Repräsentanz im Industriegüterbereich von Interesse.

Ang. u. PG 47522 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36

FV AKTUELL
Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte
sucht Stellen für:
Bundesanstalt für Arbeit

Assessor

29, verh., 14 Mon. Anwaltserfahrung, Steuerrechtslehrgang, mobil, sicheres Auftreten, kreativ, Teamgeist; sucht Tätigkeit als Assistent in Vorstand/Geschäftsleitung, Industrie/Handel.

Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31/907-342, FS 292673

Industriekfm., prakt. Betriebswirt

30-jährige Berufserfahrung im Vertriebsbereich Masch.-Bau, Invest.-Güter, umf. Ktn. im öffentl. Auftragswesen; sucht zum 1. 4. 84 neuen Wirkungskreis als Abt.-Leiter in verantwortungsv. Dauerstellung.

Auskünfte erteilt: Herr Vogel
Fachvermittlungsdienst Kiel, Muhliusstraße 38
2300 Kiel 1, ☎ 04 31/907-342, FS 292673

Diplom-Ingenieur Verkehrs- und Stadtplaner

40, langjährige Erfahrung in der Verkehrs- und Bauleitplanung, engl. Sprachkenntnisse; sucht verantwortliche Tätigkeit, auch im Ausland.

Auskünfte erteilt: Frau Vischer
Fachvermittlungsdienst Hamburg, Kurt-Schumacher-Allee 16
2000 Hamburg 1, ☎ 040/248 44-22 96, FS 2163213

Diplom-Ingenieur

47, verh., gelernter Betonbauer und Keramik-Modelleur, langjährige fachl. Erfahrung im Bauwesen; sucht neuen Arbeits- und Wirkungskreis auf den Gebieten der **Baudenkmalpflege und Restauration.**

Auskünfte erteilt: Herr Pein
Fachvermittlungsdienst Hannover, Hanomagstraße 9
3000 Hannover 91, ☎ 0511/4737-209, FS 921428

Diplom-Gartenbauingenieur

Gelernter Gärtner, Studium FHS-Osnabrück, Fachrichtung Gartenbau und Landespflege. Langjährige Erfahrung im Garten- und Zierpflanzenbau, Baumschule, sehr gute Pflanzen- und Gehölzkenntnisse, Schwerpunkt „Botanischer Garten". Landespflege, Planung und Realisierung von Großgartenanlagen. Arbeitskenntnisse Englisch, Französisch. Sucht kurz- bis mittelfristig ausbildungs- und erfahrungsadäquate Position als Gartenbauingenieur im Entwurf, der Planung und Realisierung/Bauaufsicht von Gartenanlagen und Landschaftsgartenanlagen. Bevorzugt botanische Gärten. Betriebserhaltung, bei Landschaftsgartenbaufirmen, Ingenieur- und Architekturbüros, Planungsgesellschaften oder Öffentlicher Dienst.

Auskünfte erteilt: Herr Nicolay
Fachvermittlungsdienst Saarbrücken, Am Arbeitsamt 1-5
6600 Saarbrücken, ☎ 06 81/50 04-253

Leiter Organisation und DV

Ausbildung i. grafischen Gewerbe, langjährige Erfahrung u. Verantwortung, überwiegend im Handel, 39 J., wünscht sich zu verändern. Angebote erb. unt. PD 47500 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36.

Welches Unternehmen des schlüsselfertigen Bauens bietet

Industriekaufmann der Baustoffbranche

Mitarbeit bei der Planung und Realisierung energiesparender und winterfester ebenerdiger Wohnräume (Arktishäuser) nach eigenen Entwürfen an?

Zuschriften erb. unter M 3441 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

STELLENGESUCHE

Vielseitig orientierte kaufm. Führungskraft (Dipl.-Kaufm.)

wünscht die in 30 Berufsjahren, überwiegend in Dienstleistungsunternehmen insb. auf den Gebieten Rechnungswesen, Organisation, Revision und Personalführung gewachsenen Erfahrungen außerhalb hierarchischer Strukturen rationell *einzusetzen. (Raum Hamburg).*

Hierfür käme eine beratende oder unterstützende Funktion im Geschäftsleitungsbereich eines mittelständischen Unternehmens oder einer Zusammenarbeit mit einem Unternehmensberater oder Wirtschaftsprüfer – auch freiberuflich oder in tätiger Teilhaberschaft – in Frage.

Gewünscht wird eine sachbezogene, persönlich verbindliche Zusammenarbeit auf der Basis absoluter Vertrauenswürdigkeit und seriöser Umgangsformen.

Zuschr. u. PK 47506 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Vertriebsleiter, ppa.

33 J., Praktiker im Industrieverkauf, gewohnt, sich auch in enger werdenden Märkten erfolgreich zu behaupten. Das Rezept: Positive Lebenseinstellung, akquisitorische Fähigkeiten, Organisationstalent, Befähigung zur Menschenführung. Gesucht wird eine Position, die eine unternehmerisch denkende Persönlichkeit erfordert und „die Herausforderung einer echten Lebensaufgabe" darstellt. Bevorzugter Wohnsitz: Nordwestdeutschland.

Zuschriften unter W 2606 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing. FH

Schiffsbetriebstechnik, Sicherheitsing., 40 J., ledig, ortsungebunden, sucht verantwortungsvolle Führungsaufgabe als Betriebsingenieur im Kraftwerksbereich oder in Instandhaltung maschinentechnischer Anlagen. **Ausbildung:** Maschinenschlosser, Fachschulreife, Ing.-Studium FH., **Kenntnisse:** langj. Erf. in Instandhaltung und Wartung von großen *Dieselanlagen*, Pumpen, Dampferzeugern, Kühlanlagen, Kompressoren etc.

Angeb. u. Z 3474 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Deutscher, 48, sucht Stellung im Ausland

als „Projekt-Koordinator" oder „Privat-Verwalter"

Techniker – 18 Jahre Auslandserfahrung (Entwicklungsprojekte), Planung-Organisation-Koordination-Verwaltung, gute Franz.- und Engl.-Kenntnisse.

Zuschriften unter PA 057, Anzeigenagentur Petermann, Bundesallee 91, 1000 Berlin 41

Liebe Unternehmer

Machen Sie einen neuen Anfang!
Warten Sie nicht auf die **Wende** –
unternehmen Sie selbst etwas.

Wendiger **Marketing-Handwerker** mit vielseitigem Detailwissen aus Branchen in *Non-food* und Food sucht neue Perspektiven zur persönlichen **Wende.**

Angebote erb. u. Y 3473 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Betriebswirt (FH)

29 Jahre, ledig, ortsungebunden, ungekündigt, Examen an der Fachhochschule Kiel mit den Studienschwerpunkten Rechnungs- und Steuerwesen sowie Personal- und Ausbildungswesen, gelernter Einzelhandelskaufmann, ausbildungsberechtigt, sucht verantwortungsvolle neue Aufgabe. Bevorzugt wird eine Position in einem größeren Kaufhaus.

Zuschriften erbitte ich unter P 3465 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Marketing/Vertrieb

Betriebswirt, gelernter Groß- u. Außenhandelskfm., 36 Jahre, Marketing- u. Verkaufserfahrung u. a. bei namhaftem Unternehmen der Markenartikel-Industrie. Stärken in Analyse, Konzeption und strategischer Umsetzung, sucht verantwortungsvolle Aufgabe in Marketing oder Vertrieb der Nahrungs- und Genußmittel-Industrie.

Kontakte erbeten unter A 3475 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Sekretärin/Dolmetscherin

30jährige Ungarin, perfekt in Ungarisch, Deutsch, Russisch, Englisch; Schreibmaschine und Stenografie, ehemalige Lehrerin für Deutsch und Russisch an der Universität in Budapest, sucht interessanten Wirkungskreis. Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung vorhanden. Zuschriften erbittet:

Judit Szabo
z. Zt. Pfarrhaus W. Stukenbrok, Buderusstr. 21a, 4750 Unna-Massen

Kreditmanagement/ ger. Mahnwesen

Fachmann, 39 J., ungek. sucht wegen Firmenverlegung verantwortungsv. Aufgabengebiet. Spezielle Erfahrung: Kredit-Risikoprüfung, Forderungssicherung, ger. Mahnwesen, Zwangsvollstreckung, Vergl.-, Konkursverfahren, Ausbildung u. Führung v. Mitarbeitern. Firmensitz sollte Hamburg oder Raum Pinneberg sein.

Ang. u. X 3472 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Service-Techniker

25, ledig, Energieanlagenelektroniker mit Bundeswehrausbildung zum Computer-Techniker, Fachlehrgang Elektronik, Sonderlehrgang Digitaltechnik, Mikroprozessortechnik, Englisch, US-Qualifikation Course und Systemlehrgang, sucht neuen Wirkungskreis.

Angebote erbeten unter B 3432 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

FERNOST-IMPORT, Importkfm., 34 J., 8j. Fernostaufenthalt, su. Handelsfirma m. Interesse Importgesch. techn. Art, u. a. Elektronikteile, auf-/auszubauen. Ang. erb. u. PF 47 521 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Im- u. Exportkaufmann

30 J., 10jähr. Praxis, Fachabitur, techn., Getreide- u. Futtermittel, Transportversicherung, Schiffahrt, Engl., Span. u. a., Auslandserf., sucht neuen Wirkungskrs., auch Ausland.

Angeb. erb. u. PK 47487 an WELT-Verlag, Pf., 2 Hamburg 36

Raum NRW, Dipl.-Ing.

Bauwesen, 43, Erfahrung auf dem Gebiet des Anlagen-Hochbaues, gute Sprachkenntnisse (Franz., Engl., Deutsch, Türkisch), sucht neuen Wirkungskreis.

Zuschr. u. E 3523 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Kaufmann

43 Jahre, Erfahrung in Ein- und Verkauf, Tätigkeitsbereiche Kaufhäuser, Verbrauchermärkte, Baumärkte, Filialbetriebe ect., sucht neue verantwortungsvolle Aufgaben.

Ang. u. Y 3429 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fotograf

22, techn. interessiert, Landessieger Hamburg, sucht interessante Tätigkeit. Angebote erb. an:

S. Quaack, 2053 Schwarzenbek, Meiereistraße.

Ass. jur.

Engl., Frz., 2 J. Bank, 8 J. in angesehener Anwaltskanzlei als RA, jetzt bei Treuhänder, spezialisiert in Wirtschaftsstrafsachen und Liquidation, sucht angemessene Tätigkeit, auch Teilzeit, auch Privat.

Ang. u. R 3466 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Maschinenbauingenieur Schweißfachingenieur

35 Jahre, verh., nicht ortsgebunden, ungekündigt, sucht interessante, verantwortungsvolle Tätigkeit in AV oder Betrieb zum 1. 4. 1984 oder später. Raum Postleitzahl 4 bevorzugt. Erfahrungen: 2 Jahre Sondermaschinenbau; 3 Jahre AV, mech. Bearbeitung, Angebots- u. Auftragskalkulation, Zeitwirtschaft, Refa-Grundschein; 2 Jahre AV, Blech- u. Stahlbau, Auftragskalkulation; 3 Jahre Betriebsingenieur in metallverarb. Betrieb, Investitionsgüterbereich.

Zuschr. erb. u. L 3462 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

TOP-MANAGER

52 J., topfit, vertrauenswürdig und verantwortungsbewußt, erfahrener Praktiker, seit nahezu 20 Jahren Geschäftsführer in Groß-, Außenhandel und Industrie, langjährige Erfahrungen in verantwortlicher Abwicklung von Großprojekten für Fernost (u. a. Joint Venture *in mining*), *kurzfristig frei für anspruchsvolle Managementaufgaben*, Joint Ventures, Business development, Repräsentanz bzw. Consulting.

Angeb. erb. u. K 3461 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Fachmann der Wohnungswirtschaft

52 Jahre, langjährige Erfahrung in Verwaltung, Instandhaltung, Sanierung *etc.* größerer Wohnanlagen, sucht verantwortungsvolle Position im Wohnungsbau, in Ferienanlagen oder Kurzentren etc. Zuschr.: F 9290, Annoncen-Expedition Doll, Deichmannhaus, 5 Köln 1

Leiter Export

Markenartikler, 48 J., Konsumgüter Food und Non-food, langj. Auslandserfahrung in Lateinamerika, EG, Efta, USA – Aufb. v. Auslandsvertretungen – sucht verantwortungsvolle Aufgabe.

Zuschr. erb. u. PZ 46342 an WELT-Verlag, Postfach, 2 Hamburg 36.

Diplom-Kaufmann

39 J., verh., ungek., langj. Praxis in Vertrieb, Werbung, Budget, Controlling, Großkunden- und Bankenkontakt, erf. i. Groß- sowie Einzelhandel u. Filialsystem auf GL-Ebene, sucht in Norddeutschland neue verantwortungsvolle Aufgaben. Angeb. erb. u. PS 47 531 an WELT-Verlag, Postfach, 2000 Hamburg 36.

Gesamt-Vertriebsleiter

36 J., Dipl.-Kfm., ungekündigte Position, 30 Mio. DM Umsatzverantwortung im Vertrieb erklärungsbedürftiger Investitionsgüter, sucht zum 1. 10. 84 oder später anspruchsvolle Aufgabe im Raum Homburg.

Ang. erb. u. C 3433 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Ich

Technikerin, 30 J., unabh., z. Z. Hamburgerin, Abi, Bürokfm., mö. nach Bayern auswandern. Suche: Berufs-/Lebensaufgabe, hügeliges Umland, weniger von der nördlichen Kälte.

Angeb. erb. u. E 3435 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Jurist

30 J., Engl., Französ., sucht neuen Wirkungskreis in Norddeutschland.
Ang. erb. u. G 3437 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen

Verkehrsfachmann

(Betriebswirt), Mitte 40, z. Zt. in Westafrika tätig, engl., franz. und span. Sprachkenntnisse, sucht neue Aufgabe im In- oder Ausland, frei ab Mitte 84.

Ang. erb. u. Z 3430 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 43 Essen.

Job als Flugbegleiter o. ä. gesucht. H. Kuhmichel, Rathausstr. 60a, 5410 Höhr-Grenzhausen, Tel.: 0 26 24 / 50 80

Engagierter Bezirksleiter

Außendienst-Markenartikler, 28 J., *sucht neuen Wirkungskreis* im Angestelltenverhältnis Raum Düsseldorf/NRW. Erfahrung in: Organisation, Werbung, Vertrieb.

Zuschriften unter L 3300 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wirtschafts-Ing., grad. (Seeverkehr), 46 J., Experte f. Containerverkehr, konv. Verladung, Besichtigungen, Hafenbelange, Stauberatung, Logistik u. internat. Koordinationserf. a. Managementebene, sucht neue verantwortungsv. Aufgaben i. nordd. Raum. Angeb. erb. u. PO 47490 an WELT-Verlag, Postf., 2 Hamburg 36

Polizeibeamter a. D.

49 J. alt, Deutsch-Kanadier, m. 30 J. Erfahrung im amerikanisch/kanadischen Rechtswesen u. Sicherheitsdienst, sucht verantwortungsvolle Aufgabe, auch freiberuflich, im In- oder Ausland.

Zuschriften unter M 3301 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Außenhandelskaufmann

weibl., 29 J., möchte für Ihre Niederlassung in den USA, vorzugsweise New York, arbeiten. Langj. Erf. im Mineralölhandel inkl. Abwicklung und Sekretariatsarbeiten.

Angebote erbeten unter D 3434 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Ind.-Kfm.

29 J., verh., Abitur, gepr. Pharm.-Ref., Engl. u. Span. fl., 9 J. Berufserfahrg., davon 2 J. in Lateinamerika, sucht neuen Wirkungskreis (nicht branchengebunden).

Ang. erb. u. X 3428 an WELT-Verlag, Postf. 10 08 64, 4300 Essen.

Bau-Ing. (grad.)

38 Jahre, langj. Erfahrung als Bauleiter/Oberbauleiter schlüsselfertiges Bauen f. Wohnungs- u. Industriebauten. Neubau und Sanierung, sucht neue Tätigkeit zum 1. 4. 84, auch freiberuflich.

Zuschriften erbeten unter H 3438 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Dipl.-Ing., Dipl.-Wirtsch.-Ing.

38, verh., 1 J. Handel, 3 J. Stab, F + E Management, Energietechnik, 2½ J. Produktmanagement, perf. Engl., sucht langfr. neues Aufgabengebiet im Spannungsfeld Technik/Vertrieb, internat. bevorzugt. Ang. erb. u. A 3431 an WELT-Verlag, Pf. 10 08 64, 43 Essen.

Volljurist

28 Jahre, ledig, 2 Prädikatsexamina in Baden-Württemberg, Stationszeugnisse gut (3mal) und befriedigend (1mal), ein Jahr Tätigkeit in der Rechtsabteilung eines Wirtschaftsunternehmens, nicht ortsgebunden und bereit zur Einarbeitung in Spezialgebiete, sucht neuen Wirkungskreis bei Behörden, Unternehmen, Bank, Verband, Versicherung oder Rechtsanwalt.

Zuschr. u. N 3464 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

---

Mehr als eine Kriminalgeschichte: „Gegenlicht“

Ein Jammer von Entführung

Anfangs meint man, es handele sich um eine ganz übliche Entführungsgeschichte: Der 12jährige Gerry wird auf dem Heimweg von der Schule gekidnapped und erwacht im Keller eines Photogeschäftes. Ein starker Scheinwerfer strahlt ihn an, so daß er nur die Umrisse seines Entführers erkennen kann. Tags drauf erhält Gerrys Vater, Besitzer einer Kette von Photoläden, eine Lösegeldforderung über 759 000 Schilling, genau die Summe, um die sich der Erpresser betrogen fühlt, weil sein eigener Laden pleite ging.

Die Polizei wird alarmiert, gerät bei der Telefonüberwachung des Großunternehmers auf eine sonderbare und zugleich falsche Spur, Verwicklungen allzumenschlicher Art werden offenkundig. Parallel geschieht etwas, das aus einem gewöhnlichen Kriminalfall eine ungewöhnliche Geschichte macht: Das Opfer faßt Sympathie zu seinem Entführer, einem vom Leben gebeutelten alten Mann, der grundgütig, schwerkrank, seiner Tat ganz und gar nicht gewachsen ist. Der Junge läßt Fluchtgelegenheiten ungenutzt verstreichen, verhilft nach seiner Freilassung dem alten Forman – so der Name des Erpressers – sogar zu einem Zeitvorsprung, damit er mit dem Geld das Weite suchen kann.

Gegenlicht – ARD, 20.15 Uhr

„Gegenlicht“, der erste Roman des Österreichers Walter Wippersberg, 1979 erschienen, wurde von der Kritik aufmerksam und anerkennend besprochen. In der WELT stand damals: „Der harte Kern von Wippersbergs Geschichte ist eher ein Jammer von Entführung. Die aus der erzwungenen Zweisamkeit entstandene Bindung von jung und alt gehört zum Reizvollsten an dieser paradoxen Story ... Man muß dem Autor allerdings vorhalten, daß er am Ende zwar den Fall für den Buben löst, sich aber nicht darum kümmert, wie all die anderen Akteure aus ihren Katastrophen hervorgehen sollen ... Aber es ist ihm nicht nur gelungen, die Spannung seiner Erzählung gut aufzubauen, sondern auch lebendige Menschen und ein packendes Milieu vorzuführen, vor allem aber die seltsame Freundschaft zwischen einem ungeschickten Entführer und seinem gutwilligen jungen Opfer psychologisch glaubhaft zu machen.“ DW



Kurt Nachmann spielt den Entführer, genannt „der alte Mann“ FOTO: TELEBUNK

Haben Sie das gesehen?

Lieber Herr Valerien, wir haben am Sonntag nachmittag zugeschaut, wie die Skifahrer den Berg hinabgeeilt sind, um den Pokal zu gewinnen, der für den schnellsten jungen Mann dort angeboten wurde. Ihnen, Herr H. V., sind wir dankbar, daß Sie genau beschrieben, was sich so auf der Piste tat, besser sehen *und* hören zugleich, da kann es keine Mißverständnisse geben.

Das war auch sehr nett von Ihnen, uns, wie dieser Johnson Bill so besonders couragiert heruntergekaschelt kam, der Amerikaner, also wie Sie uns da fragten: *Haben Sie das gesehen?* Lieber Herr Valerien, natürlich haben wir es gesehen, das heißt, ich habe es gesehen, meine Frau läßt sich entschuldigen, sie mußte schnell in die Küche, weil der Kessel so pfiff. Sie können es also notieren, ich habe es gesehen und unsere Nachbarn auch, beide. Ich hoffe, daß die anderen Fernsehzuschauer, die Sie befragten, es auch gesehen haben.

Wenn Sie wieder Fragen haben bei solchen Veranstaltungen, bitte fragen Sie ungeniert. Wir antworten gern. Woher sollen Sie es sonst auch wissen! cuch

KRITIK

Bis zu den Knien im Weihrauch

Als Emeritus wenigstens, im rastlosen Ruhestand, hat Helmut Schmidt jene Gestade erreicht, wo der Beifall immer warm und herzlich ist und die Gage opulent: als Reise-Redner und Rampen-Turner, der sich für 20 000 Dollar – abzüglich Unkosten und Maklerprovisionen – sehen und hören läßt, beides professionell. Seine Nummer heißt **„Helmut Schmidt und der Rest der Welt“**, und so hat Knut Terjung die Reportage (ZDF) zutreffend auch genannt.

Leider wurde der Autor, ehedem Sprecher der SPD in Bonn, seiner Demut nicht Herr, mit dem Ergebnis, daß sein Held – der Entrückung nahe – bis zu den Knien im Weihrauch solcher Verehrung watete. Terjungs schöner Bariton, gedämpft, als werde ein Katafalk vorbeigezogen, förderte nur noch Superlative zutage. Was soll man auch anderes erwarten hierzulande, wo jeder Politruk dank des Proporzes Medienknechte der eigenen Couleur abrufen kann. So hat der Autor uns zwar schöne Bilder geliefert und manch interessantes Detail, was aber eine Reportage hätte werden sollen, geriet im Widerspiel des Systems – zur Resultante.

HORST STEIN

Beispiele für Klassenkampf

Dierk Ludwig Schaaf zeichnete kein unzutreffendes Bild von der Gewerkschaftsbewegung in Frankreich, so wie sie sich heute gibt. Einschränkend hieß es in der Ankündigung zur Dokumentation **„So kann das nicht weitergehen!“**, (ARD): „Beispiele für die klassenkämpferische Einstellung der Gewerkschaften in Frankreich“. Der Autor hat den engen Zusammenhang zwischen der kommunistischen Partei und der CGT angedeutet, ebenso das Zerwürfnis zwischen CFDT und der sozialistischen Regierungspartei. Auch über die unabhängige Gewerkschaft FO zeigte der Film einige Bilder.

Dennoch blieb mancher Aspekt unterbelichtet. Zum Beispiel wäre ein kurzer historischer Rückblick auf die Arbeiterbewegung in Frankreich wenigstens bis zu den Anfängen des Jahrhunderts für das Verständnis der ideologischen Ausrichtungen und Abhängigkeiten erhellend gewesen; auch die Gewerkschaft der leitenden Angestellten CGC hätte wenigstens eine Erwähnung verdient. In diesem Sinn müßte auch bemerkt werden, daß der Organisationsgrad der französischen Arbeiterschaft noch geringer ist als beim deutschen Nachbarn. So blieb es bei guten Beispielen, viel Verständnis für die sozialistische Gewerkschaft CFDT und etwas weniger für die unabhängige FO.

JÜRGEN LIMINSKI

Englischer Edelkitsch

Die sechsteilige Agentenserie **„Smileys Leute“** (ARD), nach einer Romanvorlage von John Le Carré, ist mit viel Vorschußlorbeeren bedacht worden. Wir müssen gestehen, daß wir für die Reize Le Carrés und seines Regisseurs Simon Langton völlig unempfindlich sind und die restlichen fünf Folgen sicher nicht anschauen werden. Begründung: Erstens – wie alle Filme nach Le Carré – steht auch dieser unter Dauerspannung von der ersten bis zur letzten Minute. Wenn es keine Sequenz gibt, in der das Gegenteil von Spannung herrscht, so verwandelt sich die Spannung in Monotonie. Der Kontrapunkt ist den Leuten, die Drehbuch und Regie verbrochen haben, offensichtlich völlig unbekannt.

Zweitens – es passieren viele geheimnisvolle Dinge, aber warum sie passieren wird dem Zuschauer ganz selten gesagt. Mit anderen Worten: Die Story ist kein Spiel, in das der Zuschauer als allmählich Kapierender einbezogen wird. Man kann nur doof glotzen. Drittens – die Personenzeichnung ist von erschreckender Plumpheit. Da gibt es russische Geheimdienstagenten, die wie Golems durch Frankreich trampeln, so daß die Bevölkerung ganzer Provinzen merkt: russische Agenten unter uns! Das alles wird inszeniert, damit sich im Mittelpunkt der Geschehnisse eine kleine Gruppe von unverkennbar englischen Gentlemen durch ihr ironisches und wissendes Lächeln abheben kann.

Kurzum: englischer Edelkitsch im Quadrat. Nicht einmal ein so großer Schauspieler wie Alec Guiness und ein so guter wie Curd Jürgens können sich entfalten.

ANTON MADLER



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 heute
10.03 WISO
10.35 Die violette Mütze oder Morgen sind wir endlich reich ... !
12.00 Umschau
12.10 Panorama
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Frauen der Welt
Im Namen der Liebe
Betrachtungen zur Ehe
16.55 Geheimprojekt Doomboit
Spielfilmserie in 6 Teilen
1. Teil: Kurs zwo – fünf – null
17.20 Dahintergeschaut
1. Folge: Blacky, Luggi und die Geister
Film von Lutz Neumann und Jürgen Wesche
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Gegenlicht
Fernsehfilm nach dem gleichnamigen Roman von Walter Wippersberg
Regie: Michael Kehlmann
22.00 Stockholm – Konferenz für Vertrauensbildung und Abrüstung in Europa (KVAE)
Leitung der Sendung: Peter Krebs und Peter Schiwy.
22.30 Tagesthemen
23.00 Nick Lewis
Chief Inspector
Der König der Fälscher
Regie: Lovett Bickford
Billy Swain, ein hervorragender Graveur, stirbt im Gefängniskrankenhaus an Herzversagen. Als man ihn vor einiger Zeit festnahm, fand man bei ihm meisterhaft nachgemachte Druckplatten für Banknoten, doch stieß man nie auf das Falschgeld, das er offensichtlich hergestellt hatte.
23.45 Tagesschau

ZDF

15.25 Enorm in Form
16.00 heute
16.04 Rappelkiste
Mein Opa war im Krieg
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Bären sind los
3. Folge: Die nackte Wahrheit
17.00 heute/Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
18.00 Wildes weites Land
8. Teil: Die Machtprobe
Regie: Rod Stewart
19.00 heute
19.30 Na sowas!
Musik und Gäste bei Thomas Gottschalk
Regie: Alexander Arnz
20.15 Kennzeichen D
Themen: Wird es in Hessen eine SPD-Minderheitsregierung mit grünem Segen geben? / Die DDR feiert die zweimillionste neue Wohnung, seit Honecker. Gleichzeitig gesteht selbst das DDR-Fernsehen zum Teil katastrophale Wohnverhältnisse ein. / Das Auto, gehört zu den Umweltsündern Nummer 1. / Die beiden deutschen Delegationen in Stockholm.
Moderation: Joachim Jauer
21.00 Der Denver-Clan
Das Hochzeitsgeschenk
21.45 heute-journal
22.05 mittwochslotto – 7 aus 38 und Spiel 77
22.10 Themenshow: Der Kuß
Ein Unterhaltungsmagazin mit Szenen, Sketchen und Interviews
22.40 Das kleine Fernsehspiel
Der Videopionier
23.40 heute

Olivia Pascal und Manfred Seipold moderieren das neue Unterhaltungsmedizin „Themenshow“, das heute den Kuß an und für sich behandelt. – Um 22.10 Uhr im ZDF FOTO: URSULA RÖHNERT

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Hattingen
21.45 off-off Freizeit und Fitness
22.15 Cary Grant wird 80
22.25 Berüchtigt (Notorious)
Amerikanischer Spielfilm (1946)
24.00 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Königsfischer
19.15 Briefmarken – nicht nur für Sammler
19.30 Landwirtschaft aktuell
20.00 Tagesschau
20.15 Schaufenster
21.00 Front in Eis und Fels (3)
21.45 Die unheimliche Herberge
Frz. Spielfilm (1951)
23.25 Letzte Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
Eine gute Nachricht
18.55 Ludwig
Trautes Heim
19.00 Eine Klassenreise (2)
19.15 Zwischen Zwiebel und Zweifel
Chinakohl
19.45 Herrchen gesucht
20.15 Streitfragen
21.30 Drei aktuell und Sport
22.00 Was Flügel hat, fliegt

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Englisch
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Die Abendschau im Dritten
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Die Abendschau / Blick ins Land im Dritten
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm Südwest 3
19.25 Nachrichten und Moderation
19.30 Zeit genug
Spielfilmserie in sechs Teilen
20.15 Raffael
Dreiteilige Reihe von David Thompson
21.00 Leoparden küßt man nicht
Amerikanischer Spielfilm von 1938
22.30 Kolonialmacht Venedig
Sechsteilige Sendereihe

BAYERN
17.45 Telekolleg
18.15 Bilderbogen der Abendschau
18.45 Rundschau
19.00 Unterhaltung am Mittwochabend
19.45 Nur ein Viertelstündchen
20.00 Kimbim
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Der steinige Weg zur Downing Street 10
Winston Churchill
22.45 Z. E. N.
Begegnungen mit Menschen in Afrika
22.50 Der weiße Mann und das Spinnrad
23.35 Rundschau
23.40 News of the Week

Die Leiter eins runter

kno – Als zwischen den Jahren bildungspolitische Windstille herrschte, hat der Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen einen Sparerlaß für den öffentlichen Dienst verfügt, der vermutlich die Verbandsfunktionäre wieder einmal auf die Barrikaden treiben wird. Dabei geht es nämlich um eine Herabstufung derer, die nach dem 31. 12. 1983 in ein Dienstverhältnis bei Bund und Ländern eintreten. Künftig gilt die nächstniedrigere Stufe nun als Eingangsstufe.

Wer bisher nach abgeschlossenem *Hochschulstudium* in den öffentlichen Dienst eintrat, wurde entweder als Beamter nach A 13 – das heißt „höherer Dienst" – besoldet oder als Angestellter nach BAT IIa. Nunmehr würde er in die Vergütungsgruppe A 12 – das heißt „gehobener Dienst" – oder BAT III eingewiesen und erst nach Ablauf von vier Jahren höher gruppiert werden. Das sieht für den Außenstehenden zunächst wie eine gehaltstechnische Finesse aus, die sich in Mark und Pfennig nachrechnen läßt, sonst aber belanglos ist.

Jeder Beamte erkennt jedoch sofort die standespolitische Brisanz. Die bisherigen Abgrenzungen von „höherem Dienst" (z. B. Studienrat A 13) und „gehobenem Dienst" (Lehrer A 12) wird damit aufgehoben. Der bisherige Automatismus, der ein abgeschlossenes Hochschul*studium zur* Einweisung in A 13 berechtigt, fällt weg. Damit wird hier zum erstenmal das Junktim von Ausbildungssystem und Besoldungssystem im öffentlichen Dienst aufgekündigt.

Dies braucht nicht beklagt zu werden, weil dadurch eine begrüßenswerte Mobilität in das bisher kastenförmig abgeschottete Beamtensystem einziehen kann. Zwar sind wir noch weit entfernt von der Unbefangenheit des amerikanischen Arbeitsmarktes, der weniger vom Status als von der Leistung bestimmt wird. Aber wenn sich der öffentliche Dienst noch entschließen könnte, den Aufstieg nach vier Jahren nicht automatisch, sondern nach dem Bewährungsprinzip vorzunehmen, so wäre hier die richtige Richtung eingeschlagen. Not macht eben erfinderisch, und auch das Sparen kann zur Einsicht verhelfen.

Hannover: T. Bernhards „Die Jagdgesellschaft"

Der Wald ist schon tot

In den zehn Jahren seit der Uraufführung hat „Die Jagdgesellschaft" von Thomas Bernhard an Realität hinzugewonnen. Die Inszenierung von Gert Pfafferodt am Niedersächsischen Staatstheater in Hannover trägt dem Rechnung. Das überraschende Bühnenbild von Bernd Holzapfel zeigt die helle Eingangshalle eines Schlößchens im italienischen Stil mit schwarzen und weißen Kacheln ausgelegt; aber der Schriftsteller (Hannes Riesenberger) und die Generalin (Jutta Richter-Haaser) frieren vor einem Ofen, daß auch dem Zuschauer das Frösteln kommt.

Durch die Fenster sieht man Schnee fallen. Sie habe ihren Mann, sagt die Generalin, nun schon seit zehn Jahren wiederholt gesagt, man solle dieses Jagdhaus ein oder zwei Wochen vor der Ankunft der ersten Gäste im Winter durchheizen und nicht erst am Vorabend. Aber der General wolle Holz sparen, das einzige, was hier im Überfluß vorhanden sei, und nun mehr denn je, denn die riesige Wald um das Haus herum sei vom Borkenkäfer befallen und müsse abgeholzt werden. Alle wissen das, nur nicht der General (Wolfgang Hofmann): Der graue Star, die eigene „Todeskrankheit", nimmt ihm den Blick auf die Natur, die ihm gehört.

Damals, vor zehn Jahren, war das Waldsterben nur eine Chiffre für das unaufhörliche Sterben der Welt, ein Gleichnis für die Krankheit des Generals, auf dessen Ende die zur Jagdgesellschaft geladenen Minister warten; heute entspricht das einer neuen Erfahrung des Publikums, das sich hier mit etwas identifizieren kann, woran es seit zehn Jahren nur ästhetisch delektierte.

Die Inszenierung folgt sehr genau dem Text. Pfafferodt hat ein Gehör für den Rhythmus und die Tonart der Sprache Bernhards. Riesenberger weiß mit ebenso sparsamen wie nachdrücklichen Gesten die besessenen Satzwiederholungen in der Haß- und Verzweiflungslitanei des Schriftstellers in ihren Nuancen deutlich zu machen.

Als Gegenentwurf zu der Tragödie des Generals erzählt er den Geladenen sein Projekt einer Komödie. Die Gäste, die sich darin nicht wiedererkennen, sind peinlich berührt. Nur der General begreift seine Situation und erschießt sich. Mit dem Schuß bricht die Musik ab, der der General gelauscht hat, als hörte er nicht zu. Stille tritt ein und man hört von draußen die Axthiebe der Holzfäller, die den Wald niederlegen.

Pfafferodt will die Düsternis des Bildes aufhellen. Er weiß zu vermitteln, daß die Welt nicht nur voll Schrecken, sondern auch zum Lachen ist. Nicht einen Augenblick ließ die Aufmerksamkeit der Zuschauer nach. Verdienter starker Applaus für die herausragenden Leistungen der Schauspieler.

CHRISTOPH GRAF SCHWERIN

H. Scharoun – Eine Ausstellung in Bremerhaven

Rhythmische Fassaden

Geboren ist er in Bremen, aufgewachsen in Bremerhaven, aber die Stadt, die ihm die entscheidende Basis für sein Lebenswerk bot, war Berlin: Zum nachträglichen Gedenken an seinen 90. Geburtstag veranstaltet das Morgenstern-Museum in Bremerhaven eine Ausstellung von Modellen, Zeichnungen und Plänen nebst vielen Fotos des international renommierten Architekten Hans Scharoun.

Er ist nicht nur Ehrenbürger von Berlin geworden, sondern auch Ehrendoktor der Universität Rom. Weltweit gilt er als einer der herausragenden Pioniere des sogenannten „organischen" Bauens – und die organismische Tendenz seines Bauens, einige Jahre lang eng verbunden mit einer expressiven Haltung, meldet sich schon früh an. Die Ausstellung in Bremerhaven, in der leider die Aquarelle des bedeutenden Mannes fehlen, zeigt das deutlich. Doch dieses Manko wird ausgeglichen durch eine Reihe von Dokumenten, die Aufschluß über die Entfaltung des Architekten schon in seiner Jugend geben.

Da findet sich der „Jahresbericht 1912 aus dem Stadtarchiv" betreffend das Städtische Gymnasium in Bremerhaven. Es geht um die Reifeprüfung des Jahres 1912. Unter den 20 Abiturienten befindet sich als Nr. 14 auch Scharoun. Damals mußte immer auch der beabsichtigte Beruf angegeben werden. Und bei Scharoun stand: Architekt.

Das schien selbstverständlich zu sein: Seine ungewöhnliche Begabung bewies der junge Mann schon vorher, als er als *Primaner bereits an* einem Wettbewerb um eine Kirche in Bremerhaven teilnahm. Ein ganz vom damals noch führenden Jugendstil bestimmter Entwurf mit dem Motto „Alles um Liebe" war das erstaunliche Ergebnis. Auch eine Zusammenstellung der Entwürfe und Bauten für Bremerhaven erweist, daß nicht nur das Schiffahrtsmuseum seinen Ruf in der Stadt begründete. Allerdings wurde außer vielen Einfamilienhäusern und einem Wohnblock mit Offizierswohnungen nur noch wenig ausgeführt.

Sein Lebensweg führte Scharoun über das Studium an der Technischen Hochschule in Charlottenburg auch später nach Berlin, wobei allerdings die wichtigen Breslauer Jahre als ordentlicher Professor an der dortigen Akademie für Kunst und Kunstgewerbe nicht ausgelassen werden dürfen. Diese Jahre von 1925–1932 waren entscheidend für die Entwicklung des Architekten. Hier befreite er sich endgültig von den expressiven Tendenzen, die noch seinen Entwurf für das Hochhaus Friedrichstraße in Berlin (1922) bestimmt hatten. Denkt man daran, daß bei dieser Gelegenheit auch Mies van der Rohe seinen später weltberühmt gewordenen Glashausentwurf vorgelegt hatte, der einen neuen konstruktiven Stil in der ganzen Welt begründete, so erhält man einen kennzeichnenden Einblick in die Entfaltung moderner Architektur.

Scharoun ging nicht den Weg von Mies – stand eher Hans Poelzig nahe, der vor ihm in Breslau gewirkt hatte und in den zwanziger Jahren eine dominierende Rolle an der TH Charlottenburg spielte. Aber die Breslauer Jahre brachten dann für Scharoun die Wendung vom Konstruktivismus und Funktionalismus zu einem organismischen Bauen, das nicht die reine Funktion im Sinne hatte, sondern den Ausdruck dieser Funktion im Baukörper und seiner plastischen Oberfläche. Seine wohl bedeutendsten Leistungen in dieser Übergangszeit sind die Bauten auf der Weißenhofsiedlung (1927) und das Wohnheim auf der Werkbundausstellung Breslau 1929.

Aus derselben Zeit stammen auch die noch heute durch Klarheit, Eleganz und durch ungewöhnliche rhythmische Fassadengestaltung herausragenden Apartmenthäuser am Kaiserdamm in Berlin-Charlottenburg. *Die Verbindung von* Funktionserfüllung mit organismischer Gestaltung in Wiederaufnahme gewisser expressiver Elemente glückte dann in der Berliner Philharmonie, mit der er seiner Arbeit Weltrang sicherte.

Organisch bauen bedeutete ihm (wie auch Hugo Häring), den wesentlichen Bedürfnissen des Lebens den *angemessenen* Raum zu schaffen, oder, wie er selbst anläßlich seiner Rede bei Verleihung des Ehrendoktors in Rom sagte: „Das Wesentliche der Baukunst ... ist ja die Sinndeutung des Lebens der Menschheit und deren Gestalt gewordenes Ergebnis. Dies von vielen Seiten anzupacken, ist die noch immer lebendige Aufgabe Europas."

HERBERT ALBRECHT

Ein Filmheld, wie Hollywood ihn nur wünschen konnte: Der Schauspieler Cary Grant wird 80

Jedermanns Liebling mordet doch nicht

Alexander Archibald Leach, das ist ein schöner Name für einen in England geborenen und ausgebildeten Schauspieler. Jedoch, bei der Paramount in *Hollywood* dachte man darüber anders. Wer nach der Ankunft 1932 gleich in seinen Filmen mitspielen darf, etwa unter Sternberg mit der „Blonden Venus" Marlene, nun, der ist in Kleinigkeiten gern fügsam – und deswegen wird heute nicht Mr. Leach achtzig Jahre alt, sondern Cary Grant. Der Name war nicht schlecht und war auch handlich, und er wurde sehr schnell Gütesiegel für Träume nach Maß, und zwar solche Träume, die nicht ganz und gar nach Träumen aussehen.

Erst knapp zwei Jahre vor Grants Ankunft in Hollywood hatte der tönende Film die Lichtbild-Pantomime mit Zwischentiteln ganz verdrängt. Deswegen wurden nun rundum gut ausgebildete Schauspieler in den Ateliers besonders gern gesehen. Kino mit Sprache zudem, das förderte die kleineren Konkurrenten der großen Filmmacht USA: Sie konnten fortan ihr Publikum mit seiner eigenen Sprache verlocken, Französisch etwa oder Deutsch. Für Hollywood bedeutete das, mehr schöne Alltagsabenteuer zu liefern und mehr intimes Amüsement im Kinosessel. Ein neuer Typus von internationalem Star war dringend erwünscht. Cary Grant entsprach diesem Typus.

Diskreter Charmeur und doch ein ganzer Mann, mit Talent für leise Komik und fähig zur Selbstironie: Cary Grant repräsentierte einen neuen, differenzierten Typus in Hollywoods großer und ziemlich weiter Welt. Er traf just zu dem Zeitpunkt ein, als es schon rein geschäftlich nicht mehr ganz genügte, nach Sam Goldwyns schlichter Manier „schöne Filme über schöne Menschen" zu machen. Schönheit blieb gewiß gefragt auch in den Kino-Jahren zwischen 1930 und 1960, doch ein wenig Würze, etwas Beinahe-Wirklichkeit war nun sehr gewünscht.

Cary Grant ist weise genug gewesen, sich Mitte der sechziger Jahre aus den Ateliers zurückzuziehen. Bald danach verlieh ihm die Filmindustrie ihren Milestone Award für



Ein Stückchen von ihm haben die meisten Filmstars in sich kultiviert: Cary Grant, der heute 80 Jahre alt wird FOTO: CAMERA PRESS

seinen „historischen Beitrag", und 1970 empfing er mit etwa der gleichen Begründung einen Sonder-Oscar. Kassenwarte und Hüter der Massenkunst huldigten dem gleichen Mann und damit einem angenehmen Typus, ohne den Amerikas Film und damit die leidlich substantielle Unterhaltung der ganzen Welt fortan nicht mehr hätte auskommen können. Der gut aussehende Mann mit dem gut aussehenden Gewissen, um ein Haar naiv, aber eben doch nicht naiv, dabei stets hinreißend ohne Schuld, ohne Furcht und ohne Tadel – das war der erwünschte Protagonist einer Film- und Unterhaltungsepoche, der mehr oder minder normalen Wunschbilder.

Die Stewarts, die Nivens, die Harrisons haben alle das Stückchen Cary Grant in sich kultiviert und unter das dankbare Volk gebracht. Die Erinnerung an Grant selbst und an die anderen in ihren besten Zeiten ist ganz besonders getränkt mit Nostalgie. Gewiß, jedermann wußte und weiß, daß diese Charmeurs mit dem netten Bizeps unter dem gut geschnittenen Hemde nicht ganz von dieser Welt waren, aber trotzdem, ihr Gehalt an Wirklichkeit schien doch ein klein wenig größer als später der bei den reizenden oder biestigen Menschen im Massenfutter der Fernsehserien aus den USA und Großbritannien, *aus Wandsbek und Geiselgasteig.* Amüsement ist nach wie vor gefragt, das schon, doch vorerst bleibt die Frage offen, wann das beste Amüsement in diesem Jahrhundert hergestellt worden ist.

Grant und die Dietrich. Grant und Mae West, als die gute noch ordentlich in ihr Sexkistchen langte und damit die dreißiger Jahre erröten machte. Grant als Komiker in den vergessenen, doch recht ulkigen Filmen des Howard Hawks. Grant sodann bei Hitchcock – in „Verdacht" etwa als Gatte von Joan Fontaine, und Joan denkt, Cary will sie umbringen. Die Sache endet leider mit einem Happy-End: Grant war nun schon fast zehn Jahre lang ein großer Star, und diese Lieblinge der Welt morden weder, noch kommen sie um. Hitchcock mochte das gar nicht, und wahrscheinlich hat die Existenz im Star-Kasten dem Schauspieler Grant einige Möglichkeiten seiner Weiterentwicklung verbaut. Wohl möglich, daß er mit einigem Mut zum Ausbruch sein Talent auf einen Weg hätte locken können, wie ihn später etwa Dirk Bogarde ging. Der hatte auch mit Charme mehr als ein Jahrzehnt lang sehr gewinnbringendes Unterhaltungsfutter gehäckselt, als er den Kram hinwarf, ein bißchen was riskierte und so ausgezeichnet wurde, wie er jetzt ist.

Doch der Vergleich ist wohl unfair. Bogarde ließ nur die britische Unterhaltungsindustrie hinter sich. Aus Hollywood bricht man so leicht nicht aus. Und Cary Grant hatte sich schon früh auf seinen Typus soweit eingelassen, daß da kein Ausbruch mehr möglich gewesen wäre. Zudem, er wurde stets gebraucht, wie er war – gerade, weil er so anders sich ausnahm als seine Zeit und dabei doch den Eindruck machte, als könnte jedermann ihm gleich begegnen: so verbindlich und heiter, so hübsch anzusehen, so zuverlässig, so jung und doch ausgereift. Er wird mit achtzig kaum anders sein – so hofft doch wohl jeder.

CHRISTIAN FERBER

„Das Federgewand" und „Hexenskat" – Saarbrücken bringt zwei Werkstatt-Opern zur Uraufführung

Vor Macbeth kommt der Gewerkschaftsobmann

Ganz nahe bei Saarbrückens Amüsierzentrums hat sich das Staatstheater eine alternative Spielstätte geschaffen: Die Alte Feuerwache. Hier wird Seltenes und Vergessenes aufgespürt, läßt sich gelegentlich eine Abwechslung genießen. Gleich zwei Stücke standen jetzt zur Uraufführung an: „Das Federgewand" von Wolfgang-Andreas Schultz und, von Babette Koblenz, „Hexenskat". Die beiden Komponisten – er Jahrgang 1948, sie fast sechs Jahre jünger – sind Schüler Ligetis, doch längst aus dem Schatten ihres Herrn und Meisters herausgetreten.

Im „Federkleid" experimentiert Schultz mit phantasievollen Arabesken aus alt und neu, schwört auf Leitermodelle, Ruhe- und Bewegungstöne und den exotischen Reiz fernöstlicher Idiome. Die ästhetisierenden Klangspielereien bevorzugen den leicht femininen Tonfall, klingen süffig melodiös, mitunter auch ein wenig manieriert und versponnen. Doch leider: Die Dramaturgie der Geschichte (von Valentin Wember nicht allzu bühnengerecht bearbeitet) ist zu schlicht, ist alles andere als eine Werbung für das japanische Nô-Theater. Und wenn Schultz der Vorstellungswelt ostasiatischer Musik mit europäischen Instrumenten beikommen will, mit klagenden Flötentönen, grimassierenden Schlagzeugeffekten und – als der unerbittliche Fischer der Himmelsfee (Carolyn Frank) ihr Federgewand nur um den Preis eines Tanzes zurückgeben will – artigen Tanzweisen, dann treibt die poetisch-musikalische Phantasie des Komponisten doch recht weltfremde Blüten.

Mit dem „Hexenskat" geht's dann erst richtig los. Drei Schauspielerinnen, die in einer Theatergarderobe ihren Auftritt als Hexen in Shakespeares „Macbeth" erwarten, spielen Skat. Doch der omnipotente Gewerkschaftler verschiebt den Aufführungsbeginn wegen eines Streiks. Die drei Feministinnen produzieren sich als Lesben, Emanzen und Showgirls. Am Ende, wenn Macbeth erscheint und die Vorstellung beginnt, wird das Magische vom Realen eingeholt und unmittelbar darauf durch den Mythos wieder ad absurdum geführt. Diffuse Geräusche, das gläserne Raffinement des Orchesterklangs (nur 18 Musiker werden benötigt), der an Strawinsky weit mehr geschult ist als an Ligeti, unverhohlene Reminiszenzen an Kurt Weills Song-Stil, derbe Griffe ins Jazz- und Swing-Reservoir, samt einer fast martialischen Morbidezza addieren sich zu außergewöhnlich effektvoller Musik, die freilich mehr reizt als erregt.

Die Musik der Babette Koblenz ist magisch und mythisch grundiert, drängt aber aus der Vergangenheit in die Gegenwart, verrückt die Räume und landet schließlich beim aufgekratzten Firlefanz einer kessen Show. Man gab sich redlich Mühe um die ungleichen Zwillinge. Stephan Schmidt hatte „Das Federgewand" ebenso sorgfältig wie engagiert vorbereitet und dirigiert, und auch Joel Ethan Fried, der den „Hexenskat" musikalisch überwachte, demonstrierte unverdrossen, daß es auch beim Neuen vom Tage auf Professionalität, Perfektion und Begeisterung für die Sache ankommt.

Die beiden Regisseure, Saskia Kuhlmann und Veit W. Jerger, verschmähten das Lavieren zwischen Konvention und desillusionierender Aktualisierung, brachten ihr Stück auf den märchenhaften bzw. multimedialen Punkt, wobei Jerger den Vorteil hatte, in Elena Marinescu, Brigitte Mathieu und Klaus Lapins drei Skatschwestern lancieren zu können, die aufs Ganze gingen.

HEINZ LUDWIG

Das alte Spiel von Traum und Wirklichkeit: Alain Resnais' neuer Film „Das Leben ist ein Roman"

Das Glück: Vielleicht nächstes Jahr in Marienbad

Im blauen Morgenlicht trifft sich eine Gesellschaft im Park. Abendkleider, Smokings. Ein Graf hat seine Freunde eingeladen. Geladen zu einem Traum. Das unendliche Glück. Die ewige Harmonie. Ein Reich der Phantasie. In einem surrealen Traumschloß.

So beginnt Alain Resnais' („Hiroshima mon amour", „Letztes Jahr in Marienbad") neuer Film „Das Leben ist ein Roman". Also die alten Resnais-Visionen? Ein neues Marienbad? Die alten Spiele mit Traum und Wirklichkeit? Mit den letzten Möglichkeiten der Schönheit? Mit dem Flair des Vergehens? Ja. Und nein. Resnais ist inzwischen 61 geworden. Da sind die Spiele nicht mehr so ungebrochen zu spielen. Da hat man Enttäuschungen hinter sich. Und die Zeiten haben sich geändert.

Also bleibt Resnais nicht bei seiner Eingangs-Geschichte. Er vermischt sie mit anderen Geschichten. Zum Beispiel *mit jener: Auf dem gleichen* (unvollendeten) Schloß trifft sich Jahrzehnte später eine Gesellschaft aus Pädagogen, Architekten, Pfarrern zu einem Kolloquium über die Möglichkeiten einer modernen Erziehung zur Phantasie, zur Ausbildung der Vorstellungskraft. Die Grundidee ist eine ähnliche wie bei jener Traumvorstellung des Grafen: Erziehung zum Glück, zur allgemeinen Harmonie. Nur die Methoden sind anders. Soziologen-Latein. Pädagogen-Modelle. Wissenschaftlichkeit.

Und eine dritte Geschichte: Kinder spielen im Schloßpark. Sie träumen vom Glück. Von Gerechtigkeit. In Märchen-Szenen wird ein böser König von einem schönen, jungen Helden gestürzt. Im Kindermärchen gelingt das. Aber wird der neue Herrscher anders sein als der alte? Das Leben ist ein Roman. Das Märchen ist der Roman für die Kinder. Alain Resnais rechnet ab. Die alten Träume der Kunst, der Ästhetik, scheitern. Beim Experiment des Grafen gibt es Tote. Und die anderen erwachen nicht mehr. Die Drogen haben sie betäubt. Marienbad hat sich verwandelt: Das Schloß eines gescheiterten Herrschers, der die Menschen zum Glück zwingen wollte.

Auch das Kolloquium entartet zur Farce. Die klugen Damen und Herren geraten aneinander. Jeder hat das beste Modell. Und jeder hat doch nur seine eigenen kleinen, maroden Bedürfnisse. Die Gruppe läuft auseinander. Wer kann, nimmt noch eben schnell einen Partner mit. Aber die Ideen? Ein Roman. Mehr nicht. Und das Leben ist vielleicht doch kein Roman, in dem alles vom Willen des Autors bestimmt wird.

Resnais hat das wieder in schöne Bilder gefaßt. Ein Schloß, das nie fertig wird. Rauschszenen in Gold und Glimmer. Ein Kinderpark, in dem sich die Bäume öffnen und Höhlen freigeben, in denen sich ein geheimes, wenn auch nicht minder grausames Leben abspielt. Eine pädagogische Modell-Landschaft, in der sich die Phantasie doch nur wieder in alte Klischees flüchtet...



Ein Tempel des Glücks im unvollendeten Schloß: Szene aus Resnais' Film „Das Leben ist ein Roman" FOTO: DIE WELT

Aber Resnais ist ein sanfter Kritiker. Seine hochgezielte Ironie zerstört nur selten das, was sie aufs Korn nimmt. Liebesschwüre werden in schöne, wohlklingende Arien gebunden. Man lacht und ist doch entzückt. Eine Lehrerin verteidigt ihre pädagogischen Absichten gegen ihre wütenden Kollegen. Aber diese Verteidigungsrede singt sie. Das hört sich komisch an, nimmt den Inhalt natürlich auf die Schippe. Dennoch klingt das schön. Wieder lacht man und ist entzückt.

Resnais bleibt ein Künstler. Er hat Abstand. Er ist nicht glücklich über die Welt. Aber er sieht in allen Versuchen des Menschen seinen Willen zur Form. Das Glück ist ein Formproblem. Es ist häufig lächerlich. Aber solange man die Form nicht aufgibt, bewahrt man das eigentlich Menschliche. Ein Architekt erzählt, wie Italien die Welt erobert. Ohne Waffen. Ganz unspektakulär. Mit Lasagne. Mit Michelangelo. Mit Barbera. Komisch. Gewiß, aber voller Vergnügen.

*Das Leben ist ein Roman. Das Le*ben ist kein Roman. Der Film behauptet beides. Das Leben unterliegt der Autorenschaft. Jeder schreibt sein Buch. Aber jeder ist auch getrieben, gezwungen, bedrängt. Das Leben schreibt ihn. Resnais sagt: So ernst muß man das alles nicht nehmen. Es macht doch auch Spaß.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Aufschlüsse zur Geschichte der Etrusker

MvZ. **Perugia**

Zwei außergewöhnliche Funde könnten neues Licht auf die Geschichte der Etrusker werfen. Am Stadtrand von Perugia (Umbrien) stieß ein Gärtner zufällig auf eine Vierkammer-Grabstätte, deren reicher Inhalt unangetastet war. Das ist eine Rarität, denn fast alle etruskischen Necropolen sind seit der Römerzeit ausgeraubt worden. Die interessantesten Funde sind ein bronzener „Kottabos", der antiken Gesellschaftsspielen diente, und ein Urnengrab aus dem 1. Jahrhundert vor Christus, das neben der etruskischen Inschrift auch eine lateinische Version trägt. In der Val Camonica nördlich von Brescia (Lombardei), die mit über 200 000 im 8. Jahrtausend v. Chr. beginnenden Felszeichnungen die reichste prähistorische Fundstätte in Europa ist, entdeckte man kürzlich Inschriften mit nordetruskischen Lettern. Außerdem fand man bei der Ortschaft Breno zwei Stierzeichnungen, deren Stil darauf hindeutet, daß das Tal schon Jahrtausende vor den „Camunern" bewohnt war.

Spur im Budapester Kunstdiebstahl

dpa, **Budapest**

Ein Gemälde des Budapester Kunstdiebstahls vom vergangenen November ist in der Nähe der ungarischen Hauptstadt unversehrt gefunden worden. Es handelt sich um das „Porträt eines jungen Mannes" von Raffael. Es sei in der Erde vergraben gewesen, aber nicht beschädigt worden. Die anderen sechs aus dem „Museum der schönen Künste" in Budapest entwendeten Bilder von Renaissance-Malern sind nach Berichten wahrscheinlich in Griechenland. Die ungarischen Sicherheitsbehörden bestätigten ebenfalls die Angaben der italienischen Polizei, daß mehrere Italiener in Zusammenhang mit dem Diebstahl festgenommen worden seien.

Preisregen für Michael Jackson

AFP, **Los Angeles**

Der schwarze Rocksänger Michael Jackson ist bei der 11. Vergabe der amerikanischen Musikpreise in der Nacht zum Dienstag mit acht Auszeichnungen bedacht worden. Unter anderem wurde der US-Star für seine über 21 Millionen mal verkaufte Langspielplatte „Thriller", als bester männlicher Sänger in der Pop- und Soulkategorie sowie für seine beiden *Platten „Billie Jean" und „Beat it"* mit Preisen bedacht.

Laub-Aphorismen in Gesamtausgabe

vp. **Hamburg**

„Denken verdirbt den Charakter" – so soll eine Gesamtausgabe der Aphorismen heißen, die der Autor Gabriel Laub im Laufe der letzten 30 Jahre ersonnen hat. Es „*möchten* so an die 1200 Stück sein", meint er auf Befragen. Der Aphoristiker und Satiriker ist zuletzt mit einem satirischen Roman („Der Aufstand der Dicken") hervorgetreten. Nachdenklichkeiten über – z. B. – Freiheit und Krieg, Kinder und Philosophen soll ein weiterer neuer Band enthalten, an dem Laub zur Zeit arbeitet. Das Buch soll den Titel bekommen *„Gespräche mit dem Vogel"*.

Marianne Schech 70

Daß die Zeit ein sonderbar Ding ist, darüber hat Marianne Schech als Marschallin im „Rosenkavalier" von Hofmannsthal und Strauss oft genug räsoniert auf der Bühne. Sie darf es heute, da sie ihren 70. Geburtstag feiert, wieder tun: Wie hat sich doch die Opernlandschaft verändert in den vierzehn Jahren, seit sie in München ihren Bühnenabschied gab. Marianne Schech, geboren in einem Dorf bei Bayrischzell, war über Düsseldorf und Dresden 1945 an die Bayerische Staatsoper gekommen. Dort blieb sie. Dort führte sie mit jugendlich-dramatischem Sopran das Wagner- und Strauss-Ensemble an. Gewiß, auch sie unternahm Gastspiele, in New York, London und Wien zumal. Sie trug sich ein in die bedeutenden Plattenaufnahmen des „Rosenkavalier" und der „Elektra" (als Chrysothemis) unter Karl Böhm. Aber Treue, Beständigkeit und Ensemblegeist waren die Operntugenden, die damals zählten. Die Schech war eine der letzten dieser großen Unentbehrlichen. Dafür dankt ihr das Publikum noch immer. ebi

Paul Ben-Chaim †

I. Br. **Tel Aviv**

Im Alter von 87 Jahren ist in Tel Aviv der israelische Komponist Paul Ben-Chaim (Frankenburger) gestorben. Ben-Chaim, gebürtiger Münchner, in den zwanziger Jahren enger Mitarbeiter von Bruno Walter, verließ seinen Posten als Dirigent der Augsburger Oper im Jahr 1933 und wirkte von da an in seiner neuen Heimat Israel, wo seine Kompositionen vor allem zur Prägung eines typisch israelischen Musikstils beitrugen. Neben dem Israel-Preis für Musik (1975) hat er auch zahlreiche internationale Auszeichnungen erhalten.

Der Kult der 402 Geister bringt Leben in die Karibik

Von WERNER THOMAS

Flackerndes Feuer, Trommelwirbel, Singsang und ekstatische Tänze. Eine der weißbekleideten Frauen tötet ein Huhn mit einem blutigen Halsbiß. Andere zerkauen die Glut einer glimmenden Holzkeule und treten, barfüßig, die Flammen aus. Zwei Tänzerinnen sinken schreiend zusammen und werden dann ohnmächtig davongetragen. „Dies war eine Beschwörung des Feuers", erläutert Max Beauvoir nach der zweistündigen Zeremonie.

Beauvoir ist der prominenteste und einflußreichste Voodoo-Priester Haitis. Hätte dieser afrikanische Kult eine ähnlich hierarchische Struktur wie die katholische Kirche, dann wäre er wohl Kardinal. Der 47jährige Mann verdankt diesen Status seinem revolutionären Elan: Er will Voodoo von dem Ruch der Rückständigkeit befreien und die soziale *Rolle* der Religion erweitern.

Die karibische Negerrepublik mag ein katholisches Land sein, seit 1860 existiert ein Konkordat mit dem Vatikan, aber Voodoo ließ sich nie verdrängen. Beauvoir bezeichnet Voodoo als „Seele dieses Volkes". Neben den 600 katholischen Geistlichen gibt es 60 000 Voodoo-Priester. Diese „Houngans" sind auch Medizinmänner, Lebensberater, Bürgermeister und Notare. Keine andere Berufsgruppe verfügt über einen vergleichbaren Einfluß. Viele Präsidenten praktizierten den Kult der 402 Geister. Der frühere haitianische Bonn-Botschafter Edouard Francisque, heute in Wien, brachte es zum Priester. Jeder Haiti-Besucher kann nachts Gesang und Trommelwirbel hören. Geräuschkulisse zu irgendeiner Zeremonie in den Bergen.

Haiti ist das einzige afrikanische Land auf dem amerikanischen Kontinent. Max Beauvoir glaubt, daß die Insel noch afrikanischer ist als Afrika. „Wir waren nicht so lange den fremden Einflüssen ausgesetzt", erläutert er. Haiti erkämpfte bereits 1801 seine Unabhängigkeit von den Franzosen. Dennoch stören Beauvoir die westlichen Elemente im Leben des Haitianers, für die er die kleine Oberschicht verantwortlich macht, „die sich von dem Lebensstil anderer Nationen verführen ließ". Beauvoir: „Das Justizsystem, unser Bildungswesen, unsere Verwaltung und unsere Regierung orientieren sich an westlichen Modellen. Aber die reflektieren nicht die Realitäten dieses Landes. Wir sollten uns unserer Herkunft nicht schämen: Wir sind afrikanischer Abstammung."

Beauvoir kann nicht verstehen, daß Medizinstudenten mit der Nuklearmedizin und den letzten Errungenschaften der Krebsforschung und Kardiologie konfrontiert werden, aber kaum etwas lernen über Infektionskrankheiten und Malaria, zwei der am meisten verbreiteten Leiden. Er kritisiert jene Entwicklungshilfe, die sich nicht auf die „elementaren Bedürfnisse des Volkes" konzentriert. „Die Leute brauchen Wasser und keine Schnellstraßen", meint er. „Teure Elektrizität, für die sie nicht zahlen können, ist sinnlos. Anleitungen zur Verbesserung der Landwirtschaft sind dagegen sinnvoll."

Die sechs Millionen Haitianer, das ärmste Volk des amerikanischen Kontinents (durchschnittliches Jahreseinkommen: 260 Dollar), haben nur 613 Ärzte. Max Beauvoir will deshalb die medizinische Arbeit der Voodoo-Priester durch Weiterbildungskurse verbessern. Die „Houngans" sollen in Zukunft auch aktiver auf dem Bildungssektor werden. „Wir müssen den Analphabetismus besiegen." Bei den Priester-Treffen werden diese und andere Probleme regelmäßig erörtert.

Max Beauvoir, ein großer, gutaussehender Mann im schicken dunkelbraunen Tropenanzug, versteht sich nicht als religiöser Kreuzritter wie die Ayatollahs. Er hat 18 Jahre in westlichen Ländern gelebt, *er studierte* Biochemie an der Cornell University (USA) und der Pariser Sorbonne. Er schätzt westliche Kultur und spricht gepflegtes Englisch. Er glaubt jedoch, daß sich ein Entwicklungsland wie Haiti abschotten *sollte* gegen „irrelevante fremde Einflüsse". Beauvoir, der in den Fußstapfen des Großvaters wandelt, der ebenfalls Voodoo-Priester *war, betont, er sei ideologisch* „vollkommen neutral". Weder der Kapitalismus noch der Kommunismus könne Haiti weiterhelfen.

Der Voodoo-Kult ist in Haiti oft verfolgt worden, besonders unter der Herrschaft hellhäutiger Präsidenten. Während der Regierungszeit des Mulatten Elie Lescot (1941–1946) wurden die „Houngans" sogar festgenommen. Im haitianischen Strafgesetzbuch gilt Voodoo weiterhin als „Aberglaube", die Kult-Anhänger können immer noch vor Gericht gestellt werden. „Nach wie vor schwebt über uns ein Damoklesschwert", erinnert Beauvoir, der über sein Verhältnis zur Regierung des Präsidenten *Jean-Claude Duvalier wenig* sagen möchte: „Ich enthalte mich lieber eines Kommentars."

Duvalier will von Voodoo nicht viel wissen, *im Gegensatz zu seinem* Vater François („Papa Doc"). Er heiratete eine hellhäutige Frau, die sich nach der letzten westlichen Mode kleidet und immer über und über mit Geschmeide behängt ist. Als der Voodoo-Priester Anfang letzten Jahres den Besuch des Papstes kritisierte, („er wurde vom Volk nicht eingeladen"), bekam er eine polizeiliche Verwarnung. Seither verhält er sich vorsichtig.

Max Beauvoir, der im Armenviertel Carrefour einen Tempel besitzt, in dem er auch für Touristen Zeremonien veranstaltet, um Geld zu sammeln, *gibt sich mit dem Erfolg* seiner Missionsarbeit und der seiner Kollegen zufrieden. Haiti verzeichnet einen Voodoo-Boom, der nun auch *andere karibische Inseln mit einem großen* schwarzen Bevölkerungsanteil erfaßt. Der Priester prophezeit: „Voodoo gehört die Zukunft." (SAD)



Vielmehr als eine Touristen-Attraktion ist der Voodoo-Kult auf Haiti. Immerhin stehen in dem katholischen Land den 600 katholischen Priestern mehr als 60 000 Voodoo-Priester gegenüber. FOTO: SYPA

In Holland wächst die Angst vor Krabben

BODO RADKE, Den Haag

In den Niederlanden ist die Angst vor tragischen Folgen des Verzehrs einer bestimmten, aus Südostasien importierten Krabbenart zum Hauptgesprächsthema geworden, nachdem die Zahl der Todesfälle inzwischen auf dreizehn gestiegen ist und sich mehr als hundert Erkrankte in ärztlicher Behandlung befinden. Der im Ministerium für Volksgesundheit von Den Haag gebildete Krisenstab erhält unzählige Anrufe von Menschen, die wissen wollen, ob sie die Krabben in ihrem Kühlschrank nun besser wegwerfen sollten. Sie bekommen den Rat, zu Fischhändlern zu gehen. Der Fachmann *könne* erkennen, ob die betreffenden Krabben zu der möglicherweise von tropischen Bakterien verseuchten Sorte gehören.

Die einfache Zeitungslektüre genügt inzwischen in Holland, sich vom Laien-Liebhaber schmackhafter Krabbengerichte zum Studenten der Krabben-Wissenschaft fortzubilden. So lernt man, daß die Gattung der kleinen Krebstierchen in Hunderte von Sorten und Untersorten zerfällt.

Nach Darstellung der Experten geht von der Gruppe der Kaltwasser-(Pandalidae) und der Sandkrabben (Crangonidae), wie sie vor den Nordseeküsten gefangen werden, keinerlei Gefahr aus. Dies wird jedoch dadurch in Frage gestellt, daß – so wollen Insider des Krabbenhandels wissen – sie häufig mit Schale tiefgefroren in Niedriglohn-Länder zum Pellen geschickt werden. Die Gefahr einer Bakterien-Vergiftung sei aber am größten, wenn es beim Pellen in Heimarbeit nicht *ganz hygienisch zugehe.* (SAD)

Herzschrittmacher aus Gefälligkeit eingesetzt?

Gericht: Zweifel an Verhandlungsunfähigkeit Herstatts

KNUT TESKE, Köln

Auch wenn der Kölner Ex-Bankier Iwan D. Herstatt immer noch sein Krankenlager in der Klinik von Köln-Merheim hütet – lange dürfte er dort nicht mehr Zuflucht finden. Der siebzigjährige Patient, dem die Staatsanwaltschaft im zweiten Verfahren Untreue im Zusammenhang mit der größten Bankpleite Deutschlands vorwirft, war und ist kein Fall für das Krankenhaus. Die Implantation eines Herzschrittmachers, der sich Herstatt vergangenen Freitag unterzog, war nicht notwendig. Dieses für den Angeklagten vernichtende Fazit zog gestern als Gerichtsgutachter der Bonner Kardiologe Professor Adalbert Schäde.

Dabei begann der zweite Gerichtstag, wie der erste geendet hatte: mit einem scheinbaren Punktsieg der Verteidigung. Sie erwirkte ein Aussageverbot des Stationsarztes Peter Weller (35), der einiges zur Klärung beitragen sollte. Etwa ob Herstatt im Krankenhaus überhaupt den Anweisungen der Ärzte Folge geleistet habe. Das Gericht, von der Schweigepflicht Wellers überrascht, schlug zurück und beschlagnahmte die Krankenhausunterlagen Herstatts, die der Arzt bei sich hatte.

Die Papiere erwiesen sich für Schäde, obwohl er die „Ordnung der Akte" nicht ganz durchschaute, als wahre Fundgrube; am Ende seiner Auswertung stand fest: Die Implantation war nicht nötig. Herstatts Zustand erforderte einen solchen Eingriff nicht.

Geisterte noch am ersten Verhandlungstag das Wort vom Gefälligkeitsgutachten des Herstatt-Arztes Professor Werner Kaufmann durch den Saal, so machte gestern das Wort von der „Gefälligkeits-Operation" des Klinikchefs von Köln-Merheim die Runde – eines Mannes, der bei seiner Vernehmung geschäftlicher Kontakte zu Herstatt überführt worden war.

Und wie schon beim ersten Schlag gegen die Verteidigung, reagierte das Gericht auch diesmal (nach den Erkenntnissen seines Gutachters) prompt und besuchte Herstatt zum zweiten Mal innerhalb einer Woche am Krankenbett. Dieser Schritt dient dazu, Herstatt mit der Anklage vertraut zu machen, um danach in seiner Abwesenheit weiter verhandeln zu können. Das Gericht steht unter Zeitdruck. Mitte des Jahres droht diesem Verfahren die Verjährung.

Vorbei war es jedenfalls mit den gegenseitigen Elogen, die sich die Mediziner Schäde und Kaufmann bei ihrer letzten Begegnung noch gemacht hatten. Schäde, der den Namen Kaufmann bei der Auswertung des Herstattschen Krankenberichts mit keiner Silbe erwähnte, kratzte erheblich am Renommee seines Kölner Kollegen, wie dieser es vor einer Woche mit ihm getan hatte.

Damals hatte Kaufmann ohne auch nur einmal auf das Schäde-Gutachten einzugehen, dessen Resultate negiert, was dieser zähneknirschend zur Kenntnis nahm. Schäde hatte Herstatt in seinem Gutachten für verhandlungsfähig erklärt, Kaufmann für diesen Fall einen Herzinfarkt oder Schlaganfall vorausgesagt.

Die Rache des siebzigjährigen Bonner Kardiologen war formvollendet: „Ich habe keine Schlußfolgerung zu ziehen", entgegnete er auf die Zusammenfassung, die Richter Weiß nach Schädes Vortrag unternahm. Weiß sarkastisch: „Da wir keine Veranlassung haben, an der Gewissenhaftigkeit von Professor Kaufmann zu zweifeln, können wir nach dessen eigenen Daten aus dem Krankenbericht davon ausgehen, daß auch er Herstatts Situation in Wahrheit nicht für bedrohlich hielt."

Plötzlich hagelt es Greuelmärchen aus dem Krankenhaus Barmbek

Nach ersten Schadensersatzforderungen von Patienten sprechen auch Ärzte von Mißständen

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

In Hamburg sind jetzt Ärzte, eine Klinik *und die Aufsicht führende* Gesundheitsbehörde ins Gerede gekommen. Es geht um angebliche Behandlungsfehler, die der ehemalige Chef der Orthopädie im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek verschuldet haben soll; insgesamt wurden bisher in 27 Fällen Schadensersatzansprüche angemeldet.

Die Vorkommnisse sind auf dem besten Wege, zu einem neuen Skandal zu werden, ob die Vorwürfe nun stimmen oder nicht. Denn die Gesundheitsbehörde muß sich mit so vielen Ungereimtheiten auseinandersetzen, daß sie die Klärung aller Fragen nun einer unabhängigen Sachverständigenkommission übertragen hat.

Sie wird eine schwierige Aufgabe bewältigen müssen. Denn der *beschuldigte Arzt,* Professor Rupprecht B., dreifach promoviert und zwischen 1963 und 1981 in dem staatlichen Krankenhaus tätig, war ein äußerst angesehener Spezialist. Er hat nicht nur routiniert operiert, sondern sich auch aussichtsloser Fälle angenommen.

Allein zwischen 1977 und 1981 stand er nach der behördlichen Statistik *1275mal* selbst am OP-Tisch. „Wenn man so viel operiert wie ich, und wenn man sich so kritischer Fälle annimmt, muß man auch damit rechnen, daß in dem einen oder anderen Fall die Heilung nicht optimal verläuft", versicherte der Orthopäde und Chirurg gegenüber der WELT.

Bei der Hamburger Gesundheitsbehörde melden sich täglich neue Patienten. Die einen versuchen, auf den Zug der Schadensersatzforderung aufzuspringen, andere berich*ten von der Behandlung und* versuchen, dem Arzt den Rücken zu stärken.

Unerklärlich ist, sagte Behördensprecher Lothar Jene, wie viele Ärzte jetzt von angeblichen Mißständen in der Klinik und während der Behandlung Professor B.'s gewußt haben wollen und doch dazu jahrelang geschwiegen haben.

Die Ärzte in der Klinik, von der im nachhinein Übles von den hygienischen Bedingungen, über Kakerlaken im *Operationssaal, offene* Türen und nicht abgeputzte Schuhe kolportiert wird, haben unter den ungeklärten Gerüchten zu leiden.

Schwierig wird die Klärung der Vorfälle auch, weil viele Operationen, *die erst jetzt zu Ansprüchen führten,* bis zu zwanzig Jahre zurückliegen. Und die jüngsten Forderungen sind erst wenige Tage alt. Auch bei der WELT meldeten sich unterdessen Patienten oder deren Angehörige, die nachträglich über Behandlung und Unterbringung in der Klinik klagen – etwa Christa-Maria B., deren heute 15jährige Tochter Kerstin von einer Hüftoperation ein Beinleiden behalten haben und im Krankenhaus auch überaus lieblos behandelt worden sein soll: „Wenn du weinst, holen dich deine Eltern nicht wieder ab", hätten etwa die Schwestern sie eingeschüchtert.

In der Gesundheitsbehörde ist das zuständige Referat für Regreßansprüche überlastet. Sprecher Jene bezeichnet *eine solche Häufung von* Vorwürfen als „ungewöhnlich". Zwischen 1969 und 1983 hatte es insgesamt 12 Verfahren um angebliche Fehler des Professors *gegeben.* Sieben wurden negativ beschieden. Fünfmal kam es zum Vergleich. Jetzt stehen 15 Streitfälle auf der Liste.

Die technische Seite im Raupen-Prozeß

DETLEV AHLERS, Lübeck

In der Verhandlung gegen Leopold Ströbel, der mit einer Planierraupe ins Lübecker Gerichtshaus fuhr, kamen gestern vormittag die technischen Sachverständigen zu Wort. Versuchte Ströbel – dies ist ein Anklagepunkt neben dem Vorwurf des versuchten Mordes –, im Foyer eine Explosion herbeizuführen? Immerhin hatte er auf seiner Raupe eine volle 32-Kilo-Propangasflasche. Wäre sie explodiert, wenn es ihm gelungen wäre, die mitgeführten 33 Liter Benzin auszuschütten und anzustecken? Die Sachverständigen meinten: wahrscheinlich nicht.

Denn die Flasche hatte ein Sicherheitsventil, so daß das Gas bei Überhitzung – und damit Ausdehnung – stoßweise ausgeströmt wäre. Außerdem blieb unklar, ob eine breitflächig brennende Benzinlache die Flasche bis auf Explosionstemperatur hätte bringen können, wenn, was möglich ist, das Ventil versagt, weil es nicht auf plötzliche Erhitzung durch Feuer eingerichtet ist. Die Flasche war durch das

Mehr Don Quichotte als Kohlhaas: Leopold Ströbel.

Fahrzeug weitgehend gegen Hitzeeinwirkung von unten geschützt. Er wolle nicht sarkastisch klingen, sagte ein Sachverständiger, aber die wirkliche Antwort, was hätte passieren können, könne erst eine genaue Rekonstruktion der Tat erbringen. So blieb auch offen, ob die Reifen der Raupe – Ströbel hatte sie statt der defekten Ketten montiert – gebrannt hätten. Wahrscheinlich ja – das hätte zu Vergiftungen im Gerichtsgebäude führen können. Ströbel wurde jedoch, wie berichtet, überwältigt, bevor ein Feuer entstehen konnte.

Die Verlesung früherer Urteile, von denen sich Ströbel ungerecht behandelt fühlte, und seine Drohbriefe an die Justiz ergaben den Eindruck, daß von einer Serie von Fehlentscheidungen nicht die Rede sein kann. So wollte Ströbel wohl nicht sehen, daß einige seiner Entlastungszeugen in Verhandlungen umfielen. Er steigerte sich in seinen Verfolgungswahn und warf die Justiz, einen Omnibusfahrer als Unfallgegner, den Minister, der nicht antwortete, und schließlich die Polizei in einen Topf – der Staat war sein übermächtiger Gegner. So scheint Ströbel eher ein Don Quichotte zu sein als ein Michael Kohlhaas.

Gestern nachmittag untersuchte das Gericht die Raupe, um festzustellen, welche Bewegungsfreiheit Ströbel auf dem Fahrersitz hatte: Konnte er von dort, wie die Anklage behauptet, mit einem Hammer nach Polizisten schwingen? Am Freitag kommen die psychologischen Sachverständigen und wahrscheinlich der Staatsanwalt mit seinem Plädoyer zu Wort.

Schießerei: 4 Tote

dpa, Madrid

Drei spanische Landgendarmen und ein arbeitsloser Metallarbeiter sind gestern in der Nähe von Valencia bei einer Schießerei zwischen der Polizei und mutmaßlichen Räubern ums Leben gekommen. Zunächst hatten die spanischen Behörden ein Attentat von Terroristen vermutet.

Japan in Weiß

AP, Tokio

Über den Norden Japans sind gestern weitere Schneestürme hinweggezogen, die den Flug-, Schienen- und Straßenverkehr praktisch zum Erliegen brachten. Nach Mitteilung des Zentralen Wetteramtes fielen in den betroffenen Gebieten Hokkaidos innerhalb von 24 Stunden im Durchschnitt 30 bis 50 Zentimeter Schnee.

Regen-Risiko

dpa, Aachen

Bei Regen verdoppelt sich das Unfallrisiko für Autofahrer. Noch gefährlicher sind Regenfahrten bei Nacht, wobei das Unfallrisiko nochmals verdoppelt wird. Dies geht aus einer Verkehrsuntersuchung der Kölner ifaplan-Gesellschaft für angewandte Sozialforschung im Auftrag einer großen Reifenfirma hervor.

Halle abgerissen

AFP, Seveso

Die Fabrikhalle des Chemiewerkes Icmesa im italienischen Seveso, in der es am 10. Juli 1976 zu der folgenschweren Dioxin-Panne gekommen war, ist abgerissen. Die Bruchstücke wurden in einer japanischen Spezialmaschine zerkleinert. Der Schutt soll in einer speziell gesicherten Grube vergraben werden.

Festnahme

AFP, Rio de Janeiro

Unter dem Verdacht, der Mörder des deutschen ARD-Journalisten Karl Brugger zu sein, ist ein 32jähriger Einwohner eines Armenviertels von Rio de Janeiro festgenommen worden. Laut Polizei wurde der Mann im Strandviertel Ipanema von einer Polizeistreife aufgegriffen.

Baby starb Drogentod

dpa, London

Ein 30jähriger Drogenhändler aus Birmingham ist von einem Gericht wegen Totschlags an einem 15 Monate alten Baby zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt worden. Der Dealer hatte bei einer Vernehmung durch die Polizei gestanden, das schreiende Kind seiner Freundin mit Heroin unbeabsichtigt getötet zu haben.

LEUTE HEUTE

Erwischt

Wegen Besitzes von Marihuana *mußten jetzt* Ex-Beatle **Paul McCartney** und seine Frau **Linda**, die mit ihren Kindern **James** und **Stella** auf Barbados Urlaub machen, eine Geldstrafe von je 280 Mark zahlen. Auf einen Tip hin hatte die Polizei die Urlaubsvilla der Familie durchsucht und dabei im Gepäck McCartneys zehn Gramm Mariuhana gefunden.

Film-Musik

Rock-Star **David Bowie** (37), Hauptschurke *im nächsten* Bond-Thriller, geht auch unter die Filmkomponisten. Er soll die Begleitmusik zu einem



Zeichentrickfilm über ein Ehepaar in *einer von Atombomben verwüsteten* Welt schreiben. Der Film ist die Leinwandversion des Comic-Strip-Buches „When the Wind blows" von dem Engländer **Raymond Briggs**.

Zulage

Königin Elizabeth II. erhält aus der Staatskasse eine *„Gehaltserhöhung"* von rund vier Prozent. Insgesamt wird die Regentin damit über 3,85 Millionen Pfund (rund 15 Millionen Mark) verfügen können. Auch weiteren neun Mitgliedern der königlichen Familie werden die Einkommen um insgesamt 5,2 Millionen Mark aufgebessert.

Moskaus liebe Müh' mit „vach" und „fazer"

DW. Moskau

Hohe Sowjetfunktionäre, immer bemüht um die Reinhaltung der sozialistischen Kultur und Lebensweise, versuchen immer wieder mit Verboten *und Reglementierungen, die* „schädlichen westlichen Einflüsse" abzublocken. Wie schwierig, ja nahezu unmöglich das ist, zeigte vor kurzem ein Artikel in der Tageszeitung „Komsomolskaja Prawda", der versuchte, mit den Anglizismen in der russischen Sprache abzurechnen. Vergebene Liebesmüh: Solche Pflichtübungen können den Jargon der Jugendlichen in New York, Paris, London und München auch aus Moskau nicht heraushalten.

„Ich bin ein Khailaifist", hatte ein junger Mann der Prawda-Redakteurin geschrieben und gleich auch noch mit seinen Jeans, seiner japanischen Stereoanlage und seiner Plattensammlung geprahlt. Doch sosehr sich Yelena L. Losoto auch ereiferte – deutlich wurde nur, daß die Welle kaum aufzuhalten ist. „Khailaifist" war *dabei* nur *die* ins Kyrillische übertragene Version des englischen „High-life-ist". Nahezu geläufig sind den Sowjetmenschen dagegen schon Worte wie „dzhinsi" für Jeans, „dzhaz" für Jazz, „rok" für Rock, „diski" für Disko, „kasety" für Kassetten und auch „stritiz" für Striptease. Aber auch „shuz" für Shoes (Schuhe), „vach" *für* Watch (Uhr) und „fazer" für Father (Vater) sind gebräuchlich.

Damit nicht genug. Nahezu unglaublich fand Yelena Losoto, daß einige der Briefe, die an sie gerichtet waren, sogar mit lateinischen Buchstaben gezeichnet wurden. Dabei scheint russische Eltern, zumindest die „offiziellen", weniger die Tatsache zu stören, daß sich die Jugend mit einem eigenen Slang von ihnen absetzt, als vielmehr, daß dieser Slang ausgerechnet aus jenem immer wieder als verabscheuungswürdig bezeichneten Westen importiert wird. „Mit diesen Worten löst ihr die Ver*bindungen zu einer Gesellschaft, die* euch alles nur Erdenkliche ermöglichte", schreibt Yelena Losoto beschwörend, „das ist Selbstenthauptung, Selbstzerstörung."

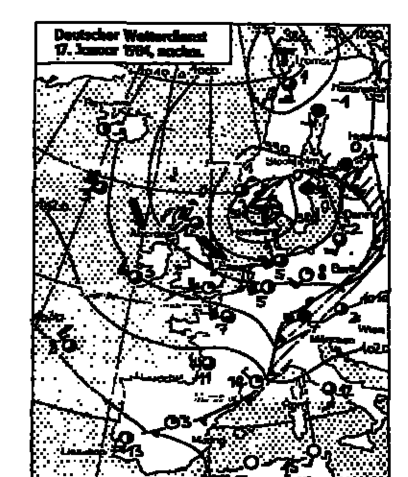
„Einfach weglassen" kann die Autorin jedoch guten Gewissens nicht raten. Denn genau wie in jeder anderen Sprache sind natürlich auch amerikanische und englische Begriffe schon seit langer Zeit ins Russische eingegangen, so daß sie heute kaum als Fremdworte empfunden werden. So ist etwa im Zeitalter der „tekhnologiya" auch im Russischen nur selten von „vychislitelnaya mashina", sondern meistens vom „kompyuter" die Rede.

Noch offensichtlicher ist es in der Sportberichterstattung der Zeitungen. Mit einer Grundkenntnis der kyrillischen Schrift, so behauptete vor kurzem die „International Herald Tribune", lasse sich mit Leichtigkeit der Sportteil der meisten Zeitungen lesen und verstehen. Da wird etwa berichtet von dem „finalny match" in einem „basketbolny Turnir" und von dem Abschneiden der „sportsmen" oder „sportsmenka".

Aber auch wenn die Sportjournalisten hin und wieder zur Ordnung gerufen werden – sie sind längst nicht die einzigen Schuldigen. So schrieb etwa in der vergangenen Woche sogar die „Iswestija" vom „kollektiv" einer „tsementj"-Fabrik, die zu einer größeren „effektivnost" in der Produktion kommen müsse. Ein Bericht über die amerikanische Chase Manhattan Bank war mit der Überschrift „Gangstery pod Maskoi Filantropov" – Gangster unter der Maske von Philanthropen.

WETTER: Schneeschauer

Wetterlage: Ein sich abschwächendes Tief über Südschweden lenkt Meeresluft polaren *Ursprungs* nach Deutschland.



Stationen: 12 bedeckt, West Stärke 5, 16°C. ● bedeckt, still. ≡ Nebel, ● Sprühregen, ● Regen, ✻ Schneefall, ▽ Schauer. Gebiete: Regen, Schnee, Nebel. ▲▲▲ Frostgrenze. H-Hoch-, T-Tiefdruckgebiete. Luftströmung: ⇒ warm, ⇒ kalt. Fronten: ▲▲▲ Warmfront, ▲▲▲ Kaltfront, ▲▲▲ Okklusion. Isobaren: Linien gleichen Luftdruckes (1000mb=750mm).

Vorhersage für Mittwoch:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Bei wechselnder Bewölkung einzelne Schneeschauer, Tagestemperaturen um 3 Grad, in Lagen oberhalb von 400 m Dauerfrost, nachts zwischen minus 1 und minus 4 Grad, über schneebedeckten Flächen bis minus 8 Grad. Anfangs *noch frischer und böiger* Westwind, allmählich abschwächend.

Weitere Aussichten:

In der Mitte und im Süden aufkommender Schneefall, der in den Niederungen zum Teil in Regen übergeht, dort milder, sonst wenig Temperaturänderung.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	8°	Kairo	17°
Bonn	7°	Kopenh.	4°
Dresden	8°	Las Palmas	19°
Essen	5°	London	5°
Frankfurt	6°	Madrid	3°
Hamburg	5°	Mailand	3°
List/Sylt	3°	Mallorca	15°
München	7°	Moskau	–4°
Stuttgart	7°	Nizza	14°
Algier	13°	Oslo	–3°
Amsterdam	5°	Paris	7°
Athen	11°	Prag	6°
Barcelona	11°	Rom	12°
Brüssel	6°	Stockholm	0°
Budapest	0°	Tel Aviv	16°
Bukarest	4°	Tunis	15°
Helsinki	0°	Wien	2°
Istanbul	5°	Zürich	7°

Sonnenaufgang* am **Donnerstag:** 8.17 Uhr, Untergang: 16.48 Uhr, **Mondaufgang:** 17.50 Uhr, Untergang: 9.21 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

Hinweisschild an einem Regal der Bücherei im Franziskaner-Kloster Hillfield in der englischen Grafschaft Dorset: *„Bibeln nur nach der Registriernummer einordnen und nicht nach Autor Gott oder ähnlichem."*